

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Parteigenossen!

Die Haltung des „Vorwärts“ einerseits als Zentralorgan der Partei, andererseits als Lokalorgan der Genossen von Groß-Berlin ist seit einer längeren Reihe von Jahren Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, sowohl auf Parteitagungen wie in den zunächst interessierten Kreisen.

Die Hauptvorwürfe gegen die Redaktion lauteten: Der „Vorwärts“ betriebe die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen höchst mangelhaft und er nehme, beeinflusst durch die zwei in der Redaktion sich gegenüberstehenden Strömungen, zu den in der Partei auftauchenden Fragen entweder keine oder zu spät Stellung oder er schwanke unentschieden hin und her.

Konferenzen, die im Laufe der Jahre zwischen dem Parteivorstande und der Preßkommission, manchmal auch unter Hinzuziehung der Vertrauensleute und der übrigen Parteifunktionäre von Groß-Berlin und der Redaktion öfter stattfanden, führten wohl zu einer gründlichen Aussprache, zuweilen auch zu Beschlüssen, durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Uebelstände zu beseitigen. Es stellte sich aber regelmäßig in Kürze wieder heraus, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung verlor. Die in der Redaktion vorhandenen gegensätzlichen Anschauungen ließen sich nicht beseitigen. Schließlich konnten wir auch von den Genossen in der Redaktion, deren Haltung hauptsächlich Gegenstand der Kritik war, nicht verlangen, daß sie als eifrige Deute-Anschauungen vertreten sollten, die sie nicht befaßen. Andererseits konnte man sich zu dem einzig wirksamen Mittel nicht verstehen, die Vertreter der nicht gebilligten Richtung durch Kündigung aus der Redaktion auszuschließen und dadurch die Redaktion einheitlich zu gestalten.

Erörterungen über die Haltung des „Vorwärts“ sind, wie schon hervorgehoben, auch mehrfach auf Parteitagen gepflogen worden, so besonders auf den Parteitagen zu Jülich 1901 und zu Dresden 1903.

Inbesondere gaben die Verhandlungen des letzteren Anlaß, nach demselben aufs neue im Kreise der zunächst dazu Berufenen dem Parteivorstand, der Kontrollkommission, der Preßkommission, den Vertrauenspersonen von Groß-Berlin und der Redaktion in Erörterungen über die künftige Haltung des „Vorwärts“ einzutreten. Es wurden auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Aber auch jetzt wieder stellte sich bald heraus, daß die alten Uebelstände aus den schon angeführten Ursachen weiter bestehen blieben. Die vielfachen Meinungsdivergenzen, die zu Ende des verflohenen Jahres und im Laufe dieses Jahres bis zum Jenaer Parteitag in einem Teile der Parteipresse zum Ausdruck kamen und in die auch der „Vorwärts“ verwickelt war, zeigten die öfter gerügten Uebelstände in besonderem Grade. In der Redaktion war schon seit Jahren die Einrichtung getroffen worden, daß bei Meinungsverschiedenheiten über die Haltung, die der „Vorwärts“ gegenüber in der Partei auftauchenden Fragen einnehmen sollte oder über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Artikeln, oder ob ein bestimmter Artikel als redaktionell angesehen oder unter der Chiffre seines Verfassers als dessen persönliche Anschauung erscheinen sollte, durch Mehrheitsbeschluß entschieden wurde.

Hierbei standen sich in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen gegenüber und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die ihrige anerkannt wurde.

Solche Vorgänge veranlaßten, daß die Preßkommission und die Vertrauenspersonen von Groß-Berlin abermals beschloßen, zum 17. Juni eine Konferenz nach dem Gewerkschaftshause zu berufen, zu welcher der Parteivorstand, die Redaktion des „Vorwärts“ und die übrigen Funktionäre nebst den Reichstagsabgeordneten von Groß-Berlin geladen wurden. In dieser Konferenz kam es zu langen und scharfen Auseinandersetzungen. Die Ausführungen, die hierüber Genosse Webel als Beauftragter des Parteivorstandes auf dem Jenaer Parteitag machte, anläßlich der Beratung des Antrages der Genossen von Groß-Berlin, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen und so ihn zum Lokalorgan der Berliner Genossen werden zu lassen, lauten nach dem Protokoll über den Jenaer Parteitag (Seite 187 und 188):

„In Bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ in taktischer und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni d. J. nicht auf unsere Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Preßkommission, die Lokalkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlins im Reichstage, die Redaktion des „Vorwärts“ und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkamen, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längeren Auseinandersetzungen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisierte in scharfen Ausdrücken gegen die Haltung des „Vorwärts“ und hatte programmäßig nachzuweisen gesucht, was nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine redaktionelle Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Beifall der gesamten Berliner Parteivertreter, daß aus der Mitte der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Vorstandesmitgliedens gewissermaßen als Programm des „Vorwärts“ der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch machte es abzulehnen, daß sie quasi als Fahnenhalter in den

Vordergrund geschoben wurde und hat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa dasselbe besagte, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschlossen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zuruf der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt.) Gewiß, das steht auf einem anderen Blatt. Es waren eben Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in der letzten Zeit erst wieder hervorgetreten.“

Und weiter heißt es, nachdem Webel befristet hatte, den Antrag der Berliner Genossen abzulehnen:

„Wir sind auf der anderen Seite, falls wir wieder gewählt werden, entschlossen, alles aufzubieten, um die berechtigten Klagen, die wir vollständig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das betone ich (Lebhaftes sehr richtig!) bei den Berlinern — abgeholfen werden kann. Liebe Genossen! Die Dinge müssen allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weiter geht.“

Und der Genosse Wels, der als Redner der Vertreter für Groß-Berlin den Auftrag hatte, den Antrag der Berliner Genossen zu begründen, äußerte in bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ (Siehe das Protokoll des Jenaer Parteitages Seite 179 und 180): Wir wollen ein eigenes Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren unverfälschten Ausdruck findet. (Sehr richtig!) ... Die Streitigkeiten (mit dem „Vorwärts“) sind ja mit darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt, auch die Berliner vernachlässigt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem „Vorwärts“ aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden. In Dresden hat Webel grundlegende Änderungen in der Redaktion angekündigt und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geblieben.“

Aus diesen Ausführungen des Genossen Wels geht klar hervor, daß bei dem „Vorwärts“ selber gerügten Mängel ungeachtet aller Kritik und Beschlüsse nach wie vor weiter bestanden und die Genossen von Groß-Berlin wesentlich zu der Forderung mitbestimmten, den „Vorwärts“ als ihr Organ allein zu befragen, um durchzuführen, was bisher als nicht möglich angesehen wurde.

Es geht aber auch weiter aus den Ausführungen von Webel und Wels mit aller wünschenswerten Klarheit hervor, daß es eine durchaus falsche und irreführende Auffassung ist, welche die sechs Redakteure in ihrem an der Spitze des „Vorwärts“ vom 28. Oktober abgedruckten Artikel, betitelt „Aufklärung“, geben, wonach durch die Beschlüsse der Konferenzen, die am 1. und 8. September dieses Jahres mit dem Parteivorstand, der Preßkommission und der Redaktion vereinbart wurden, man habe annehmen müssen, daß nunmehr alles in Ordnung sei und zu weitergehenden Änderungen keine Veranlassung mehr vorgelegen habe. Das Gegenteil hiervon besagen die namens des Parteivorstandes und der Vertreter von Groß-Berlin am 18. September in Jena gehaltenen Reden, die 10 bezw. 17 Tage nach den Erörterungen in den erwähnten Konferenzen am 1. und 8. September gehalten wurden.

Es ist auch in der Parteipresse wie in sonstigen Mitteilungen darauf hingewiesen worden, daß das jetzige Vorgehen des Parteivorstandes und der Gesamtvertretung der Genossen von Groß-Berlin mit den Beschlüssen der Fünfezner-Kommission des Jenaer Parteitages im Widerspruch stehen.

Auch diese Auffassung ist grundfalsch!

Die Fünfezner-Kommission wurde eingesetzt zu dem Zweck, die Pressefehden, die längere Zeit vor dem Jenaer Parteitag bis zu diesem selbst einen für die Partei bedenklichen Charakter angenommen hatten, einer Beurteilung zu unterziehen und Vorschläge zu machen, wie künftig ähnliches vermieden werden könne.

Die Kommission hat diesem Auftrag entsprochen, wie die von ihr vorgelegene Resolution Nr. 155 (S. 144 des Protokolls über den Jenaer Parteitag) zeigt. Diese Resolution wurde von dem Parteitag einstimmig angenommen. Ihr Inhalt und Zweck hätte mit den Vorgängen im „Vorwärts“, die uns in den letzten Wochen beschäftigten, höchstens nur insofern zu tun, als es in dieser Resolution unter 11 heißt:

„Die prinzipielle Aufklärung (durch die Parteipresse) hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.“

Aus den oben zitierten Stellen aus den Reden von Webel und Wels geht auch unabweislich hervor, daß man nunmehr von Seiten des Parteivorstandes wie der Vertretung von Groß-Berlin fest entschlossen war, von Grund aus Wandel zu schaffen, da es so wie bisher nicht fortgehen könne.

Es ist also nur ein Zeichen einer kaum für möglich gehaltenen Kurzsichtigkeit oder Vergeßlichkeit, daß man jetzt nicht nur seitens der sechs Redakteure, sondern auch seitens eines Teils der Parteipresse im höchsten Grade übersehen und empört ist über das vom Parteivorstand und der Preßkommission eingeschlagene Verfahren.

Wie entwickelten sich nun die Dinge nach Jena?

Noch ehe der Parteivorstand Zeit hatte, sich mit der „Vorwärts“-Frage zu beschäftigen, erhielt er eine Einladung von der Preßkommission und den Vertrauensleuten von Groß-Berlin zu einer Konferenz für Montag, den 2. Oktober, um über seine Reformvorschläge betreffend den „Vorwärts“ zu beraten.

Hiernach stellt sich also die Behauptung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ als falsch und unwahr heraus, daß unmittelbar nach dem Jenaer Parteitag der Vorstand geheime Beratungen, zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preßkommission begonnen habe.

Nicht der Vorstand veranstaltete die Sitzung am 2. Oktober, sondern er war, wie nachgewiesen, hier wie am 17. Juni der Geladene, ja bis zu einem gewissen Grade der Angeklagte. Daß zu dieser Sitzung am 2. Oktober die Redaktion nicht geladen wurde, ist folglich auch nicht Schuld des Vorstandes. Preßkommission und Vertrauensleute — die Veranstalter jener Versammlung — betrachteten es eben als selbstverständlich, daß, nachdem seit Jahren alle Mittel in Gemeinschaft mit der Redaktion, dem „Vorwärts“ eine Haltung zu geben, die den Anschauungen der sehr großen Mehrheit der Genossen in Groß-Berlin entsprach, versagt hatten, nunmehr für sich und in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand zu beraten, wie den Mängeln endlich abgeholfen werden könne.

Und der Parteivorstand, der als der Geladene erschien, sand die Nichteinladung der Redaktion zu dieser Sitzung so selbstverständlich, daß er gar nicht daran dachte, dagegen Einspruch zu erheben.

Wie kein Mensch sich in eine Sitzung drängen wird, in der von den zuständigen Organen über eine Gehaltserhöhung für ihn beraten und beschlossen werden soll, so sollte auch keiner das Verlangen aussprechen, um jeden Preis Verhandlungen beizuwohnen, in denen es sich um seine event. Kündigung handelt, weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche möglicherweise für notwendig halten.

Es ist auch absurd, wenn die 6 Redakteure von diesen und den folgenden Sitzungen von geheimen Sitzungen sprechen. Alle derartigen Sitzungen sind nicht öffentlich, das sollten Leute, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, allmählich begriffen haben.

Der Verlauf der Konferenz am 2. Oktober war kurz folgender: Auf die Anfrage an den Parteivorstand, welche Maßnahmen derselbe bezüglich Änderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ in Vorschlag zu bringen habe, mußte er erklären, daß die ihm durch den Jenaer Parteitag auferlegte Arbeitslast ihn bis jetzt verhinderte, sich mit Reformvorschlägen zu beschäftigen, daß dieses aber in Kürze geschehen solle.

Darauf wurde dem Parteivorstand von allen Seiten geantwortet, daß seine Erklärung peinlich berühre. Man habe annehmen müssen, der Vorstand mache endlich ernst, es scheine aber, daß er wenig Neigung habe, eine neue Ordnung im „Vorwärts“ zu schaffen und die Sache abermals verschleppt werden solle. Die Berliner Parteigenossen wollten sich aber nicht länger hinfalten lassen. Der Vorgang zeige wieder, wie berechtigt ihr Verlangen sei, den „Vorwärts“ als ihr Organ zu befragen.

Endbeschluß: Parteivorstand und Preßkommission werden beauftragt, sich baldigst zu verständigen und ihre Vorschläge der Gesamtvertretung von Groß-Berlin zu unterbreiten.

Hierauf beschäftigte sich der Parteivorstand in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit und machte in der gemeinsamen Sitzung mit der Preßkommission am Freitag, den 6. Oktober, folgende Vorschläge:

Da bisher eine Menge Differenzen in der Redaktion dadurch entstanden seien, daß die Mehrheit der Redaktion einen anderen Standpunkt habe als die große Mehrheit der Genossen Berlins und der Parteivorstand, so müsse eine dementsprechende Mehrheit geschaffen werden. Der Parteivorstand schlage demgemäß vor, den Genossen Würtner und Kallisk zu kündigen, den Genossen Jülle in die Redaktion aufzunehmen und an Stelle Würtners einen neuen Redakteur einzustellen. Die Genossin Luxemburg solle als Mitarbeiterin aufgenommen werden, die jede Woche zwei Leitartikel liefern solle. Diese Artikel sollten ihrer Tendenz wegen nicht zurückgewiesen werden können, es sei denn, daß preßgesetzliche Bedenken obwalteten oder Gründe anderer Art (taktische oder programmatische) die Veranstaltung eines Artikels durch wenigstens drei Redakteure veranlaßten, worauf die Aufnahme zu unterbleiben und sofort Parteivorstand und Preßkommission über dieselbe entscheiden sollten. Die letztere Vorschrift entspricht einem Beschluß, der schon Anfang September durch Parteivorstand, Preßkommission und Redaktion gefaßt worden war.

Es ist also abermals falsch und zeigt nur, aus welcher trübhen Quellen die sechs Redakteure schöpften, wenn sie in ihrer sogenannten „Aufklärung“ behaupten, daß die Genossin Luxemburg mit dem Recht einer gewissen Zwangsaufnahme ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als ständige Mitarbeiterin eingestellt werden sollte.

Wenn ferner die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ sagen, die Aufnahme Stadthagens in die Redaktion sei ihnen nicht annehmbar gewesen, so möge zur Charakterisierung einer so leichtfertig ausgesprochenen Begründung darauf aufmerksam gemacht werden, daß Stadthagen seit 1893 mit festem Gehalt angestellter Redakteur für den juristischen Teil des „Vorwärts“ ist und als solcher auch an den

Sitzungen der Redaktion mit Stimmrecht teilnehmen konnte, aber es schon 1899, als die Einrichtung getroffen wurde, stützige Fragen in der Redaktion durch Mehrheitsbeschluss zu entscheiden, ablehnte, an diesen Beratungen teilzunehmen. So sieht es mit der Wahrheitsliebe und mit dem guten Geschmaack der sechs Redakteure aus.

Die erwähnten Vorschläge des Parteivorstandes wurden von der Preßkommission als völlig ungenügend bekämpft. Der Parteivorstand wolle ein paar „kleine“ Redakteure preisgeben, aber die eigentlich Schuldigen in der Redaktion belassen; damit sei den Berliner Genossen nicht gedient. Unter letzteren Befehle in den weitesten Kreisen die Ansicht, es müsse in erster Linie Gradnauer gekündigt werden, den man als Hauptstein des Unstufes ansehe, ebenso dem Genossen Wegler, dagegen sei man bereit, Wiltner zu kündigen, aber nicht Kalliski; außerdem wurde vorgeschlagen, Stadthagen zur dauernden Mitarbeit in die Redaktion zu ziehen, auch sei man damit einverstanden, die Genossin Lugenburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Der Parteivorstand erklärte, daß er auf der platten Annahme seiner Vorschläge nicht bestohe. Man müsse abwarten, ob sie. Sollte Gradnauer und Wegler gekündigt werden, so erwarte er Vorschläge für passenden Ersatz. Gegen eine erweiterte Beschäftigung Stadthagens habe man nichts einzumenden.

Endresultat: Die Preßkommission wurde ersucht, zunächst unter sich Vorschläge zu beraten und diese dem Parteivorstande zu unterbreiten. Ueber die gepflogenen Verhandlungen wurde vorläufige Geheimhaltung beschlossen.

Dieser letztere Beschluß stellte sich schon am nächsten Tage als hinfällig heraus. Einmal wurde noch während der Sitzung festgestellt, daß einer der sechs Redakteure längere Zeit als Kaufherr an der Tür zum Konferenzzimmer stand und weiter ergab sich, daß auch aus dem Kreise der Beratenden der einstimmige Schweigebeschluß nicht gehalten worden war.

Von jetzt ab wurden die Sitzungen statt im Konferenzzimmer der Redaktion im Bureau des Parteivorstandes abgehalten. Die Darstellung der sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“, wonach die Beschlüsse dieser Sitzung für geheim erklärt wurden, ist also auch unwahr. Es wurden Beschlüsse über Anstellung bestimmter Personen in der Redaktion gar nicht gefaßt, sondern alles blieb in Schwärze. Nicht die Beschlüsse, sondern die Verhandlungen über die Personen sollten zunächst als vertrauliche angesehen werden.

Die Preßkommission trat bald darauf unter sich in Beratungen und unterbreitete dem Parteivorstand folgende Vorschläge:

Dieselbe lehnt ab, Kalliski zu kündigen, sie lehnt ferner ab, Wiltner in die Redaktion aufzunehmen, dagegen beantragt sie, Wiltner, Gradnauer und Wegler zu kündigen. Die Vorschläge betreffend Stadthagen und Lugenburg nimmt sie an.

Der Parteivorstand beschloß darauf, den gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Da aber der Vorstand mittlerweile vernommen hatte, daß die sechs Redakteure über- eingekommen sein sollten, daß wenn einigen von ihnen gekündigt werde, alle sechs kündigen wollten, kam er zu dem erweiterten Vorschlag, um die Erörterungen zu vereinfachen, der gesamten Redaktion zu kündigen und eine neue Redaktion zusammenzusetzen.

Der Preßkommission wurde hierauf in der gemeinsamen Sitzung am 20. Oktober erklärt, daß der Parteivorstand ihren Vorschlag als einem verfehltesten zustimme, daß er aber aus Gründen, die dargelegt wurden, die Kündigung der gesamten Redaktion zu dem 31. März 1900 empfehle.

Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag von der Preßkommission einstimmig angenommen. Weiter wurde beschlossen, für Montag, den 23. Oktober, eine Sitzung der Gesamtvertretung von Groß-Berlin einzuberufen und dieser die Vorschläge des Parteivorstandes und der Preßkommission in folgender Fassung zur Annahme zu unterbreiten:

„Vorstand und Preßkommission kündigen der gesamten Redaktion auf den 31. März 1900.“

Die Frage der Mitarbeiterschaft am „Vorwärts“ wird aus- geschieden, ihre Lösung hängt ab von der künftigen Zusammensetzung der Redaktion.

Wird von drei Mitgliedern der Redaktion der Artikel eines Redaktionsmitgliedes oder eines Mitarbeiters als nicht zur Aufnahme in den „Vorwärts“ geeignet beanstandet, so sind Parteivorstand und Preßkommission sofort zu berufen, die über die Aufnahme entscheiden.

Ehe noch diese gemeinsame Konferenz stattfand, reichten die sechs Redakteure Sonnabend, den 21. Oktober, abends zwischen 6 und 7 Uhr, ihre Kündigung ein und noch ehe die Mitglieder des Parteivorstandes und der Preßkommission von der erfolgten Kündigung unterrichtet worden waren, erfolgte bereits die Veröffentlichung derselben an der Spitze des politischen Teiles des „Vorwärts“ am Sonntag, den 22. Oktober.

Wir bestreiten den 6 Redakteuren nicht das Recht, die Leser des „Vorwärts“ von ihrem bevorstehenden Austritt aus der Redaktion in geeigneter Form zu unterrichten. Wir betrachten es aber als einen großen Mißbrauch ihrer Stellung, daß sie diese Kündigung an der Spitze der politischen Uebersicht veröffentlichten, d. h. an einer Stelle, an die persönliche Angelegenheiten nicht hingehören.

Wir erblicken in dieser Handlungsweise der sechs Redakteure nur die Absicht, Sensation hervorzurufen, ihre Handlungsweise als eine die Partei rettende Tat erscheinen zu lassen und gegen den Parteivorstand in der Oeffentlichkeit Stimmung zu machen, eine Absicht, die wie sämtliche am Montag hier in Berlin erscheinenden bürgerlichen Zeitungen bewiesen, erreicht wurde. Weiter wollte man durch diese Art der Ankündigung in die Partei und Parteipresse Verwirrung tragen, in der Hoffnung, damit das Ansehen des Parteivorstandes als den angeblich alleinigen Urheber der Kündigung zu schädigen.

Wir betrachten aber auch die Veröffentlichung der sogenannten „Aufklärung“ der sechs Redakteure an der Spitze des „Vorwärts“ am Donnerstag, den 23. Oktober d. J. an einer Stelle, wofelbst sonst nur die offiziellen Erlasse und Bekanntmachungen des Parteivorstandes erscheinen, als großen Mißbrauch ihrer Stellung.

Es scheint, daß die sechs Redakteure allmählich ein geradeszu unbegreifliches Selbstbewußtsein erlangten.

Folgender Vorfall möge dies noch besonders beleuchten. Als auf Grund jenes oben bereits erwähnten Beschlusses, der unter Mitwirkung der sechs Redakteure zu stande gekommen war, drei Redakteure gegen die Annahme einer bestimmten Notiz am 27. 10. 05 protestierten und dieselbe dem Vorstande und der Preßkommission zur vorherigen Begutachtung unterbreiten wollten, versuchte es der verantwortliche Redakteur, einer der sechs, trotzdem die sofortige Aufnahme zu erzwingen. Dieser Versuch der Durchbrechung festliegender Beschlüsse zwang die Aufsichtsinstanzen, die sofortige Beilegung des fraglichen Redakteurs von seinem Posten zu veranlassen.

Es war aber nach diesen Vorgängen auch sofort dem Parteivorstand und der Preßkommission klar, daß sie unter der Herrschaft einer solchen Redaktionsmehrheit unmöglich an eine Darlegung der

Verweigerungsgründe ihres Handelns im „Vorwärts“ denken könnten, weil feststand, daß diese sofort durch verwirkende Gegenbemerkungen wirkungslos zu machen versucht würde, mit anderen Worten, daß der Konflikt eine Gestalt annehmen werde, der die schon längst unhaltbar gewordenen Zustände in der Redaktion des „Vorwärts“ noch bedeutend verschlimmern und zu einer Katastrophe führen mußte. Wir beschloßen also, mit unserer Darlegung zu warten, bis eine Durchkreuzung unserer Absichten unmöglich geworden war.

Durch die Kündigung der sechs Redakteure war der Antrag des Parteivorstandes und der Preßkommission an die Gesamtvertretung von Groß-Berlin der gesamten Redaktion zu kündigen, hinfällig geworden. Es wurde nunmehr der betreffenden Konferenz der Vorschlag unterbreitet, der bereits im „Vorwärts“ vom 24. Oktober veröffentlicht wurde, den wir aber der Vollständigkeit halber hier nochmals zum Abdruck bringen:

An die Parteigenossen!

Am heutigen Tage fand eine Sitzung statt, an welcher der Parteivorstand, die Preßkommission des „Vorwärts“, die Vertrauensleute von Berlin und Umgebung, die Vorsitzenden und ersten Kassierer der acht sozialdemokratischen Wahlvereine, die Lokalkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und die Abgeordneten und Kandidaten der Wahlkreise von Berlin und Umgebung für den Reichstag teilnahmen.

Die Anwesenden beschloßen mit allen gegen 8 Stimmen: Die Versammlung akzeptiert die Kündigung der Genossen Wiltner, Eisner, Gradnauer, Kalliski, Schröder und Wegler als Redakteure des „Vorwärts“, weil dieselbe geeignet ist, die Verhältnisse in der Redaktion desselben in einer den Wünschen und Anschauung der Versammlung entsprechenden Weise umzugestalten.

Demnach werden Parteivorstand und Preßkommission beauftragt, sofort die nötigen Schritte für eine Ergänzung der Redaktion vorzunehmen.

Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.

Berlin, den 23. Oktober 1905.

Der Parteivorstand.

Nach längerer Debatte wurde dieser Vorschlag mit allen gegen acht Stimmen angenommen, nachdem zuvor ein Antrag, die Angelegenheit noch einmal in einer Konferenz mit der Gesamtredaktion zu besprechen, bei etwa 80 Anwesenden, mit allen gegen 14 Stimmen und der Antrag, die Vorschläge erst an die Kreise zu bringen, mit allen gegen 12 Stimmen abgelehnt worden war.

Die große Mehrheit jener Versammlung ging also von der Ansicht aus, daß die Angelegenheit eine rasche Lösung erfordere, weil in einer außerordentlichen Situation auch außerordentliche Mittel angewendet werden müssen.

Parteivorstand und Preßkommission haben der gegebenen Weisung entsprechend gehandelt, indem sie den sechs Redakteuren am 23. dieses Monats mitteilten, daß vom 20. dieses Monats ab auf ihre Tätigkeit am „Vorwärts“ verzichtet werde.

Wir glauben, daß wir damit dem Wunsche der sechs Beteiligten aus einer ihnen widerwärtig gewordenen Stellung befreit zu werden, in raschster Weise entgegengekommen sind.

Aus der hier gegebenen Darstellung geht unumstößlich hervor:

1. Daß es nicht nur eine falsche, sondern eine böswillige Darstellung der sechs Redakteure ist, wenn sie in ihrer sogenannten „Aufklärung“, die ebenlogot „Verwirrung“ genannt werden kann, die Sache so drehen, als sei es der Parteivorstand, der die ganze Angelegenheit auf eigene Faust eingeleitet habe, während doch aus unseren obigen Ausführungen hervorgeht, daß die Initiative von den Vertretern von Groß-Berlin ausging, und daß alsdann alle Verhandlungen in voller Harmonie unter den Beteiligten gepflogen wurden.

2. Daß der Parteivorstand und die Gesamtvertretung von Groß-Berlin für sämtliche Schritte solidarisch die Verantwortung der Partei gegenüber übernehmen.

Wir können nur unserer Verwunderung über auch unserm lebhafte Bedauern darüber Ausdruck geben, daß, obgleich durch den Beschluß in der Versammlung am 23. Oktober deutlich ausgesprochen worden war, daß den Parteigenossen über die Vorgänge, die zur Kündigung der sechs Redakteure führten, öffentlich Auskunft gegeben werden sollte, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet seien und dieses letztere sofort geschehen werde, dennoch ein Teil der Parteipresse bereits gegen den Vorstand Stellung nahm. Die einfachste Rücksicht auf Gerechtigkeit gebot nach dem Satz zu handeln: Eines Namens Rede ist keine Rede, man muß sie hören lassen.

Mit welchen Mitteln und auf welchen Kosten die sechs Redakteure die Parteipresse zu beeinflussen suchten — wie die Tatsachen zeigen, mit einem gewissen Erfolge — darauf werden wir vielleicht gelegentlich noch zu sprechen kommen.

Es bleibt uns nunmehr nur noch übrig, auf einige Behauptungen einzugehen, welche die sechs Redakteure in ihrer sogenannten „Aufklärung“ aufgestellt haben.

Weshalb wir dem Verlangen der sechs Redakteure, die Redaktion zu den gepflogenen Beratungen hinzuzuziehen, nicht entsprochen haben, ist nach dem Gesagten zu wiederholen nicht nötig.

Daß wir streng innerhalb der Vorschriften handelten, welche die Parteiorganisation vorschreibt, geht aus dem Absatz 2 § 26 der in Jena beschlossenen Organisation hervor. Dort heißt es:

„Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über alle Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe je eine Stimme hat.“

Die sechs Redakteure behaupten aber auch, daß im vorliegenden Falle von uns im Widerspruch mit der bisherigen Praxis im „Vorwärts“ gehandelt worden sei.

Das ist wiederum unwahr.

Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammensetzung der Redaktion zwecks einer prinzipienfesten Haltung des „Vorwärts“ bisher nicht ein einziges Mal bestanden hat.

Wie war aber bisher die Stellung der Redaktion zu Parteivorstand und Preßkommission?

Als auf dem ersten Parteitag in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Partei sich eine neue Organisation gab, wurde durch den Fraktionsvorstand als die bis dahin bestehende Parteileitung der Antrag gestellt und durch Grillenberger begründet: dem Genossen Liebknecht als Chefredakteur des „Vorwärts“ Sitz und

Stimme im Parteivorstand zu gewähren, d. h. volle Gleichberechtigung mit den übrigen Vorstandsmitgliedern.

Grillenberger führte zur Begründung aus — man lese ausführlicheres hierüber im Protokoll des Haller Parteitages —, es sei unmöglich, das geistige Haupt der Partei in Deutschland, den Chefredakteur des „Vorwärts“ dem Parteivorstand gegenüber in eine untergeordnete Stellung zu bringen, und daß dieses umsoweniger angängig sei, da Liebknecht während der Dauer des Sozialistengesetzes Mitglied der Parteileitung gewesen wäre.

Dementprechend wurde beschlossen. Nachdem Liebknecht gestorben war, erfolgte die Stelle des Chefredakteurs. Der „Vorwärts“ hat seitdem keinen mehr gehabt.

Die entgegenstehende Behauptung der sechs Redakteure, nach dem Tode Liebknechts sei das gleiche Recht auf einen Vertreter der Redaktion übergegangen, ist eine auf Täuschung berechnete Unwahrheit.

Niemals ist eine solche Stellung einem Redakteur des „Vorwärts“ von dem Parteivorstand und der Preßkommission eingeräumt worden.

Tagegen bestand bisher die selbstverständliche Einrichtung, daß, handelte es sich um Angelegenheiten, welche die innere Ordnung der Redaktion betrafen, oder um eine Frage der Taktik, die der „Vorwärts“ in einer bestimmten Frage einnehmen möchte, oder um sonstige wichtige Parteiangelegenheiten, für die es wünschenswert war, daß die Redaktion unterrichtet sei und dergleichen mehr, so fanden je nach der Natur dieser Angelegenheit gemeinsame Sitzungen mit dem Parteivorstand oder mit dem Parteivorstand und der Preßkommission eventuell auch mit der Gesamtvertretung Groß-Berlins und der Redaktion oder Vertretern derselben statt. Auch räumten wir der Redaktion eine beratende Stimme ein, wenn es sich um Ersatz eines Redakteurs handelte. Mehrmals kam es auch vor, daß die Redaktion den Wunsch aussprach, an einer Sitzung des Parteivorstandes teilzunehmen, um Anregungen zu geben oder zu empfangen. Das war z. B. am 14. Juni der Fall, als der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Tagesordnung für den Jenaer Parteitag festsetzen wollten. Auf Wunsch der Redaktion wurde Gradnauer zu dieser Sitzung zugezogen. Derselbe machte den Vorschlag, auf die Tagesordnung des Parteitages noch zu setzen: die Wandlungen in der auswärtigen Politik des Reiches, ferner: den Stillstand der Sozialreform. Beide Vorschläge wurden nach längerer Debatte von der Parteileitung einstimmig abgelehnt; die Tagesordnung des nächsten Parteitages ertrage keine weitere Belastung.

Die Parteileitung war aber höchlich überrascht, als nach Veröffentlichung der Tagesordnung der „Vorwärts“ einen Leitartikel brachte, in dem genau mit denselben Gründen, die Gradnauer für seine Vorschläge in der Sitzung der Parteileitung angeführt hatte, die Erweiterung der Tagesordnung des Parteitages befristet wurde, ohne daß mit einem Worte die Leser darauf hingewiesen wurden, daß diese Vorschläge bereits der Parteileitung unterbreitet und von dieser einstimmig abgelehnt worden seien.

Im Parteivorstand war über dieses Vorgehen der Redaktion einstimmig Verurteilung. Man bezeichnete dasselbe als höchst illoyal und sah von einer öffentlichen Darstellung nur ab, weil der Vorschlag in der Partei sehr wenig Anklang fand.

Es besteht bei dem Vorstande und der Preßkommission die einstimmige Ansicht, daß auch künftig die Redaktion des „Vorwärts“ bei all den Vorgängen, bei welchen sie bisher als Auskunft oder Anregung gebendes oder beratendes Organ zugezogen wurde, auch künftig an diesem Zustande nicht geändert werden soll und darf.

Dazu gehört aber nicht ein Vorfall, wie der jetzt in Frage stehende, aus den bereits hinlänglich dargelegten Gründen.

Wenn die sechs Redakteure weiter behaupten, daß die im Einverständnis mit der Preßkommission und der Gesamtvertretung Groß-Berlins geübte Handlungsweise des Vorstandes „die Freiheit und Unabhängigkeit der Parteipresse bedroht, wenn nicht vernichtet, die bisher der schönste Stolz der Parteigenossen gewesen und allein den Redakteuren das moralische Recht gegeben habe, die Würdelosigkeit und Abhängigkeit des kapitalistischen Preßbetriebes zu geißeln“, so bewundern wir, woher die sechs Redakteure den Mut hernehmen, solche Phrasen zu veröffentlichen.

Sie haben ja bisher mit diesen und falschen Behauptungen einen gewissen Einfluß auf die bürgerliche Presse ausgeübt. Aber wir lassen uns durch solchen Theaterdonner nicht einschüchtern und hoffen, die Partei auch nicht.

Wir glauben, daß diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Preßkommission, wie der Gesamtvertretung Berlins, die nicht nur 16 und 20 Jahre, wie ein oder zwei unter den sechs Redakteuren, sondern drei, vier und über vier Jahrzehnte in der Bewegung stehen und sich wohl auch einige Verdienste um die Partei erworben haben dürften, über solche Behauptungen heiter lachen werden. Und daselbe gilt von allen anderen Genossen, die bei unseren Beschlüssen mitgewirkt haben.

Zum Schluß sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar bei unseren Entschlüssen keinen Einfluß übte, aber immerhin doch in Erwägung gezogen werden mußte und den Parteigenossen bekannt zu geben ist.

Die persönlichen Verhältnisse zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion sind schon seit Monaten die denkbar schlechtesten; wie immer und überall es vorkommt, daß aus prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten, wenn dieselben als unüberbrückbar gelten, sich persönliche Gegnerschaft der stärksten Art entwickelt, so auch in der Redaktion des „Vorwärts“. Diese Gegnerschaft trat mit äußerster Schärfe hervor, als am 14. September — drei Tage vor dem Jenaer Parteitag — auf Antrag der Redaktion eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteivorstand abgehalten wurde, in welcher Differenzen, die sich aus dem damals im „Vorwärts“ gleichzeitig erfolgten Abdruck von Artikeln der Mehrheit und der Minderheit ergeben hatten, geschlichtet werden sollten. Diese Verhandlungen nahmen seitens der streitenden Parteien einen so turbulenten Charakter an, daß der Vorsitzende Mühe hatte, Ordnung zu halten. Seitdem beschränkte sich der Verkehr der beiden Parteien auf das allernotwendigste. Es gab in der Redaktion kein Miteinanderarbeiten mehr, sondern nur noch ein Nebeneinanderarbeiten, und auch dieses war zuletzt kaum noch möglich.

Daß ein solcher Zustand auf die Dauer für alle Beteiligten unerträglich ist und daß darunter auch die Redaktion des betreffenden Blattes auf das schwerste leiden muß, ist selbstverständlich. Wir haben daher auch aus diesem Grunde es begründet, daß die eine Partei durch ihre Kündigung einem unmöglich gewordenen Zustande ein Ende bereitere.

Von der Unhaltbarkeit der Zustände in der Redaktion waren auch die sechs Redakteure, die kündigten, überzeugt, nur waren sie der Meinung, nicht sie, sondern die Minderheit habe zu gehen. Unverkümmert ist dieser Meinung aus den Reihen der Mehrheit der Minderheit gegenüber schon bei früheren Gelegenheiten Ausdruck verliehen worden.

Parteilosen! Wir haben Euch hiermit die Gründe für unser Verhalten gegenüber den sechs Redakteuren, die kündigt, dargelegt. Von der Minderheit der Redaktion wurde das Verlangen der Mehrheit nicht unterstützt. Mit ihr uns auseinanderzusetzen, wurde uns erspart.

Wir haben getan, was wir im Parteinteresse für unsere Pflicht hielten.

Berlin, den 30. Oktober 1905.

Der Parteivorstand. Die Pressekommision.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Bezirksrat des Regierungsbezirks Merseburg auf dem Delegierten von acht Reichstagswahlkreisen vertreten waren, fand am 29. Oktober in Halle statt. Ein kräftiges Vortragsprogramm der Bewegung in politischer sowohl, wie in gewerkschaftlicher Beziehung konnte konstatiert werden, obwohl ein sehr schändliches Vorgehen der Behörden und Unternehmern die Bewegung hindert. Saalverweigerungen zu Versammlungen sind in allen Kreisen zu verzeichnen. Wenn Militärbehörden drohen, dann finden die Saalbesitzer zusammen. Von dem Kandidaten des Kreises Bitterfeld-Delsdorf verlangte der Amtsvorsteher, als einer Genosse in einem Landorte einen Vortrag halten wollte, daß er dort eingeschriebenes Mitglied des Vereins sei. Im reichstreuen Versäumer Ländchen Mansfeld-Eisleben belegte man einen Genossen mit 45 Mark Geldstrafe, weil er nach der Meinung eines überwachenden Polizisten eine Versammlung zwei Minuten zu früh eröffnet habe. Im Zeiger Kreise wurden im letzten Jahr zwei Genossen (Deckerreiter) ausgewiesen. Der eine Genosse wohnt gegenwärtig in Altenburg, 1/4 Stündchen vom Zeiger Kreise entfernt, der andere ist in Nürnberg tätig — und das Deutsche Reich stürzte nicht ein.

Einen sehr breiten Raum nahm der Punkt: Beschlußfassung über eventuelle Anstellung eines Bezirkssekretärs für den Regierungsbezirk Merseburg ein. Der Referent Leopold Reiz wies darauf hin, daß von den 80 000 Personen, die bei der letzten Reichstagswahl im Bezirk sozialdemokratisch gestimmt haben, nur 8000 politisch organisiert sind. Da sei noch ein großes und breites Feld für den Sekretär vorhanden. Die Anstellung des Sekretärs wurde schließlich mit 28 gegen sechs Stimmen beschlossen; elf Genossen enthielten sich der Abstimmung. — Heber die Presse, die gute Fortschritte gemacht hat, referierte Genosse Thiele.

Bürgerrecht in königlichen Betrieben. In Kiel besteht die Gefahr, durch Wahl sozialistischer Abgeordneter des Reiches Glanz und Herrlichkeit rötlich zu beleuchten. Um das zu verhindern, ist auf der kaiserlichen Werk durch Tagesbefehl bekannt gegeben worden, daß jeder Arbeiter, der zur Wahl gehen wolle, sich am 25. Oktober bei dem nächsten Vorgesetzten zu melden habe. — Unerhört! — Ja, in einzelnen Ressorts hat man die Leute sogar zum Bureau bestellt, nach Wohnung und Arbeit bezüglich der Wahl befragt. Man glaubt wohl, durch solche Mittel, durch welche das Bürgerrecht unter Kontrolle gestellt wird, die Werftarbeiter einschüchtern zu können. Wir hoffen, der Tag der Wahl wird die Nulllosigkeit solcher Staatsaktionen deutlich demonstrieren.

Politische Lehrstunde. Der Sozialdemokratische Verein in Essen hat beschlossen, für seine Funktionäre einen Lehrcursus zu veranstalten. Vorläufig sind folgende Thematiken in Aussicht genommen:

1. Die Parteien des deutschen Reichstages.
2. Unsere Organisation.
3. Das sozialdemokratische Programm: a) Allgemeiner Teil. b) Unsere Forderungen an die heutige Gesellschaft. 4. Die Sozialgesetzgebung: Alters-, Invaliden-, Kranken-, Unfallversicherung.
5. Das Koalitionsrecht und seine Geschichte. 6. Mittelstandspolitik.
7. Das Bürgerliche Gesetzbuch. 8. Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik. 9. Zolltarife und Handelsverträge.

Aus Industrie und Handel.

Zur Reform der Personentaxen.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat dem Landes-Eisenbahnamt eine Denkschrift zugehen lassen, aus dem die „Frankf. Ztg.“ einen summarischen Auszug bringt. Danach sei man davon ausgegangen, daß das Ziel der Reform tündliche Verringerung der verschiedenen Tarifen der bestehenden Tarife und die Aufstellung eines möglichst einfachen, klaren und modernen, verständlichen Tarifs, nicht aber eine allgemeine Verringerung der Tarife sein müsse. Das habe auch der deutsche Handelsrat und ebenso das preussische Abgeordnetenhaus ihrerseits empfohlen. Es sei nicht angängig gewesen, die Einrichtungen des einen Staates ohne weiteres auf die des anderen Staates zu übertragen. Die Einigung über die Zahl der Wagenklassen habe große Schwierigkeiten gemacht. Vom Standpunkt des Eisenbahnbetriebs hätte man vielleicht einer Verringerung der Klassen das Wort reden können, aber man dürfe die Gewohnheiten und Bedürfnisse des Verkehrs nicht übersehen. Die vierte Klasse sei ein Verringerungsmittel, das für weite Kreise der Bevölkerung erhebliche Vorteile bietet: durch billigen Preis und durch die Einrichtung der Wagen. Diese ermöglichen dem Reisenden umfangreiche Traglasten auch auf weiten Reisen mitzuführen. Bei Abschaffung der vierten Klasse würde ein beträchtlicher Teil der Reisenden, die jetzt die dritte Klasse benötigen, in die zweite Klasse gedrängt. Eine solche Reform würde für diese eine erhebliche Verteuerung und einen Rückschritt bedeuten. Wahern abgelehnt die vierte Klasse für die vierte.

Die Verringerung der Rückfahrkarten werde u. a. auch durch die häufige Währungsveränderung motiviert. Es wäre unmöglich zu schätzen, in welchem Umfang Durchstichereien getrieben worden seien. Die Rückfahrkarte sei geradezu eine Fessel des Verkehrs. Für kurze Reisen werde es angängig sein, die Karten für die Rückfahrt bei der Hinreise zu lösen, oder auch Rückfahrkarten mit kurzer, etwa einwöchiger Geltungsdauer ohne Preisermäßigung auszugeben. Die neuen Fahrpreise könnten nicht weiter herabgesetzt werden; sie seien so billig wie die regelmäßigen Beförderungspreise kaum in einem anderen Lande. Den Arbeitern ständen die noch billigeren Arbeiterkarten zum Preise von einem Pfennig für den Personenkilometer zur Verfügung.

Ob sich Schnellzugzuschläge theoretisch rechtfertigen lassen, ist ungewiß, die Meinung der Theoretiker und Praktiker über die Selbstkosten der Schnellzüge gingen auseinander. Die Zuschläge rechtfertigen nach der Denkschrift sich aber durch die in den Schnellzügen gebotene größere Bequemlichkeit und die schnellere Beförderung.

Heber das Freigelebe veröffentlicht die Denkschrift eine eingehende Tabelle, die nachweisen soll, wo der neue Tarif billiger und wo er höher ist als bisher. Höher ist der neue Tarif in Preußen für alle Sendungen bis zu 35 Kilogramm, für Gewichte von 36 bis 45 Kilogramm sind die Preise gleich, für 46 bis 50 Kilogramm ist der neue Tarif niedriger, für 51 bis 55 Kilogramm höher, über 55 Kilogramm durchweg billiger. Es wird besonders geltend gemacht, daß der neue Tarif den Geschäftstreibenden zugute kommt. Dann bekräftigt die Denkschrift die Aussagen, die behaupten, daß die zusammenfassenden Tarifverträge, die Arbeiterkarten, Arbeiterkarten, die Stadt- und Vorkartens und die sogenannten Sonntagstarife.

Heber die finanziellen Wirkungen der Reform wird mitgeteilt, daß der ganze Nettobetrag, der aus der Reform rechnerisch entstehen würde, 211 225 M. beträgt. Zum Schluß macht die Denkschrift erneut geltend, die Tarifreform werde für das ganze Deutsche Reich einen einheitlich klaren, von jedermann leicht zu überschauenden Tarif schaffen. Werde die jetzt sich darbietende Gelegenheit wiederum unbenutzt gelassen, so werde im gesamten Gebiet des Deutschen Reichs auf absehbare Zeit an eine Verringerung der von allen Seiten bemängelten Rißstände

nicht zu denken sein. Wir werden auf diesen wie auf den übrigen Inhalt der Denkschrift noch eingehender zurückkommen.

Kapitalerhöhung der Selsenfräher Bergwerksgesellschaft. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft hat beschlossen, das Aktienkapital um 11 Millionen Mark, also auf 130 Millionen Mark, zu erhöhen und gleichzeitig eine neue Anleihe von 30 Millionen Mark aufzunehmen. Die infolge der Kapitalerhöhung auszugebenden neuen Aktien dienen teils zum Erwerb der Gesellschaft Naab Starker u. Co., Mannheim, teils zum Erwerb einer Beteiligung bei der Aktiengesellschaft Rheinisch-Westfälisches Elektrizitäts-Werk, Essen. Der verbleibende Rest soll im Verein mit der Anleihe die Betriebsmittel der Gesellschaft und der mit ihr in Verbindung stehenden beiden Werke Kadener Hütten-Aktienverein und Schaller Gruben- und Hüttenwerke dienen. Damit wird das Selsenfräher Bergwerk, das, wie bekannt, seit dem Ende des vorigen Jahres auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden ist, einen weiteren bedeutenden Ausbau erfahren, auf den noch zurückzukommen sein wird.

Berliner Elektrizitätswerke. In der gestern stattgefundenen Aufsichtsratsitzung der Berliner Elektrizitätswerke wurde seitens des Vorstandes Bericht über das Ergebnis des verflochtenen Geschäftsjahres erstattet. Dasselbe ermöglicht die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (im Vorjahre 9 1/2 Proz.). Dabei war der um etwa 27 Proz. (für die Mehrheit der Anlagen) ermäßigte Lichttarif das ganze Jahr hindurch in Geltung. Die Stromabgabe ist im erhöhtem Maße gestiegen; sie betrug 111 572 782 Kilowattstunden (gegen 98 501 404 Kilowattstunden im Vorjahre). Die Zahlungen an die Stadt Berlin beziffern sich auf 3 210 130,72 M. (gegen das Vorjahr 363 634,91 Mark mehr). Zur Vorschlagung der nicht konvertierten Schuldverschreibungen zur Tilgung der schwebenden Verbindlichkeiten und zur Verteilung der aufs neue in Aussicht genommenen Erweiterungsbauten ist die Ausgabe einer neuen Anleihe von 8 Millionen Mark in Aussicht genommen. Auch im laufenden Geschäftsjahre entwickelte sich das Unternehmen nach diesem offiziellen Bericht günstig. Der Zuwachs der Umsätze für Licht und Kraft in der Zeit vom 1. Juli bis Ende Oktober überstiegt 5000 Kilowatt. Außerdem lagen Anmeldungen für mehr als 2500 Kilowatt vor. Der Stromverbrauch in den ersten drei Monaten hat sich um 15 Prozent gegen das Vorjahr gehoben; er betrug 20 1/2 Millionen Kilowattstunden.

Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft. Es liegt nunmehr die Tagesordnung für die am 23. n. M. stattfindende außerordentliche Generalversammlung vor. Auf derselben steht neben der angelegentlichen Verdoppelung des Aktienkapitals auf 12 600 000 M. und der Genehmigung einer Offerte auf Übernahme der neuen Aktien eine Anzahl von Statutenänderungen, welche insbesondere die Befugnisse des Aufsichtsrats zur Genehmigung von Lieferungs- und sonstigen Verträgen betreffen. Schließlich wird die angelegentliche Gründung einer Invaliden-, Alters- und Waisen-Pensionskasse für die Angestellten zu Lasten der vorhandenen Dividenden- und Pensionskonten sowie eine künftige Zahlung fortlaufender monatlicher Beiträge für diese Kasse beantragt.

Zahlungsunfähige Staaten. Einem dem „Internationalen Volkswirt“ zur Verfügung gestellten Abzug des „Appendix 1905“ des „Council of Foreign Bondholders“ entnehmen wir die nachstehende Zusammenstellung derjenigen Staaten, die sich derzeit in völliger Zahlungsstockung befinden:

| Staat | Schuld betrag Pfd. Sterl. | Mögl. Zinsen Pfd. Sterl. |
|---------------------------------------|------------------------------|-----------------------------|
| Argentinien (Stadt Cordoba) | 793 600 | 714 220 |
| Argentinische Cedula | 14 458 853 | — |
| Costa Rica | 2 000 000 | 600 000 |
| Konföderierte Staaten | 2 418 800 | 6 857 298 |
| Guatemala | 1 482 800 | 385 528 |
| Honduras | 5 398 570 | 15 210 512 |
| Louisiana | 184 432 | — |
| Mississippi | 1 400 000 | 4 810 000 |
| West Virginia | 3 047 874 | — |
| | 31 184 920 | 28 583 568 |

Das sind also recht erhebliche Summen, immerhin bedeuten sie gegen das Vorjahr eine Besserung; es haben Frieden mit ihren Gläubigern geschlossen Kolumbien, das im vorigen Jahr noch schuldete 2 700 000 Pfd. Sterl. und ferner Venezuela, das im vorigen Jahr schuldete 4 571 187 Pfd. Sterl. An dem enormen Pluszuwachs ist zu ersehen, daß wir es mit teilweise sehr alten Schuldnern zu tun haben. In der Tat sind die Posten: Konföderierte Staaten, Honduras, Louisiana, Mississippi und West Virginia seit Generationen notleidend, also total verloren.

Die Revolution in Rußland.

Bisher ist es zu der von vielen Seiten erwarteten Explosion in den Hauptstädten noch nicht gekommen. In einigen Städten wurden die Straßenkämpfe augenscheinlich nur dadurch verhindert, daß die Polizei und die Militärbehörden sich den Bedingungen der Volksmassen fügten, die Verhafteten auf freien Fuß setzten und den Demonstranten die Herrschaft über die Straße völlig überließen. Ob diese Nachgiebigkeit die Ohnmacht der Gewalt verriet, oder man der Polizei und der Truppen nicht sicher war, oder ob man sich nur ungewohnte Zurückhaltung auferlegte, weil man glaubt, daß der Hunger die Streikenden schließlich doch wieder in die Fabriken treiben wird, ist nicht ersichtlich. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die etwaige Rechnung auf den durch Hunger erzwungenen Zusammenbruch der Bewegung eine irrige sein wird. Die Krise ist noch keineswegs vorüber, sondern tritt täglich in ein akuter Stadium. Der Generalstreik währt nicht nur überall fort, sondern er gewinnt noch fortgesetzt an Ausdehnung. So streiken jetzt z. B. in Lodz und im Lodzer Bezirk über 100 000 Arbeiter. Von welchem Geiste die Arbeiter befeelt sind, beweist nicht nur ihr heroisches Ausbarren im Ausstände, sondern auch der Inhalt ihrer Proklamation, der Beifall, mit dem sie revolutionäre Ansprachen aufnehmen. Breite Schichten der Intelligenz und des Bürgertums werden durch das imponierende Vorgehen der Arbeiter zu gleicher revolutionärer Entschlossenheit fortgerissen. So ist es äusserst wahrscheinlich, daß, wenn die zarischen Mandatare sich nicht noch in letzter Stunde zu weitgehendsten Zugeständnissen entschließen, schwere Straßenkämpfe zu erwarten sind. Es scheint aber begründete Ursache zu der Annahme vorhanden zu sein, daß bei solchen Zusammenstößen auf die bewaffnete Macht nicht allzu fester Verlaß sein wird. In Lodz sollen hundert Soldaten verhaftet worden sein, weil sie sich weigerten, auf die Demonstranten zu schießen. Ähnliches wird auch aus anderen Orten berichtet. Und nicht nur die Schöne des arbeitenden Volkes scheinen zum Bewußtsein der schmachvollen Rolle gekommen zu sein, die ihnen zugemutet wird, auch viele Offiziere sollen sich an der revolutionären Propaganda beteiligen.

So berichtet eine russische Korrespondenz über folgende Flugschrift der revolutionären Offiziere.

„Kameraden! Wir erleben einen schweren und ersten Moment der inneren Politik unseres Vaterlandes. Bei einer solchen Reihe von einschneidenden Ereignissen, die mit Winderdeile an uns vorüberziehen und alle Schichten unserer Gesellschaft von den tiefsten Tiefen bis zu den höchsten Höhen erfassen, abseits als

latilfütiger und teilnahmsloser Zuschauer zu stehen, ist zum mindesten unehrlieh. Eine jede Gesellschaftsklasse unseres Vaterlandes hat ihre Vertreter gestellt, gab Kämpfer für die gemeinsame, heilige, teure und jetzt unaufhaltbare Sache, die der Befreiung unseres Vaterlandes und des Volkes von der tatarisch-türkischen Willkür der sittenlosen, überladenen, hyperbischen, geistig und moralisch abgestumpften Züchtungsweisen jedes Ranges und jeder Stellung, vom dem Feldwebel — dem Säufser, Dieb und Soldatenräuber in der Kompagnie — bis zum Intendanturgeneral, vom dem Wachtmeister, der „Kleinigkeiten“ für unerlaubte „Vernüftungen“ nimmt, bis zum Polizeigewaltigen, dem „Aufmerksamkeiten“ je nach dem Rang erwiesen werden, vom dem Popen, der die Bauern beraubt, bis zu der Kreatur, die die Christenlehre in Rußland verdreht und 130 Millionen Menschen religiös und sittlich märtet und dessen Name Pobjedonoszew ist. . . . Und was geschieht jetzt im heiligen Rußland! Überall wird Bruderblut vergossen! Ganz Europa erbebt unter dem Eindruck der unerhörten Bestialitäten. Und wir, Vertreter der wohlorganisierten ungeheuren Macht, wir schlafen immer noch in unserem mit einer Kruste bedeckten Sumpf der Kasteninteressen, Kleinlichen dienstlichen Intrigen, Liebesabenteuer, Restaurationsauftritte, Widerwärtigkeiten „einer kleinen Garnison“! Kameraden! Wir spielen eine abscheuliche, unwürdige Rolle. Wir, die wir an der Spitze der bewaffneten Macht des Landes stehen, das uns den Schutz der Unantastbarkeit des Reichsterritoriums, die moralischen und materiellen Interessen der Nation anvertraut hat, wir, die wir in unserem Veress die Fahne der ritterlichen Tugenden, Schutz dem Schwachen, Unterstützung der Gerechtigkeit, des Rechts und der Gerechtigkeit im Lande selbst hochhalten sollen, was sind wir jetzt? Wohin sind wir in der letzten Zeit durch unsere gänzlich zerrüttete Regierung gebracht worden, die nur noch aus einem Häuflein der infolge unserer unverständigen Unterstützung allmächtiger Kreaturen, Höflinge, Hintermannen und einem Polizisten, mit dem Stod in der Hand und der Rogaska im Stiefelschaft, an der Spitze, befehlt. Und einer solchen Regierung sollen wir dienen? Einer Regierung, die banalrot und auf allen Positionen der inneren und äußeren Politik geschlagen ist, einer Regierung, die uns nicht nur als Offiziere der Armee, sondern auch als Menschen beschimpft und erniedrigt und durch ihre Furcht, Taktlosigkeit, Niederträchtigkeit und Gemeinheit ihrer Seele und Beleidigung und sich nur im Moment der äußersten Verwirrung und Kopflosigkeit hinter unseren Vajonetten und Kanonen versteckt. Ist denn eine solche Regierung unserer Unterstützung wert; eine Regierung von Polizisten, eine Regierung der Gewalt, der Willkür, des Raubens und des Mordens? Kameraden, genug! Besinnt Euch, erinnert Euch, wie man uns jede Minute auf Schritt und Tritt malträtiert. Es genügt die Andeutung irgend eines Halunken von Gendarmen oder Polizisten, daß das Publikum „unruhig“ sei, um es demonstrativ auf die Straßen zu führen zur Verschimpfung und Vergewaltigung der gegen die Regierung erbitterten Menge, die dann ihren Haß gegen uns zum Ausdruck bringt; man hält uns ununterbrochen unter Waffe, macht uns wild die unkontrollierbare Macht der Polizei, die uns nach ihrem Belieben behandelt, als ob wir ihre Bediensteten und zwar solche ohne Ehre und Schamgefühl wären. Kameraden! Die in Verwesung geratene Leiche des kolossalen Selbstherrschers können wir nicht wieder beleben und alle unsere Vajonette sind Null im Verhältnis zu dem Volksmittel. Wollen wir also das Ende der Selbstherrscherschaft nicht abwarten und, solange es nicht zu spät ist, auf die Seite der Wahrheit, des Rechts, des niedergedrückten Volkes übergehen. Das Wohl des Volkes ist unser Wohl, das Glück der Nation ist unser Glück, ihr Unglück ist unser Unglück. Wollen wir also unseren jüngerer Vorkämpfer die Hand, reichen und den gemeinsamen Feind, Beleidiger und Verräter gemeinsam vertreiben. Kameraden, frisch auf!“

Zaren-Einholung oder Flottendemonstration.

Eine Privatbespeche aus Kiel meldet uns:

Die „Schleswig-Holst. Volksztg.“ meldet: Die dritte Torpedobootdivision sowie der Turbinenkreuzer „Lübeck“ und Kreuzer „Hamburg“ erhielten gestern nachmittag durch kaiserliche Kabinettsorder die Anweisung, sich zur Abreise bereit zu halten. Der Kreuzer „Hamburg“ und die Torpedoboote sollen in Peterhof die Zarenfamilie abholen; der Kreuzer „Lübeck“ soll in Kemel stationiert werden, um die Verbindung anrecht zu erhalten. Die Zarenfamilie soll nach Kiel gebracht werden.

Diese aufsehenerregende Meldung ist inzwischen auch mehreren Berliner Blättern zugegangen. Nur besagt eine Besart, daß die Flottille zum Schutze der deutschen Botschaft abgegangen sei, denn sie ist bereits in See gestochen.

Die Abfendung der deutschen Hilfsflotte, von der man nicht weiß, ob sie erbeten war oder ob sie eigener Initiative entspringt, läßt die Lage in Rußland im düstersten Lichte erscheinen. Ist es schon so weit gekommen, daß der „Admiral des stillen Ozeans“ durch fremde Schiffe vor dem Grimme seines Volkes in Sicherheit gebracht werden muß? Uebrigens ist es sehr wahrscheinlich, daß sich der Zar in Kopenhagen noch sicherer fühlen wird als in Kiel.

Wir möchten aber doch eine Vermutung nicht unterdrücken. Vielleicht wird der Zweck der Flottentendung völlig verkannt, da es sich möglicherweise gar nicht um die Rettung des Zaren handelt, sondern um eine Flottendemonstration wegen der freien Verhandlung der beiden Deutschen durch jenen dreiften Grenzsofaken, der dann später auch noch den die Untersuchung führenden Landrat zu verhaften drohte!

Freiheitsopfer.

Oessa, 30. Oktober. Es ist unmöglich, die Zahl der Opfer bei den gestrigen Unruhen auch nur annähernd festzustellen, da es den Friedhöfen und Krankenhäusernverwaltungen streng untersagt ist, eine Auskunft zu erteilen. Die Polizei schafft selbst überall die Leichen und die Verwundeten fort, deren Zahl sehr bedeutend sein muß. Die Behörden hegen zur Infanterie kein Vertrauen und behalten sie in den Kasernen; sie verwenden nur Kosaken und Gendarmen. Von einer Barrikade herab rief ein Student herbeieilenden Kosaken zu, sie sollten, anstatt auf ihre um die Freiheit des gemeinsamen Vaterlandes kämpfenden Brüder zu schießen, sich lieber den Kämpfern anschließen. Die Kosaken antworteten darauf mit vier Salven, wodurch 9 Personen getötet und ungefähr 40 verwundet wurden. Die nach Hunderten zählenden unverletzt gebliebenen übrigen Personen stürzten darauf, von den Kosaken verfolgt, in die nächsten Häuser, drangen in die fremden Wohnungen ein oder versteckten sich auf den Wäden und Dächern. Viele Privatwohnungen sind auf diese Weise in Ambulangen verwandelt.

Kiew, 29. Oktober. Trotz der Drohung des Generalgouverneurs, die Stadt zu beschließen, dauert die revolutionäre Bewegung fort. Bei der Universtität fand ein Zusammen-

stark zwischen Militär und einer großen Volksmenge statt. Über 1000 Personen wurden verwundet. Der Führer der radikalen Partei, Adolof Ratner, wurde verhaftet. Die Nachrichten aus der Provinz lauten alarmierend. In Poltawa soll es zu großem Blutvergießen gekommen sein.

Wachsende Gärung.

Moskau, 28. Oktober. (Nachricht der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Die große Erregung der Bevölkerung hält an. Heute vormittag erzwangen die Kommiss die Schließung aller Läden mit Ausnahme der kleinen Kolonialwarengeschäfte. In mehreren Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, besonders am Jwerz-fajator, bei denen viele Personen verwundet wurden. Die Universität ist verbarrikadiert und wird von bewaffneten Studenten besetzt; im Innern des Gebäudes hält sich eine Schar Studenten zum Eingreifen bereit, falls ein reaktionärer Volkshaufe aus dem Pledon Coching, der bereits heute vormittag Studenten angefallen und mißhandelt hat, seinen Angriff erneuern sollte. Der Telefonverkehr in der Stadt hat aufgehört. Die Mitglieder mehrerer Theater beteiligten sich an dem politischen Ausstand. Auf Befragung der Stadtverwaltung haben Delegierte der Arbeiter sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß der Betrieb des städtischen Wasserwerks wieder aufgenommen wird, aber unter der Bedingung, daß die Arbeiter über das Wasserwerk völlig verfügen, daß sie die betreffenden Ingenieure auswählen und daß sie das Recht haben, nach ihrem Ermessen den Betrieb zu unterbrechen. Die Stadtverwaltung will ihre Antwort im Laufe des Abends erteilen. Um 8 Uhr nachmittags fand eine große Versammlung statt, an der sich der Gemeinderat sowie Vertreter der Semstwo, des Adels, der wissenschaftlichen Gesellschaften, der Presse sowie der Vereine und Verbände aller Parteien, auch der revolutionären, beteiligten. Die Redner traten in leidenschaftlichen Reden für den Kampf mit Waffengewalt und die Einsetzung eines Volksführers ein. Der telegraphische Verkehr mit Petersburg geht nur über einen Draht aus dem Hause des Generalgouverneurs. Verschiedene Arbeitergruppen, besonders die Drucker, haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Warschau, 30. Okt. Heute sind die Fabriken, Banken und andere Institute geschlossen. Die Straßenbahnwagen werden hier und da umgeworfen oder angezündet. In den Provinzstädten beginnen ebenfalls Unruhen. Besonders kritisch ist die Lage in Lodz und in dem Lodzer Bezirk. Dort feiern mehr als 100 000 Arbeiter. Im Gouvernement Suwalki gerieten bewaffnete Banden 11 Monopolbranntweinläden.

Warschau, 30. Oktober. In der Vorstadt Praga ist ein Gendarm getötet worden.

Lodz, 30. Oktober. Die Geschäfte sind hier alle geschlossen. Einige Geschäfte, die geöffnet hatten, wurden zerstört. Mehrere tausend Arbeiter durchzogen die Straßen und zerrissen die Flaggen, die heute aus Anlaß des Oskoffertages gehißt worden sind. Militärpatrouillen gaben blinde Schüsse ab. Ein blutiger Zusammenstoß wird erwartet.

Lodz, 30. Oktober. Bei einer Hausdurchsuchung wurden heute drei Bomben entdeckt. Der Eigentümer, der auf die Polizei feuerte, wurde festgenommen.

Warschau, 30. Oktober. Die Angestellten der Wechselbänken haben auf die Forderung der Direktion, die Arbeit wieder aufzunehmen, erwidert, hierüber könne nicht verhandelt werden, so lange ihre Delegierten, die in Petersburg verhaftet wurden, nicht freigelassen seien. Die hiesigen Zeitungen sind noch nicht erschienen; es werden nur Sonderausgaben mit den Petersburger Agenturdepeschen veranaltet; diese Ausgaben sind einer besonderen Zensur unterstellt. Den hiesigen Hausbesitzern ist amtlich mitgeteilt worden, daß sie für Ausschreitungen, die sich im Hause ereignen, verantwortlich gemacht werden.

Riga, 29. Oktober. Die Erregung ist immer noch im Wachsen begriffen. Alle Lehranstalten, Magazine und Fabriken sind geschlossen. Die Straßen sind von den Arbeitern angefüllt, die jeden Verkehr verhindern. Das ganze Geschäftsleben steht. Ein Oberst wurde auf offener Straße erschossen.

Arbeiterforderungen in Petersburg.

Am Sonntag fand eine Sitzung der städtischen Duma in Petersburg statt. Der Saal war vom Publikum dicht gefüllt; die Zugänge waren von zahlreichen Polizeibeamten besetzt. Vor der Duma erschienen 30 Arbeiterdelegierte, die folgende Anträge stellten: 1. die Arbeiter verlangen die allgemein als ihre Forderung bekannte Freiheitsrechte; 2. die Stadt soll für die Dauer des Ausstandes für die Ernährung der Arbeiter sorgen; 3. die Arbeiter verlangen, obwohl sie die Zerstörung der Wasserleitung nicht wünschen, die sofortige Entfernung der Wasserleitung beschützenden Truppen; geschickt wird nicht, so soll die Leitung zerstört werden; 4. die Stadt soll künftig nicht mehr die Kosten für die staatliche Polizei und für die gegen die Bürger veranlaßten Kosten tragen; 5. die Stadt soll für die persönliche Sicherheit der Delegierten bürgen, da der Generalgouverneur möglicherweise ihre Verhaftung veranlassen werde; 6. die Stadt soll den Arbeitern Waffen geben und eine Bürgermiliz errichten, dann würden die Arbeiter für Sicherheit, Ruhe und Ordnung garantieren. Die Duma versprach, auf diese Forderungen bis Dienstag Antwort zu erteilen. — Gekern ist auch der Ausstand auf der finn-ländischen Bahn von Petersburg bis Valkensaar an der russisch-finnländischen Grenze proklamiert worden.

Gewährung einer wirklichen Verfassung?

Petersburg, 30. Oktober. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute Abend wird ein kaiserliches Manifest veröffentlicht werden, durch welches Graf Witte zum Ministerpräsidenten ernannt wird mit der Aufgabe, die Regierungsfunktionen zu vereinfachen, und durch welches ferner bürgerliche Freiheiten, eine gesetzgebende Duma und die Ausdehnung des Wahlrechts gewährt werden.

Straßenkämpfe.

Petersburg, 30. Oktober. Fortgesetzt laufen aus der Provinz Meldungen über die Ausbreitung des Ausstandes und der Gärung ein, die in einigen Orten zu blutigen Zusammenstößen geführt hat. In den Ostseeprovinzen sind Riga und Reval Schauplatz blutiger Szenen. In Riga fanden im Laufe des gestrigen Tages mehrere Zusammenstöße mit Truppen statt, wobei viele durch Schüsse und durch blanke Waffen verwundet wurden. In Reval beschloßen die Ausständigen, ihren politischen Forderungen auf jeden Fall Geltung zu verschaffen. Beim Zusammenstoß gaben die Truppen zwei Salven ab, wodurch 45 Personen getötet und etwa noch einmal soviel verwundet wurden. Einen noch weit ernstern Charakter nahmen gestern die Unruhen in Odessa an, wo der Zugang zur Universität durch Militär versperrt war. Die Arbeitermasse stütete durch die Straßen, schloß die Läden, Cafés und Restaurants und stürzte Straßenbahnwagen um. Die Polizei hob die Sanitätsverbandsstellen auf. Auf der Nikolskistraße kam es zu einem bedeutenden Zusammenstoß zwischen Kosaken und Ausständigen, die Barrikaden errichtet hatten. Mehrere Personen wurden verwundet. Auch an anderen Punkten wurden Barrikaden errichtet, während 20 Personen getötet, gegen 200 verwundet. Gegen Abend trugen Kosaken die Barrikaden ab; der Zugang zum Hafen ist militärisch gesperrt.

Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Sonderbare Geschäftsausance und Schikane spielten bei der Klage eine erhebliche Rolle, die am Montag zur Verhandlung gelangte. Als Klägerin beherrschte eine ehemalige Kontoristin der Firma Jäger u. Sohn, Jäger u. Sohn, Jäger u. Sohn und Kaufmannsfilialhandlung, ihr Recht. Zwischen ihr und der Firma war es zum Konflikt gekommen. Die Kontoristin kündigte ihre Stellung deswegen durch eingeschriebenen Brief. Der Firmendirektor aber verweigerte die Annahme des Briefes, weil es in seinem Geschäft angeblich Nance sei, eingeschriebene Briefe, auf denen der Name des Absenders nicht vermerkt ist, nicht anzunehmen. Der Beklagte bestritt, irgend etwas von der Kündigung des Fräuleins zu wissen, kündigte nun aber seinerseits dem Fräulein noch am Tage der Ankunft des Briefes. Von da ab wurde die Beklagte mit anderen als Kontorarbeiten beschäftigt. Hierin erblickte die Klägerin eine Schikane und verließ sofort die Stellung. Sie strengte nun die Klage auf Zahlung eines kleinen Restbetrages an, der ihr noch bis zu ihrem Abgang für bereits geleistete Arbeit zugefanden hätte. Bei Begründung ihrer Klage führte sie an, der Chef habe die derzeitige Annahme ihres eingeschriebenen Kündigungsbriefes nur verweigert, weil er ihre Handschrift erkannte und wohl schon ahnte, daß der Brief die Kündigung enthalte. Der Einwand des Beklagten mit seiner Geschäftsausance, Briefe ohne Namensnennung zurückgehen zu lassen, wurde am Richterliche mit gebührender Heiterkeit aufgenommen. Ein ernstes Wörtchen sprach der Vorsitzende mit dem Beklagten deshalb, weil dieser der Klägerin, entgegen der Anweisung des Richters im vorausgehenden Vergleichstermin, noch immer kein Zeugnis ausgestellt hatte. Der Beklagte hatte im letzten Termin noch eine Widerklage erhoben, weil ihm durch den plötzlichen Abgang der Klägerin noch Kosten für die Erfolge entstanden seien. Auf mehrfach dringendes Anraten des Vorsitzenden kam es zwischen den Parteien schließlich zum Vergleich dahingehend, daß der Beklagte an die Klägerin unter Zurücknahme seiner Widerklage den verlangten Betrag auszahlt und ihr auch ein zufriedenstellendes Zeugnis auszustellen hat. Für den Fall eines Urteils hätte Beklagter verurteilt werden müssen, weil die Nichtannahme eines Briefes keineswegs an der Tatsache der Kündigung etwas ändert. Rechtlich liegt in solchen Fällen die Sachlage durchaus so, als ob der Beklagte den Brief in Empfang genommen. Ueberdies lag in der Beschäftigung mit anderen als Kontorarbeiten eine nach § 220 des Bürgerlichen Gesetzbuchs untreuliche Schikane. Mögen die Arbeiter stets so energisch sich gegen dergleichen Schikanen zur Wehr setzen wie die Klägerin.

Krank, aber nicht arbeitsunfähig ist laut ärztlichem Gutachten ein Filial-Expedit der Deutschen Buch- und Anstalt (Hauptgeschäft Josten) gewesen, als er sich vor mehreren Monaten krank fühlte und den Arzt konsultierte. Dementsprechend war ihm auch der Gebrauch von Säben und der Aufenthalt in frischer Luft während der arbeitsfreien Zeit verordnet worden. Der junge Mann hatte die Verordnungen des Arztes jedoch falsch aufgefaßt und war zwecks besserer Kur aus dem Geschäft fortgegangen, worauf dann seine Entlassung vor Ablauf der Kündigungsfrist erfolgte. Er klagte deswegen auf Entschädigung wegen Nichterhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Auf Grund des ärztlichen Gutachtens erkannte das Gericht die Entlassung jedoch als berechtigt an. Sache des Klägers sei es gewesen, daß wenn er sich trotz der gegenteiligen Versicherung seines Arztes dennoch erheblich krank fühlte, einen anderen Arzt aufzusuchen, der ihm womöglich die Arbeitsunfähigkeit attestiert hätte. Infolgedessen wurde ihm nur das noch tatsächlich residierte Gehalt zugesprochen, mit seinen Mehrforderungen müßte er jedoch abgewiesen werden.

Immer wieder: Das Geld der Geschäftsfreisenden. Monatlich 100 M. und 2/3 Proz. Provision waren einem Reisenden der Basillischen Pelzwarenfabrik zugesichert worden. Tatsächlich hatte der Reisende aber vom Antritt seiner Stellung an bis jetzt noch keinen roten Pfennig Provision erhalten. Er klagte deshalb auf Zahlung eines größeren Betrages, indem er gleichzeitig eine spezialisierte Auffstellung über eine Reihe von Vermittlungen und Geschäftsabschlüssen mit einer Anzahl hiesiger und auswärtiger Firmen einreichte. Der Beklagte wollte dagegen fast nichts von dieser Auffstellung anerkennen, bis er sich vom Vorsitzenden schließlich in mehreren Fällen überzeugen lassen mußte, daß die Ansprüche des Klägers berechtigt waren. Bei den Erörterungen hierüber bemerkte der Vorsitzende, es scheine, als beabsichtige der Beklagte die Sache so darzustellen, daß ihm der Kläger zu einer Arbeitsleistung noch abendreich Geld zu zahlen müßte; wenn Herr Basill an der Provision sparen wolle, dann hätte er seinem Reisenden eben ein anderes Gehalt zahlen sollen wie 100 M. pro Monat. Als der Beklagte die Ladung einiger Fabrikanten als Zeugen anregte, wies der Vorsitzende auf die hieraus erwachsenden enormen Kosten hin mit dem Vermerken, der Beklagte könne doch nicht etwa glauben, daß seine sämtlichen Kunden erst als Zeugen vorgeladen werden würden, ehe der Kläger zu seinem schwer verdienten Gelde käme. Dies schien schließlich auch dem Beklagten einzuleuchten, zumal er Vorbehalt für die Zeugengebühren hätte zahlen müssen. Er erklärte sich bereit, dem Kläger im Vergleichswege noch 100 M. zu zahlen. Der Kläger nahm den Vergleichsvorschlag an.

Vom Frankfurter Kaufmannsgericht. Wegen die guten Sitten verstößt ein Vertrag, den die chemische Produktionsfirma von Baier u. Co. mit dem Handlungsgehilfen Prochnow abschloß. Dieser Vereinbarung wurde die Konkurrenzklause beifügt, daß Prochnow nach seinem Austritt für ein Konkurrenzgeschäft in ganz Deutschland gegen eine Konventionsstrafe von 1000 Mark nicht reisen dürfe. Auf Grund dieses Vertrages klagte die Firma darauf, ihrem Reisenden die Tätigkeit in Deutschland zu untersagen oder 1000 M. an sie zu zahlen. Die Klage wurde am 27. Oktober abgewiesen. Das Gericht war mit Recht der Ansicht, daß ein Vertrag mit solch weitgehenden Einschränkungen gegen die guten Sitten und gegen die §§ 74, 75 H.-G.-B. verstößt, die eine spezielle Anwendung des Verbotes vertraglicher Verträge gegen die guten Sitten enthalten.

Von der Rentenüberweisung gemäß § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes. Wenn auf Grund der Verpflichtung einer Krankenkasse, eines Armenverbandes und anderer Unterstüngen für einen Zeitraum geleistet werden, für welchen den Unterstüngen nach Maßgabe des Unfallversicherungs-Gesetzes ein Entschädigungsanspruch zustand oder noch zusteht, so ist hierfür nach § 25 Absatz 2 des Unfallversicherungs-Gesetzes den die Unterstüngen gewährenden Kassen, Gemeinden usw. durch Ueberweisung von Rentenbeiträgen Ersatz zu leisten. Und § 25 Absatz 4 bestimmt, daß dieser Ersatz höchstens drei halbe Monatsbeträge der Rente betragen darf, wenn die von den Kassen, Gemeinden oder Armenverbänden geleistete Unterstüngen eine vorübergehende ist. — Von diesen Befugnissen machte der Halberstädter Ansparschaftsverein gegenüber dem Bergmann Dölle Gebrauch, der wegen eines Betriebsunfalles im Salzbergwerk eine Unfallrente bezog und der vom Ansparschaftsverein für eine Zeit, wo er teils infolge des Unfalls, teils infolge seiner Konstitution laut ärztlichem Gutachten völlig erwerbsunfähig war, Krankengeld erhalten hatte. Der Verein protestierte gegen das Ueberweisungsverlangen des Ansparschaftsvereins, der Rechtsschutz durch jedoch die Ueberweisung von drei halben Monatsrenten in Höhe von 55,20 M. aus und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Es hob in der Begründung hervor, daß die Erfolge nicht im vollen gesetzmäßigen Umfang auch in den Fällen bestehe, wo, wie hier, die Krankheit teilweise Folge des Unfalls sei.

Verfammlungen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den Berliner Berliner Wahlkreis (Osten) hielt am 26. Oktober in Boelers V.-Schiffhaus, Weberstraße 17, eine gut besuchte Generalsversammlung ab. Es wurden die Beratungen über eventuelle Anstellung eines be-

holdeten Kassierers fortgesetzt. Der Vorstand, der im Einverständnis mit den Bezirksführern den Antrag gestellt hat, geht beifällig davon aus, daß die Kassengeschäfte der im Beifall kommenden Vertrauenspersonen und die des Wahlvereins-Kassierers in der Hand des Angestellten vereinigt werden sollen. Die Diskussion gestaltete sich auch diesmal sehr lebhaft. Es überwiegen, im Gegensatz zu der früheren Versammlung, die sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt hat, die Befürworter des Vorschlages. Nach eingehender Erörterung des Für und Wider wurde schließlich in schriftlicher Abstimmung der Antrag auf Anstellung eines besoldeten Kassierers mit 250 gegen 216 Stimmen angenommen. Fünf Zettel waren ungültig. Die Entscheidung über die Person wurde noch ausgesetzt. In den Bezirken soll die Personfrage erst durchgesprochen werden, um dann zunächst der erweiterten Vorstandssitzung geeignete Vorschläge zu machen. Einer neuen Generalversammlung verbleibt darauf die endgültige Entscheidung. — Durch diese Beschlußfassung scheiden aus: erstens der Antrag Dietrich, sich ohne besoldeten Beamten zu helfen und dem Hauptkassierer zwei Abteilungsleiter zur Seite zu stellen, und zweitens ein Antrag Karnow, der die Anstellung eines „Parteiassistenten“ genannten Genossen für den ganzen vierten Berliner Wahlkreis, also unter Hinzuziehung der Genossen des Südoberens, beverle. — Genosse Schenker erstattete noch den Bericht von den Verhandlungen der Brandenburger Provinzialkonferenz, woran er eine interessante Schilderung der sozialen und politischen Enttöndung der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande anknüpfte, um durchschlagend nachzuweisen, wie überaus viel noch auf dem Gebiete der Landtagitation zu tun ist. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu.

Einem Antrage aus der Versammlung gemäß wird in einer der nächsten Versammlungen ein Vortrag über: „Was lehren uns die Klassenkämpfe der letzten Zeit?“ gehalten werden. Man will bei der Gelegenheit die Erfahrungen des Elektrozirkels erörtern.

Die Vertrauensleute des Verbandes der Friseurgehülfen (Zweigverein Berlin und Vorort) waren am Montag versammelt. Nach Erledigung innerer Verbandangelegenheiten berichtete Siefe, daß ein Teil der Arbeitgeber sich die herrschende Arbeitslosigkeit unter den Friseurgehülfen nutzbar mache, um die gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen in der Voraussetzung, daß die organisierten Arbeiter, mit deren tatkräftiger Unterstützung die Erfolge errungen sind, jetzt nicht mehr so auf die Kontrollkarte achten. Hingzu komme noch, daß ein früher den Lokalorganisierten Genossenschaften angeschlossener Verein der Friseurgehülfen mit dem Namen „Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen“ (Zweigverein Berlin) die vom Verband der Friseurgehülfen herausgegebene Kontrollkarte (Arbeitsberechtigungskarte) täuschend nachgemacht habe, und zwar so, daß nur die grüne Farbe dunkler gehalten sei, die Karte im übrigen aber fast genau denselben Text enthalte. Die vorliegenden Karten sind Gehülfen abgenommen worden, welche nicht zu den neuen Bedingungen beschäftigt wurden. Die weitere Ausschließung der Karte von jenem „Verband“ muß die notwendige Folge haben, daß die so schwer erzwungenen Vorteile für die Gehülfenschaft illusorisch gemacht werden. Der „Verband“ nehme daher die Stellung einer Streikbrecherorganisation ein und kann demnach auch als solche nur betrachtet und behandelt werden. — Nach längerer heftiger Debatte, worin die Handlungsweise scharf kritisiert wurde, wurde zunächst beschloßen, dieses Gebahren zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Kontrollkarten nur dann auszuweisen sein können, wenn dieselben den Titel tragen: Verband der Friseurgehülfen. Die weiteren Maßnahmen werden demnächst bekannt gegeben werden.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Der Verein der Zimmerer nahm in seiner am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung die Abrechnung vom dritten Quartal entgegen. Die Einnahme betrug 10 420,40 M., die Ausgabe 7596,30 M., bleibt ein Ueberschuß von 2824,10 M., davon der Bestand vom 2. Quartal ergibt ein Vermögen von 54 920,52 M. Hieraus wurde die Abrechnung vom Stiftungsfest erstattet. Dann stimmte die Versammlung dem Ausschluß von einigen 50 Mitgliedern zu, die dem Beschluß, im Laufe des Jahres drei Extramarken a 50 Pf. zu lösen, nicht nachgekommen waren. Ein zu diesem Punkt gestellter Antrag wurde dem Vorstand überwiesen, derselbe besagt, daß entweder die Extramarken oder die Sammellisten beseitigt werden sollen. — Nach den Mitteilungen des Vorsitzenden zählt der Verein 2018 Mitglieder, von denen 1028 die Beiträge für das dritte Quartal bezahlt haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zu den Stachwaffen in Baden.

Karlsruhe, 30. Oktober. (W. Z. B.) Wie nachträglich festgestellt wurde, hat die Wahl im Bezirk Breiten mit einem Sieg der nationalliberalen Partei über die konservative geendet, so daß die Nationalliberalen mit 24, die Konservativen mit 3 Stimmen im Landtage vertreten sind.

Unternehmer-Schutztruppe.

Greiz, 30. Okt. (W. Z. B.) Der Vorstand des christlichen Arbeitervereins ist in der Lohnbewegung der sächsisch-thüringischen Textilindustrie auf die Seite der Arbeitgeber getreten und fordert in einem an die Textilarbeiter von Greiz und Umgebung gerichteten Aufrufe auf, die Arbeit zu den neuen von den Fabrikanten gebotenen Lohnbedingungen aufzunehmen.

Paris, 30. Oktober. (W. Z. B.) Depuirtentnummer. Bei der Beratung der Amnestievorlage beantragte Sembat, die Amnestie auch auf Palato, der wegen Bombenanschlags auf den König von Spanien und den Präsidenten Couber angeklagt ist, und auf seine Mitangeklagten auszudehnen. Der Justizminister bekämpfte den Antrag, der mit 288 gegen 46 Stimmen abgelehnt wurde. Ein anderer Antrag, die Amnestie auf die wegen anarchistischer und militärfeindlicher Antriebe Angeklagten auszudehnen, wurde mit 401 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Die Revolution in Russland.

Odessa, 30. Oktober. (W. Z. B.) Sämtliche politische Depeschen werden von den Behörden streng zensuriert. Der Gouverneur erließ eine Proklamation, in welcher die Anwendung strengerer Unterdrückungsmaßregeln gegen die ausländischen Arbeiter und ausländischen Angehörigen, insbesondere auch gegen die Apotheken, die in Verbandspläne für Verwundete verwandelt wurden, angekündigt wurden.

Sperrung der russischen Grenze.

Bromberg, 30. Oktober. (W. Z. B.) Ähnliche Meldung. Sämtliche Uebergänge nach Russland für Personen- und Güterverkehr sind gesperrt. Die Annahme von Gütern und die Beförderung von Personen- und Reisegepäck nach Russland findet bis auf weiteres nicht mehr statt.

Das letzte Mittel verfaßt!

Warschau, 30. Oktober. (W. Z. B.) Aus Gzertz wird gemeldet, daß die Soldaten sich geweigert haben zu schießen. Als die Handelsschüler durch einen Umzug durch die Stadt eine Kundgebung veranstalteten. Die Teilnehmer an dem Umzuge hätten sich mit Gockrufen auf die Soldaten gerichtet.

Eisenbahnunglück in Amerika.

Kansas City, 30. Oktober. (W. Z. B.) Heute entgleiste hier in der Nähe der Stadt infolge Schienenbruchs ein Zug der Atchison-Topeka-Santa Fe-Eisenbahn, der mit 60 Waggons beschleunigt in der Stunde fuhr. 13 Personen wurden getötet und 25 verletzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Oktober.

Die Stichwahlen in Baden.

Am Sonnabend sind in Baden die Stichwahlen vollzogen worden und sie haben im allgemeinen gehalten, was die Stichwahl am Tage vorher in der Unberstättstadt Freiburg versprochen. Wie dort dem Abkommen entsprechend in einem Kreise die Wähler des liberalen Bloßs Mann für Mann für den Sozialdemokraten und im anderen Kreise dafür die Sozialdemokraten alle für den Blockandidaten stimmten, so hat sich das bei den übrigen Stichwahlen, für welche das Abkommen galt, wiederholt. Nur in einem ländlichen Kreise haben die Liberalen versagt, wodurch der sozialdemokratische Kandidat einem vom Zentrum unterstützten konservativen Kandidaten unterlag.

Stichwahlen hatten in 23 Kreisen stattgefunden; in sechs Kreisen folgt die Sozialdemokratie gegen den Bloß und eroberte vier Mandate: Dürach-Stetten, Karlsruhe I und Karlsruhe IV und Durlach-Stadt. In fünf Kreisen hatte der Bloß uns zu unterstützen, er hielt das ehrlieh in vier Kreisen, wovon wir drei gewannen: Freiburg II, Heidelberg-Land und Mannheim-Land. Den letzteren Kreis hätten wir allerdings auch ohne Blockhilfe, vielleicht sogar geholt, wenn der Bloß mit gegen und gewesen wäre. Die zwei anderen Kreise, in denen uns Blockhilfe zugelegt war, gingen an die Konservativen verloren, in einem Kreise nur mit 80, im anderen mit 160 Stimmen Mehrheit. Das Zentrum hatte dort, wie wir schon berichteten, seine Wähler für den konservativen Kandidaten abkommandiert und es wurde vom Zentrum eiserne Disziplin gehalten. Trotzdem wäre ein Kreis mit unseren Reihen geholt worden, wenn die liberalen Landwirte nicht entgegen der Parole den konservativen Freund des Bundes der Landwirte statt des sozialdemokratischen Kandidaten gewählt hätten.

Die sozialdemokratischen Wähler haben die Parole streng gehalten, in allen Kreisen, wo wir den Bloß zu unterstützen hatten, gingen unsere Stimmen auf den Blockandidaten über, so daß dieser in 18 Kreisen den Sieg davon trug. Die Konservativen errangen außer den zwei auf unsere Kosten erworbenen Mandaten noch eins auf Kosten des Bloßs. Auch hier war die Zentrumshilfe ausschlaggebend. Das Zentrum ging bei den Stichwahlen völlig leer aus.

Der neue Landtag setzt sich nun wie folgt zusammen: 20 Liberale Bloß (23 Nationalliberale, 5 Demokraten, 1 Freisinniger), 28 Zentrum, 12 Sozialdemokraten, 4 Konservative — zusammen 73. Bisher zählte der Landtag 63 Mitglieder und zwar 25 Nationalliberale, 6 Demokraten, 2 Freisinnige, 28 Zentrumsleute, 6 Sozialdemokraten und 1 Antisemite. Es ist also doch eine Schwächung des Bloßs eingetreten, der im alten Landtag (er bestand damals nicht, er ist erst ein Ereignis der drohenden Parteisprengung unter dem neuen Wahlrecht) eine knappe absolute Mehrheit hatte, während ihm jetzt noch 8 Stimmen daran fehlen. Dazu dürfte kommen, daß aller gegenteiliger Versicherungen zum Trotz der Bloß bei den praktischen Landtagsarbeiten vernünftig bald in die Verläge gehen dürfte. Denn mit dem „liberalen Ausschüßung“ der Nationalliberalen wird es nicht weit her sein. Es sind zwar zwei Jungliberale gewählt, indessen beide sind Beamte (Landgerichtsrat und Oberschulrat), deren Radikalismus sich in der Kammer, wenn es gegen die Regierung gehen soll, sich bald verflüchtigen wird. Ihr Radikalismus ist ohnehin sehr problematischer Natur; sonst ziemlich kulturkämpferisch veranlagt, wurden sie sofort fromm, als sie in Gefahr gerieten, einige Zentrumsstimmen zu gebrauchen. Gerüst aber der Bloß wieder in seine alten Bestandteile, dann stehen die Nationalliberalen mit ihren 28 Sitzen dem 32 Mann starken liberal-konservativen Kartell erheblich nach.

Ein Schaden erwächst daraus natürlich nicht, denn die Nationalliberalen sind in den meisten wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht besser als das Zentrum. Darüber ist man sich selbstverständlich in sozialdemokratischen Kreisen keinen Augenblick im Zweifel gewesen, als das Stichwahlabkommen getroffen wurde. Der Zweck desselben war lediglich, eine absolute Zentrums- oder ultramontane-konservative Mehrheit zu verhindern. Das ist erreicht und das ist ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratie! Keine der großen Parteien hat die Mehrheit, die Sozialdemokratie steht mit ihren 12 Mandaten zwischen beiden und sie kann in Fragen, in denen Bloß und Zentrum nicht einig gehen, manches Schlimme verhindern. Das soll kein übertriebener Optimismus sein; die Hauptaufgabe einer Fraktion, die zwölf Mann unter 73 zählt, und obendrein einer sozialdemokratischen Fraktion, wird noch immer in der Kritik liegen. Aber selbst für eine rückhaltlose Kritik kann eine reaktionäre absolute Mehrheit gefährlich werden. Darum halten wir die mit dem Blockabkommen eingeschlagene Taktik für die der Sachlage einzig entsprechende.

Noch ein Wort über unsere selbständigen Erfolge und unseren Stimmenrückgang. Das Resultat der Hauptwahl hinterließ das Gefühl einer starken Enttäuschung. Mit Recht. Denn wir hatten statt der sicher erwarteten 7 Mandate nur 5 erobert und unsere Stimmen im ganzen Lande sind um rund 22 000 gegen die Reichstagswahl (von 72 000 auf 50 000) zurückgegangen, während die Stimmen vom Zentrum und Liberalen zusammen noch nicht ganz 16 000 (bei zusammen 231 000) zurückgingen. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Resultat ist unser Stimmenrückgang wohl zu allermeist auf die sehr große Differenz zwischen Reichstags- und Landtagswahlberechtigten zurückzuführen. 35 200 Reichstagswähler dürfen nicht zum Landtag wählen, weil sie nicht badener sind oder den Verlecherungen des Wahlrechts hinsichtlich des Ausschusses der Steuerrenten und der vorgekehrten Staatsangehörigkeits-Karenzzeit zum Opfer gefallen sind.

Freilich läßt sich der Rückgang unserer Stimmenzahl, wie die Einzelresultate zeigen, auch nicht ganz allein auf diesen Umstand zurückführen. Hier und da ist an den Rückgang zweifellos unsere lächerliche Organisation schuld, die die Mienenarbeit einer Agitation in 78 Wahlkreisen nicht voll zu bewältigen vermochte; und in einzelnen Kreisen, wo unsere Gegner auf unsere Kosten zugenommen haben, da kann nichts anderes daran schuld sein als die liberal-konservativen Auseinandersetzung der Gegner, die einige unserer bisherigen Wähler nach der einen oder anderen Seite mitgerissen hat. Die Zahl ist nicht bedeutend und so haben wir keine Ursache, besonders unbefriedigt auf den Wahlkampf zurückzuführen. Die Hauptsache wird jetzt sein, tüchtig zu organisieren und zu agitieren, um der Sozialdemokratie unter dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu der ihr gebührenden Stellung zu verhelfen.

Der Parteitag des Wahlrechtskampfes.

Aus Wien wird uns vom 20. Oktober geschrieben: In erster Zeit tritt morgen der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich zusammen. In dem

Augenblick tritt er zusammen, da das österreichische Proletariat seine größte, seine geschichtliche Leistung zu vollbringen hat: das allgemeine und gleiche Wahlrecht zur Grundlage der Verfassung dieses Reiches zu machen. Daß die Wahlreform gemacht werden muß, ist niemand unklar, auch denen nicht, die ihr am taufälligsten widerstreben; die Piebischer werden von diesem Staate nicht mehr weichen, die Linzner sich nicht mildern, bevor die Kurien nicht abgeschafft sind, das allgemeine und gleiche Wahlrecht errichtet ist. Aber die Sachlage ist deshalb ungemein kritisch, weil das Abgeordnetenhaus am Ende seiner Tage angelangt ist und einer gewissenlosen Regierung die Möglichkeit eröffnet wird, sich die unwiderstehliche Bewegung auf die denkbar schändlichste Weise vom Halse zu schaffen: durch Auflösung des Hauses. Zwar müßte sich ein halbwegs zurechnungsfähiger Mensch die Frage vorlegen, was denn in dem neuen Hause und mit dem neuen Hause geschehen soll. Wird das Haus aufgelöst, bevor die Grundlage für eine wahre Volksvertretung geschaffen ist, so wird der Wahlkampf ausschließlich unter der Parole der Wahlreform geführt werden, und dem neuen Parlamente würde keine andere Aufgabe obliegen als die Erledigung der Wahlrechtsfrage, kein Atemzug geduldet sein außerhalb dieser ersten und unabwiesbaren Pflicht. Die Auflösung wäre nicht als ein ungeheurer, verbrecherischer Verlust an Zeit, eine ebenso zwecklose wie geschäftliche Hinausschiebung einer nicht mehr aufzubaltenden Notwendigkeit, eine Sinnlosigkeit und ein Verbrechen zugleich. Daß dem Wahlrecht die Totenglocken läuten, verheißt sich niemand mehr, und Überwitz wäre es, das Notwendige nicht rechtzeitig zu erfüllen, die Erfüllung ohne Zweck, Grund und Wirkung hinausschieben zu wollen.

Aber Oesterreich ist ein so trauriger Staat, daß man das Unmögliche niemals für unmöglich halten darf. Herr v. Gautsch hat die Wahl, entweder die Wahlreform zu machen und sich unsterblichen Ruhm zu gewinnen, oder sie zu weigern und schmachvoll unterzugehen. Daß auch ihn nur eine große Tat vor dem Schicksal aller Regierungen behüten kann, die an dem unfähigen Privilegienparlamente ihre Kräfte verbräut haben und an dessen Unmöglichkeit gescheitert sind, wird immer deutlicher: der eben unausweichliche Mißerfolg eines Regierens mit diesem innerlich ganz lebensunfähigen Parlament ist auch ihm beschieden, ihm, der doch an die Erweckung des Stabavers Mühen genug geschwendet hat. Entweder sein Schicksal bestiegelt sich schon jetzt, oder er ist nach den Neuwahlen ein toter Mann. Dennoch ist auch das möglich, daß Gautsch die Zeichen der Zeit nicht begreift, nicht erfüllt, und im Herbst das alte Gaukelspiel im Parlament fortzusetzen gedenkt, dabei auf einen Vorwand lauernd, ob er die Auflösung ansprechen könnte. Dieses Spiel muß nun die Arbeiterklasse durchkreuzen. Die Unerschlichkeit der Wahlreform muß den Nachhabern, muß insbesondere der Hofburg, in einer so entschiedenen und deutlichen Weise bezeugt werden, daß sie es nicht wagen können, die Forderung des Volkes, des gesamten Volkes, dem auch das Bürgertum ist der Aussenhand dieses Privilegienparlamentes überlassen, unerfüllt zu lassen. Diesen Beweis zu führen, ist das österreichische Proletariat nun auf Leben und Tod entschlossen. Um es mit einem kurzen und erschöpfenden Worte zu sagen: Wenn es nötig wird, zur Erringung des gleichen Wahlrechts die Revolution zu machen, so wird sie gemacht werden. Der Parteitag wird, daran zweifeln wir nicht, über die Entschlossenheit der Arbeiterklasse Klarheit schaffen, jeden Zweifel verschenden. Für die Partei Klarheit, und Klarheit für die Herrschenden.

Die österreichische Krise und die Wahlreform und der politische Massenstreik sind also diesmal mehr und anderes als bloße Tagesordnungsgegenstände, theoretische Probleme, die ein Parteitag mit dem Nützlichem der wissenschaftlichen Erkenntnis erörtert und löst. Als die Parteileitung beschloß, die Frage des Massenstreiks auf dem Parteitag zu prüfen, konnte niemand wissen und wußte es auch nicht, wie reich in Oesterreich aus einer theoretischen Frage ein aktuelles Kampfmittel werden kann. Denn das ist zweifellos: die Dinge treiben offensichtlich dazu, daß die Frage des politischen Massenstreiks eine unmittelbare Bedeutung, ein brennendes Leben erhalten kann. Ein Wahlrecht, das fast noch dürftiger und entsetzlicher ist als das Wahlrecht der Jaren-Duma, kann sich die so entwickelte, von Kraftgefühl und Tatendrang erfüllte Arbeiterklasse in Oesterreich nicht mehr gefallen lassen, und wird es sich nicht mehr gefallen lassen. Der Parteitag wird die Mächtigen warnen, und mit unsäglichem Schauder würden sie sich bestrecken, wenn sie der Warnung spotteten.

Von dem Parteitag darf auch erwartet werden, daß er gewisse unerfreuliche Erscheinungen in dem sonst so harmonischen österreichischen Parteileben, Erscheinungen, die auf nationalem Gebiete liegen, insoweit wegzuwischen wird, als die große Aufgabe und die durch sie bedingte Sammlung aller Kräfte, wenn auch nicht die aus der nationalen Verschiedenheit entspringenden Schwierigkeiten beseitigen, so doch das Gefühl der Verbitterung bannen wird, das auf manchen Punkten jetzt unangenehm nachwirkt. Einer ruhigeren Periode mag es vorbehalten bleiben, die Schwierigkeiten der praktischen Internationalität genauer darzulegen und die Kompliziertheit einer Frage aufzuzeigen, von der glücklichere Bruderparteien als die österreichische wohl nur eine recht undeutliche Vorstellung haben. Doch es trotz aller Hindernisse auch in Oesterreich vorwärts geht, bezogen die dem Parteitag erstatteten Berichte der Gesamtorganisation wie der nationalen Exekutiven. Einige Daten über die Presse werden die Entwicklung am besten veranschaulichen. Die deutsche Partei Oesterreichs verfügt zurzeit über 25 politische (darunter leider nur zwei Tagesblätter) und 44 gewerkschaftliche Blätter, die tschechische über 13 politische (gleichfalls zwei Tagesblätter), 24 gewerkschaftliche und sieben verschiedene Organe (darunter eine wissenschaftliche Revue), die italienische über ein Tagesblatt und fünf politische Blätter. Welche Umsätze von Kleinarbeit in Oesterreich noch zu verrichten ist, zeigt die Zahl der Versammlungen in Wien. Der Bericht der niederösterreichischen Parteileitung verzeichnet in Wien für ein Jahr 12 771 Versammlungen! Und wie verwickelt das österreichische politische Leben ist, mag an einer Ziffer ersehen werden: Der (bekanntlich aus elf Mitgliedern bestehende) sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses hat in der Berichtsperiode (September 1903 bis Juli 1905) im Abgeordnetenhaus 201 Interpellationen eingebracht! Wenig zu tun gibt es also in Oesterreich wirklich nicht. Offen wir nur, daß stets und überall, und insbesondere auf diesem geschichtlichen Parteitage, das Notwendige getan werde!

Keir Hardie über die politische Lage Englands.

London, 28. Oktober.

Der „Duffcoat“ von heute enthält einen interessanten Artikel vom Genossen Keir Hardie über die Arbeiterpartei und das nächste Parlament, in dem die innerpolitische Lage Englands besprochen wird. Unser Genosse sagt: „Das nächste Parlament wird interessant oder gar aufregend sein. Trotz mancher Gerüchte hat sich das Zweiparteiensystem bis jetzt ganz gut behaupten können. Neuere Vorgänge zeigen indes, daß Tendenzen vorhanden sind, mehrere politische Gruppen zu bilden, und diese Tendenzen werden im nächsten Parlament noch schärfer hervortreten. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, werden die nächsten Wahlen eine anti-konservative Mehrheit bringen. In einem solchen Falle wird die konservative Partei zur Opposition werden; sie wird aber in der sozialpolitischen Diskussion gespalten sein und diese Spaltung wird — wie die Erfahrung lehrt — eine lähmende oder gar gefährliche Wirkung haben. Die letzte liberale Regierung in den Jahren 1892 bis 1895 zeigte, wie machtlos eine regierende, aber gesplattene Partei ist, und die Jahre seit 1895 beweisen die Ohnmacht einer gesplatteten Opposition. Ja

will damit nicht sagen, daß die konservative Opposition im nächsten Parlament ebenso ohnmächtig sein wird wie die gegenwärtige liberale Opposition, sicher ist indes, daß sie nicht kräftig sein kann, solange die sozialpolitische Spaltung nicht beseitigt ist.

Aber die anti-konservative Majorität wird noch weniger einheitlich sein. Die liberale Partei wird wie bisher geteilt sein in Radikale und Whigs; hinzu kommt die Gruppe der Sozialreformer, die sich aus Christlichsozialen zusammensetzt und die vor allem für eine Sozialgesetzgebung eintreten wird. Ob diese Gruppe die Kraft hat, den Schmeicheleien oder den Drohungen der Parteileiter zu widerstehen, wird die Zukunft lehren. Dann wird die Regierung wahrscheinlich in sich schließen den radikalen Sir Charles Dilke, den Whig Sir S. Fowler, den Pro-Vir Lloyd George und den Imperialisten Asquith, den Individualisten John Morley und den sozialen Demokraten John Burns. Diese Männer sind nicht besonders geeignet, eine glückliche Familie zu bilden. Und so weit man sehen kann, wird die Regierung keinen hervorragenden Mann haben, der diese verschiedenartigen Elemente in ein harmonisches Ganzes zusammenschweißen könnte. Dann kommen die Waliser mit ihren speziellen Fragen: Entstaatlichung der Kirche in Wales, Berücksichtigung der walisischen Sekt in der Jugendzucht. Ferner verlangen die Temperenzler als wichtigsten Punkt eine umfassende Temperenz-Gesetzgebung. Schließlich die verschiedenen Reformer, die für ihre Stedenperde den hervorragenden Platz in der parlamentarischen Arbeit verlangen.

Selbstredend muß mit der irischen Partei gerechnet werden. Obwohl sich innerhalb dieser Partei jetzt manche Gegensätze entwickeln, so müssen die Iren als ein harter Faktor in der politischen Lage betrachtet werden.

Aber der neue parlamentarische Faktor, dessen Erscheinen mit beträchtlicher Spannung betrachtet wird, ist die Arbeiterpartei. Wie stark sie sein wird, läßt sich vor der Hand nicht sagen. Die Zahl der Arbeiterkandidaten dürfte nicht viel weniger als hundert sein. Auf Wahlsiege dürfen etwa 30 rechnen. Das auch ihre Zahl sein wird, sicher ist, daß sie als eine Oppositionsgruppe ihren Platz im Parlamente einnehmen wird. Ihre befondere Arbeit wird es sein, die Arbeitergesetzgebung in den Vordergrund zu stellen und sie dort zu halten. Die Lage des Volkes wird ihr Hauptinteresse sein. Sie wird sich aus Sozialisten und Trades-Unionisten zusammensetzen; die gewöhnlichen Parteischlagworte werden sie nicht viel kümmern und die gewöhnlichen Parteischlagworte werden ihre Gebuld nicht prüfen. Im nächsten Parlamente wird die Partei gegen Schutzoll sein. Nicht etwa, daß sie den Freihandel als Allheilmittel betrachtete, sondern weil sie weiß, daß das Schutzollsystem den Arbeitern nichts bieten kann, was ihre Lage verbessern könnte. Sie ist sich vollständig darüber klar, daß unter dem Freihandelsystem es ein Drittel der englischen Bevölkerung gibt, das auch in den besten Zeiten Löhne erhält, die zur Deckung der notwendigen Lebensbedürfnisse nicht genügen, und daß eine große Zahl von Arbeitern entweder unregelmäßig oder ganz und gar nicht beschäftigt werden können; ferner daß Pauperismus und Geisteskrankheiten im Zunehmen begriffen sind, da die wirtschaftlichen Zustände schlecht sind und der Kampf ums Dasein immer schärfer und die Arroganz der Reichen immer unerbittlicher wird. Nicht besser sind die Zustände im schutzollnerischen Amerika.“

Was das Arbeitsprogramm der Partei betrifft, so sagt Genosse Hardie folgendes: „Die Wiederherstellung des Gewerkschaftsgesetzes zum Schutze der Klassen; die staatliche Fürsorge für die Arbeitslosen; die Speisung der schlechtnährten Schulkinder aus öffentlichen Mitteln; die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen; die Behausung der Arbeiter; die Sorge für die alten Arbeiter, um sie dem Pauperismus nicht verfallen zu lassen. Diese und ähnliche Fragen werden die Parolen der Arbeiterpartei sein, die sich bemühen wird, alle Arbeiter unter ihre Fahne zu bringen. . . . Es ist möglich, daß die parlamentarischen Kämpfe zu einer Vereinigung der Arbeiterpartei, der Iren und der Sozialreformer führen werden.“

Deutsches Reich.

Der Reichstag

wird nunmehr, wie das offiziöse Depeschenbureau meldet, am 29. November einberufen werden. Bekanntlich wurde als Öffnungstermin erst der 21., dann der 14. November bezeichnet. Offenbar ist es der Regierung noch nicht gelungen, wegen der Steuerreformvorlage mit dem Bundesrat ein Einverständnis zu erzielen.

Galatischer Prozentpatriotismus.

Die Germanisierungspolitik der preussischen Regierung findet nirgends so rückhaltlose Anerkennung wie unter den deutschen Großgrundbesitzern der Ostmark. Zum Teil erklärt sich diese Zustimmung aus dem scharf ausgeprägten nationalen Gegensatz zwischen den deutschen und polnischen Elementen; ein fast noch wichtigeres Motiv ist jedoch der Einfluß, den die sogenannte nationale Politik der Regierung auf die Grund- und Bodenpreise in den Landbezirken ausübt. Während der beabsichtigte Zweck, die Zurückdrängung des polnischen Bevölkerungselements, trotz der Verschwendung von Millionensummen nirgends erreicht worden ist und dem Ankauf polnischer Güter durch Deutsche fast ebenso viele Erwerbungen deutscher Güter durch Polen gegenüberstehen, hat der Kampf um den Besitz des Grund und Bodens zu einer derartigen Steigerung der Güterpreise geführt, daß diese heute in der Ostmark weit über ihren wirklichen Wert bezahlt werden. Für die großen Herren von Er und Palm ist das ein ihnen höchst willkommenes Vorteil; sie erhalten beim Verkauf ihrer Güter höhere Preise, und wenn sie nicht zur Entäußerung ihres Besitzes greifen wollen, so können sie doch auf ihrem Besitz höhere Hypothekenschulden machen. Wie man in jenen Kreisen denkt, zeigt eine Erklärung, die ein Herr Konrad Plehn-Josephsdorf im Angelegenheit der „Danz. Btg.“ veröffentlicht. Er hatte eines seiner Güter, die Besitzung Bied, an einen Herrn v. Grabski verkauft und war dafür in der deutschen Presse des Ostens scharf angegriffen worden. Darauf erwidert er:

„Es fragt sich, was fordert man denn hier von Landwirten, die genötigt sind, ihren Grundbesitz zu verkaufen? Dieselben sollen, wenn der Staat ihnen für ein Gut 50 oder 100 Tausend Mark aus dem ihm durch Gesetz zur Erhaltung deutschen Landes überwiesenen Dispositionsfonds weniger bietet, als die Konjunktur dem Verkäufer zu fordern ermöglicht, weil der Staat durchaus noch 3 oder 3 1/2 Prozent dabei herausbekommen

(Das heißt ein gutes Geschäft machen) und sich nicht mit einem Prozent weniger begnügen oder die hunderttausend Mark nicht verlieren will, deshalb sollen jene Landwirte als einzelne lieber selber auf diese hunderttausend Mark verzichten, während sie doch schon als Steuerzahler mit allen anderen Staatsangehörigen gleichmäßig zu der Vereinfachung und Verzinsung dieses Kredits beitragen und während die Staatsbehörden diesen Kredit eben schon zu ihrer Verfügung haben. Sie, die Landwirte speziell, sollen, weil sie bisher Grundbesitzer waren oder bis zum Augenblick sind, diese für den einzelnen ungeheuren Opfer, die leicht 30 bis 50 Prozent ihres Vermögens ausmachen, darbringen, obwohl der Staat gar nicht einmal in einer wirklichen Notlage sich befindet, sondern es sich nur um eine etwas weniger vorläufige Anlage der zu seiner Verfügung stehenden Kapitalien handelt. Warum sollen denn bei einem solchen Kampfe nur Menschen und Soldaten, warum nicht auch etliche Millionen Mark auf der Strecke bleiben — ähnlich wie es doch zurzeit schon recht reichlich in Südwestafrika der Fall ist?

Herr Klein unterscheidet sich von anderen die Germanisationspolitik befürwortenden Grundbesitzern des Ostens nur darin, daß er in seinem Kerger offen ausspricht, was er und sie denken. Wenn diese Politik für sie keinen Vorteil bringt, hat sie nach ihrem Begriffen auch keinen Zweck. Es hält sie denn auch ihr ostentativ zur Schau gestelltes Nationalbewußtsein nicht davon ab, in steigendem Maße polnische Landarbeiter heranzuziehen, und auf den Kreistagen, die sie durchweg beherrschen, sich jeder Industrialisierung des Ostens, obgleich diese in den meisten Fällen einen starken Zugzug deutscher Industriearbeiter zur Folge haben würde, entgegenzustellen. So weit geht ihr Nationalgefühl nicht, daß sie geneigt wären, ihren Arbeitern etwas höhere Löhne zu zahlen oder ihre Rente schmälern zu lassen.

Die Vorgänge in der Redaktion des „Vorwärts“

Haben einen großen Teil der bürgerlichen Presse, namentlich aber das „Rotes Moskauer“ „Berliner Tageblatt“ ganz aus dem Häuschen gebracht. Es lobt wie besessen gegen den Parteivorstand und speziell gegen Webel. Schon in seiner Donnerstag-Abendausgabe sprach es in höchster fittlicher Entrüstung „von der feilen und feigen Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes“. Und in seiner Montag-Morgenausgabe, die den Eindruck macht, als wolle es sich zum Leiborgan der aus dem „Vorwärts“ geschiedenen sechs Redakteure machen, bringt es zwei Artikel, von denen der eine recht geschmacklos überschrieben ist: „Webel als Selbstherrscher“, der zweite: „Die Palastrevolution im „Vorwärts““. Der letztere beschäftigt sich mit der Generalversammlung des Wahlvereins Lestow-Weeslow in den Viktoria-Sälen zu Niddorf, in welcher besonders der Genosse Sidelum, nach dem Bericht des „Tageblatt“, gestützt auf die einseitigen und parteiischen Informationen der ehemaligen sechs „Vorwärts“-Redakteure in größtem Zorn gegen den Parteivorstand losdonnerte. In dem Artikel „Webel als Selbstherrscher“ beschäftigt sich das „Tageblatt“ mit den „Entstellungen“ der gewesenen sechs, die natürlich den Beweis der Wahrheit für ihre Bezeichnung gebracht, wonach der Parteivorstand „als Verräter und Mörder der Parteigrundsätze vor der ganzen Welt gebrandmarkt dasiehe“. Schließlich aber hat es sein Herz entdeutet und plaudert:

„Der Revisionismus ist seit Dresden tot, hieß es. (Eine Auffassung, die das „Tageblatt“ noch bis vor kurzem selbst vertrat.) Der Revisionismus lebt mehr als je, leidet der mit solchen Mitteln geführte Kampf zwischen Webel und seinen Geharnischten und dem halben Duzend Zeitungsschreiber. (Wie höflich gegen Kollegen vom Fach!) Und gerade dieser Kampf, diese Kampfmethode des Marxismus wird dem Revisionismus neue Kraft zur Betätigung geben.“ So mit Grazie weiter.

Dem „Tageblatt“ heult der Chorus der liberalen Presse nach, der wegen des angeblichen Wiederauflebens des Revisionismus blutige Prententränen weint und ihn als sein liebes Kind zärtlich an sein Herz drückt.

Wir wollen diesen Zärtlichkeitserguß nicht stören, uns genügt, die Genossen auf ihn hinzuweisen.

Dem „Tageblatt“ aber, das schon am Donnerstagabend so fittlich entrüstet vom feigen und feilen Parteivorstand sprach, möchten wir die Frage vorlegen, ob sein Chefredakteur Dr. Revisohn auch bereits so feig und feil geworden ist, daß er seinem Oberchef, dem Rotes Moskauer, nicht die Frage vorgelegt hat: ob es wahr sei, daß er für sein großes Gut in der Mark sich dem Wilckring angeschlossen habe, den er durch seine Zeitungsschreiber in seinem „Tageblatt“ aufs heftigste bekämpfte?

Diese Beschuldigung erhoben vorige Woche die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“, bis heute hat aber das „Tageblatt“ geschwiegen.

Um endliche Antwort bitten die Zeitungsschreiber des „Vorwärts“.

Ein Steuervorschlag an die „Germania“.

Genosse Webel bittet uns folgendes zu veröffentlichen: Aus dem geistigen „Vorwärts“ erhebe ich mit großem Vergnügen, wie die „Germania“ sich bemüht darzulegen, daß, wenn das Zentrum, einer Erhöhung der Steuern auf feineren Tabak und edles Pilsener Bier zustimme, alsdann Leute wie mein Freund Singer und ich noch nicht bankrotet würden, auch wenn wir 5 Pfennig mehr für das Glas zahlen müßten.

Das stimmt. Nur einmal zum erhöhten Schutz von Thron, Altar und Geldsack gesteuert werden, können wir uns dem nicht gut entziehen. Aber ich werde von solchen Steuern sehr gering betroffen und das schmerzt mich. Nach einer genaueren Berechnung, die ich anstellte, würde ich für meinen gesamten Jahreskonsum an Bier höchstens zwei Mark Steuer zu zahlen haben. Und die Erhöhung einer Steuer auf feineren Tabak und Pilsener würde mich noch weniger treffen, da ich als Sonntagstraucher höchstens 50 Stück im Jahre verbrauche. Freund Singer würde es freilich schlimmer ergehen. Er trinkt mehr Bier und raucht namentlich weit mehr Zigarren als ich. Aber ich habe meinen Freund Singer als hochachtbaren Menschen kennen gelernt und traue ihm zu, daß, wenn diese Steuern recht hoch ausfallen, er in seiner trockenen Art sagte: „An man trabe nicht!“ das Biertrinken und Rauchen einstellen und so das Reich aufs schönste um seine Einnahme prelle.

Ich will also der „Germania“ und dem Zentrum auf die Sprünge helfen, wie man uns und andere in ähnlicher Lage wie wir gründlich treffen kann.

Herr v. Stengel wird dem Reichstag ein Steuerbillet präsentieren, in dem auch eine Erbschaftsteuer enthalten ist. Ich fürchte, die letztere entpuppt sich als reine Anstandssteuer. Beantragen wir also, daß Abgeordnete und Deputierten mindestens 4 Proz. ihres Erbes an das Reich zu zahlen haben, Seitenverwandte nach dem Grad der Verwandtschaft bis 10 Proz., fremde Erben 20 Proz. Um die Steuerhinterziehung schon bei Lebzeiten der Erblasser zu verhindern, führe man eine gleich geartete Schenkungssteuer ein.

Damit aber dem Reich, das bellamlich arg im Dalles liegt, gründlich geholfen wird, schlage ich weiter vor, dem Gesetz über die Erbschaft- und Schenkungssteuer rückwirkende Kraft bis zum Jahre 1901 zu geben. Es würden alsdann unzählige Erbschaften getroffen. Ich befinde mich z. B. alsdann in der Gesellschaft der Erben von Stamm und Krupp, wach letzterer bellamlich ein kolossales Vermögen, das über 26 Millionen Jahreseinkommen abwirft, hinterläßt. Ferner würde Fürst Wittow mit seiner 5 Millionen-Erbschaft getroffen. Zugleich müßte aber alsdann eine Entlastung der Unbemittelten und armen Massen eintreten, durch Aufhebung

der Salz- und Zuckersteuer, des Petroleumzolls und der Zölle auf Getreide und Fleisch.

Bringt die Sozialdemokratie, wie ich annehme, solche oder ähnliche Anträge im Reichstag ein, so hoffe ich, daß die „Germania“ sie warm befürwortet und das Zentrum ihnen zustimmt, damit wenigstens einigermaßen den schönen christlichen Geboten entsprochen wird, die ich neulich in meiner Antwort auf die „Post“ im „Vorwärts“ vom 20. Oktober aus dem Neuen Testament zitierte.

„Wo, verehrte „Germania“: hio Rhodus, hio salta. Hier ist Rhodus, tanze!“

Eine Befestigung der Fleischnot liefert die Brandenburgische Landwirtschaftskammer, die bisher nichts von dem Bestehen einer Fleischnot oder auch einer Fleischsteuer zu entdecken vermochte. Sie läßt Zettel in der Provinz Brandenburg verbreiten mit der Aufforderung: „Die Kälberaufzucht muß stärker betrieben werden! Jede Viehhaltung muß im kommenden Winter mindestens ein Kalb mehr als sonst aufziehen!“ In ihrem Organ, dem „Landboten“, erklärt die Landwirtschaftskammer, daß nach ihren Ermittlungen die Rindviehbestände im Groß- und Mittelbetriebe noch erheblich, aber auch im Kleinbetriebe überall noch um ein oder zwei Stück vergrößert werden könnten. Bei der wachsenden Nachfrage nach Vieh und Fleisch müsse die Vermehrung des Viehbestandes sofort beginnen. Auch das Schlachten zuchttauglicher Ferkel müsse aufhören, denn diese Kälber würden notwendig gebraucht.“

Danach scheint die Landwirtschaftskammer, obgleich sie aus taktischen Gründen öffentlich das Vorhandensein einer Fleischnot bestritt, doch zu der Erkenntnis gelangt zu sein, daß die jetzige deutsche Viehproduktion den gestiegenen Anforderungen nicht genügt, denn sonst wäre ihre Mahnung ein Unsinn.

Webel in der Hölle. Neben ihren infamen Fälschungen und Verleumdungen fertigt uns die „Post“ von Zeit zu Zeit auch Elaborate, die zweifellos nur zur gesundheitlich so notwendigen Vertilgung unserer Lachmuskeln bestimmt sind. Auf diesem Gebiete läßt sie uns am Sonntag durch einen salbungsvollen Brief, den sie veröffentlicht, die Versicherung zukommen, daß unser Genosse Webel wegen seiner Erbschaft in die Hölle läme, ganz zweifellos dorthin läme. Der gottvolle Brief endet:

„Was noch das Wichtigste ist, namentlich das, was die geistigen Elends, zu lindern, welche Ursachen heute zu einem teatlichen Wahnsinn gestiegen sind. Denn wieviel Elend gibt es heute nicht in der Phantasie, der falschen Einbildung! Und wenn Sie, Herr Webel, Ihren 3000 000 Anhängern, die wir alle unterblühende Seelen haben, die Lehren dieser falschen Phantasie predigen und darin bestärken, so nenne ich das Mord (Seelenmord), und Ihrer wartet, wenn Sie wirklich die Ueberzeugung eines Besseren haben, was man für einen vernünftigen Menschen doch annehmen muß, — so haben Sie ein schreckliches Walten des Gerichtes zu erwarten und ich würde nicht gerne in Ihrer Haut stecken. Sie mögen mir erwidern: Sie glauben doch nicht etwa an eine Hölle, doch ich sage Ihnen: der Herr aller Herren, Schöpfer und Erhalter aller Dinge kümmert sich nicht darum, ob wir an eine Hölle glauben oder nicht. Wir müssen Rechenschaft geben von dem, wie wir gehandelt und gelebt haben, es sei gut oder böse und danach kommt für die Ungläubigen und Mörder (Seelenmörder) die Hölle wie Er's uns vorhergesagt und wie Er es zur Zeit der Sündflut schon einmal ausgeführt, so wie damals wird Er auch heute gerechtweise ohne Erbarmen das Gericht ausführen über die, die es nicht gemollt haben, und das Spotten wird sich schnell legen, wenn die nackte Wirklichkeit erscheint und ist dieselbe nicht sehr im Anzuge? Hand aufs Herz, das kleine Ding Klopft stärker da drinnen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung
C. Greve, Kroppe (Schleswig).

Es versteht sich, daß die „Post“ dieses tolle Geschreibsel völlig ernst nimmt; der Brief könnte in der Tat ebenso gut in der Redaktion der „Post“ entstanden sein wie in Kroppe, wo sich die bekannnten Anstalten für Schwachsinnige befinden.

Hänge-Peters gegen die Weltpolitik. Im „Tag“ enthält Hänge-Peters eine neue weltpolitische Kombination gegen Deutschland. Es sei wahrheitsgemäß, daß sich die englisch-japanische Entente zu einer englisch-japanisch-russisch-französischen Entente ausweiten werde. Bitte habe schon in Portenouth nach der Unterzeichnung des Friedens die Japaner mit in sein Privatzimmer genommen und ihnen dort — das sei mehr als wahrheitsgemäß — die Idee eines russisch-japanischen Bündnisses in die Ohren geblasen. Daß die Frankreich mit zu dem Bündnis gehören werde, sei selbstverständlich. Absicht der Quadrupel-Allianz sei, Deutschland an der weiteren wirtschaftlichen Expansion zu hindern und, durch Unterbindung seiner weltwirtschaftlichen Lebensadern, der sozialen Revolution preiszugeben.

Man sollte meinen, ein solches Schredgespenst müsse dem Peters die Haare zu Berge stehen lassen. Aber Hänge-Peter forcht sich nicht. Diesen Untrieben gegenüber, erklärt er gelassen, habe Deutschland zwei gewaltige Realitäten: erstens seine außerordentliche Wehrkraft, insbesondere aber seine Werte schaffende Arbeitskraft auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet; „Deutsche Geistes- kultur und Industrie sind so ungeheure Faktoren auf diesem Planeten, daß keine Kombination Dritter sie zu beseitigen vermöchte.“

Wir freuen uns, daß selbst ein so furioser Weltpolitiker wie der Peters sich endlich zu einer halbblätigen und realpolitischen Auffassung bekehrt hat. In der Tat, unser weltwirtschaftlicher Wettbewerb, dessen Hauptstütze eine durch die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung geschulte, intelligente Arbeiterschaft ist, wird sich jederzeit auf dem Weltmarkt zu behaupten wissen. Und wenn wir uns nur selbst der politischen Handelshand und Provokationen enthalten, wird sich auch jede der Nationen — zumal auch dort die Arbeiterschaft ein Wortchen über Krieg und Frieden mitzusprechen wird! — halten, uns grundlos anzugreifen. Die einzige Gefahr für Deutschland bildet also das aufregende Geschrei unserer Weltpolitiker und das militärische und marineische Selbstvertrauen. Dort das nicht auf, so drohen allerdings der deutschen Weltkultur und Industrie schwere Gefahren, denn daß unsere Panzerflotte der Flotte einer Triplet- oder Quadrupel-Allianz jemals gewachsen wären, kann doch aus Hänge-Peters schwerlich annehmen. Wohl aber wäre im Fall eines von der deutschen Regierung frivol herausbeschworenen Debacles die Gefahr einer sozialen Revolution nicht ausgeschlossen!

Konfliktstürmer Flottenkoller.

Der Flottenverein richtete an die Studentenschaft Jemas folgenden Aufruf:

„Die jenaische Studentenschaft ist wohl fast ohne Ausnahme national gesinnt, und es wird kaum noch einen geben, der nicht durch die Tatsachen belehrt worden ist, wie bitter not uns eine starke Wehrmacht zur See tut. Von der Erkenntnis aber schreibt man zur Zeit! Ein Massenbeitrag der 38 000 deutschen Studenten zum Deutschen Flottenverein zeige der Welt, daß die deutsche Jugend den Mahnruf ihres Kaisers verstanden hat und ihm folgt. Damit werden wir auch am sichersten den Frieden erhalten, wenn wir der Welt zeigen, daß wir den Ernst der Zeit begreifen und furchtlos mit ruhiger Entschlossenheit und auf alle Möglichkeiten vorbereiten. Ein Massenbeitrag der deutschen Studenten zum Flottenverein, das wäre eine würdige und verständliche Antwort auf die Enthüllungen des Franzosen Delcaux!“

Es sieht wirklich bald so aus, als erlebten gewisse industriöse Hintermänner des Vereins für Flottenrummel nichts heiler, als daß England Deutschlands Flotte möglichst bald das gleiche Schicksal bereite wie Japan der russischen Flotte. Es könnten dann ja noch

mehr Schiffe auf Stapel gelegt werden und die Panzerplattenpatrioten machten ein noch glänzenderes Geschäft! —

Liberaler Schwäger. Das „Berl. Tagebl.“ weiß zu der in Aussicht genommenen Zurückziehung der ostasiatischen Besatzungsbrigade nichts Günstigeres zu sagen, als daß dieser Schritt der deutschen Regierung beweise, wie grundlos die englischen Besatzungsbrigaden seien. Deutschland verfolge in China weitere koloniale Erwerbungen. Der Zweck der Besetzung Tschilis sei die Veruhigung der Provinz gewesen, diese sei nunmehr erreicht, also auch Deutschlands Aufgabe zu Ende. Das Gegenteil ist der Fall: Die Provinz war seit Jahren beruhigt, trotzdem blieben die deutschen Besatzungstruppen, bis ihr Bleiben durch den japanisch-englischen Vertrag zu einer Unmöglichkeit geworden war. Einer solchen Urteilsunfähigkeit unserer liberalen „Opposition“ gegenüber hat natürlich die abenteuerlichste Weltpolitik leichtes Spiel! —

Die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-schwedischen Handelsvertrages werden in den nächsten Tagen beginnen, jedoch nicht, wie es bisher hieß, in Berlin, sondern in Stockholm. Die deutschen Unterhändler für den neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrag, und zwar Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsamts des Innern, des Reichsfinanzamts, des preussischen Handelsministeriums, des preussischen Finanzministeriums für Landwirtschaft haben sich bereits nach Stockholm begeben. —

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Das ehrsame Bundesintelligenzblatt der Landwirte ereifert sich in einer längeren Notiz über den im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten und den Bundesrat zugegangenen Gesetzentwurf betreffend die Vertilgung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. „Es unterliegt“, schreibt das vierstündige Blatt, „für uns keinem Zweifel, daß die Reichsregierung von dem aufrichtigen Willen erfüllt ist, der politischen Umsturzsbewegung, wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wird, seine neuen Kräftelemente zuzuführen. Die Gerechtigkeit aber, die man den Gewerkschaften bezüglich der Befugnisse zu juristischen Ausgestaltung ihrer Organisationen zuteil werden lassen möchte, könnte zu einem schweren Unrecht allen denen gegenüber werden, welche die Folgen dieser gewerkschaftlichen Vereinsfreiheit zu tragen haben; man hüte sich, durch geschwehliche Maßnahmen die Wasser anzufüllen zu lassen, die das sozialdemokratische Rührwerk antreiben. Die Gewerkschaften haben bisher noch nicht die mindeste Neigung offenbart, einen ungewöhnlichen Trennungsschritt zur politischen Partei hin zu ziehen. Der Weg zur sozialen Vertilgung könnte uns nach — Jena führen.“

Aus der Notiz spricht deutlich der Kerger über die Tatsache, daß die Aussprache in Jena über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei anstatt zu einer Entzweiung, zu einem feierlichen Zusammenschluß beider Zweige der proletarischen Arbeiterbewegung geführt hat. —

Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen. In der bayerischen Kammer der Abgeordneten wurde gestern die Beratung über die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen wieder aufgenommen. Der Verkehrsminister von Braunendorfer führte aus, daß die Regierung immer für die Verstaatlichung und nur im Zweifel über den zu wählenden Zeitpunkt gewesen sei. Der erste mögliche Termin für die Uebernahme der pfälzischen Bahnen wäre der 1. Januar 1905 gewesen. Vor zwei Jahren sei es jedoch nicht ratsam erschienen, diesen Zeitpunkt zu wählen, weil die wirtschaftliche Lage damals noch nicht festgelegt genug gewesen sei, weil ferner eine Anleihe damals nicht so günstig untergebracht werden konnte, und weil auch gerade damals Verhandlungen mit anderen Verwaltungen über die Uebernahme der Güter schwanden. Inzwischen habe jedoch die Besserung der wirtschaftlichen Lage angehalten und außerdem hätten die Verhandlungen mit den pfälzischen Bahnen zur Herabsetzung des Kaufpreises um 8½ Millionen geführt. Aus diesen Gründen schlage die Regierung die Uebernahme zum 1. Januar 1900 vor.

Abg. Hamerschmidt (liberal) betonte, daß er von jeder für die Verstaatlichung gewesen sei. Abg. Reeb (Z.) sprach sich gleichfalls für die Verstaatlichung aus und bemerkte, daß sie für den Staat dieselbe Rente bringen würden, wie die jetzigen Staatsbahnen in rechtsrheinischen Bayern. Abg. Memminger (freie Vereinigung) spricht gegen die Vorlage mit der Begründung, daß der Kaufpreis zu hoch sei. Man habe dem Landtag keine Zeit gelassen, die Denkschrift über die Verstaatlichung der pfälzischen Bahnen genau zu studieren. Körner (Soz.) beklagt, daß die Verrücktheit des Arbeiterpersonals der pfälzischen Bahnen bis zur Verstaatlichung verschoben werde. Anba (lib.) und Gehbart (freie Vog.) stimmen der Vorlage zu, welche im Interesse der Volksgüter zu begründen sei. Hiermit wird die Generaldiskussion geschlossen. Die Spezialdiskussion findet Freitag statt. —

Der großmächtige Militarismus.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir vor einiger Zeit gemeldet haben, daß die Kasernenverwaltung des 1. Garderegiments zu Ruh in Potsdam von einem Königsberger Stellmacher 50 Pfennig zurückerlangt habe, weil er vor sechs Jahren bei seiner Entlassung die Eisenbahn nicht bis Labiau, sondern nur bis Königsberg benutzt und 50 Pfennig Ersparnisguthaben zuviel erhalten habe. Dem Stellmacher verurteilte diese Entdeckung große Scherereien; er wurde zweimal deswegen auf das Bezirkskommando bestellt, und als er die Aufforderung von Potsdam zu zahlen erhielt, schickte er die 50 Pfennig in Zweipfennig-Briefmarken ein. Doch sein Erlahmen war groß, als er die Sendung wieder zurück erhielt. In Potsdam muß man inzwischen wohl — nachdem die Angelegenheit durch die deutsche Presse gegangen war — eingesehen haben, daß man, ohne sich den Vorwurf von Verschwendung von Volksgut machen lassen zu dürfen, in diesem Falle von der „großwütigen Sparsamkeit“ abgehen und auch einmal „großmütig“ sein kann. Die Einsicht kommt freilich etwas spät. —

Neuer Truppentransport für Südwestafrika!

Ein Ersatztransport für die in Deutsch-Südwestafrika kämpfenden Truppen wird heute mit dem Boermann-Dampfer „Hans Boermann“ Hamburg verlassen. Der Transport setzt sich zusammen aus 10 Offizieren und höheren Militärbeamten, 10 Portepceunteroffizieren und 720 Mann.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 24. d. M. im Gefecht bei Gorabis gefallen: Reiter Friedrich Wosien, geboren am 28. 6. 85 zu Dornelheim, Reiter Karl Grabowski, geboren am 10. 7. 80 zu Gombnow, Reiter Hermann Medlenburg, geboren am 7. 2. 82 zu Hamburg, Reiter Heimr. Schrader, geboren am 18. 1. 83 zu Hilwartshausen. — Reiter Alfred Witz, geb. am 28. November 1883 zu Schippenbeil, am 25. d. M. im Feldlazarett 12 Lüderichsicht am Herzschwache nach Typhus gestorben. Reiter Albert Wartsch, geboren am 20. März 1883 zu Frauendorf, am 20. d. M. im Orangefluß beim Baden ertrunken.

Husland.

Die Nationalratswahlen in der Schweiz

fanden — wie wir schon in einem Einleitungsartikel ankündigten — am Sonntag statt. Die Sozialdemokratie hatte auf der ganzen Linie gegen die bürgerlich-liberalen Parteien zu kämpfen. Trotzdem haben, soweit sich das Ergebnis im Augenblick übersehen läßt, die vereinigte Feinde der Sozialdemokratie keine wesentliche Veränderung ihres bisherigen Stärkeverhältnisses zu erreichen vermocht. Allerdings gelang es unseren Genossen auch nicht, an Terrain zu gewinnen; die bisherige freisinnig-demokratische Mehrheit bleibt bestehen.

Wir hatten bisher in ganzen sechs Sige inne. Genosse Schwandner-Daselland und Wanzoni-Tessin sind im ersten Wahlgang durchgekommen. Dr. Brunelstein-Dasel ist in anschließender Stichwahl. Unterlegen ist Scherrer — St. Gallen. Hier und da hat unsere Partei starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen, so in Zürich, wo der den Gegnern so verhasste Greulich zur Wahl steht. In

Wahlkreise für die, wo das vorige Mal (1902) 9600 Stimmen für uns abgegeben worden waren, hat es Genuß am Sonntag auf 13 540 Stimmen gebracht!

Im ganzen sind 18 Stimmzettel erforderlich, die am 5. November stattfinden werden. Wenn die Wahlbeteiligung, die schon am Sonntag bei der Hauptwahl sich auf circa 70 Proz. belief, noch zu steigern sein sollte, so scheitern hoffentlich die stolzen Pläne der Sozialistenfreier, die vor der Wahl eine totale Niederlage der Schweizerischen Sozialdemokratie prophezeiten.

Frankreich.

Der Ministerrat beschäftigte sich heute, Montag, mit der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten: Roubier wird die Kammer ersuchen, die Beratungen über die Amnestie-Vorlage sowie über das Budget der Altersversicherungskasse für Arbeiter an die Spitze der Tagesordnung zu setzen. Der Ministerpräsident wird der Kammer ferner vorschlagen, drei Vormittage in der Woche zu bestimmen, die der Beratung über die Altersversorgung der Arbeiter vorbehalten sein sollen. Endlich wird Roubier an den Senat das Ersuchen richten, sofort in die Erörterung des Gesetzes betreffend die Trennung der Kirche vom Staat einzutreten.

Der Kongreß von Chalon ist am Sonnabend durch ein Massenmeeting, in welchem Quecbe, Lafargue, Baillant, Jaurès und andere das Wort nahmen, eröffnet worden. Der Nationalrat der Partei hat dem Kongreß einen Bericht unterbreitet, der sich auf die acht Monate erstreckt, seitdem die Einigung realisiert ist. Wir entnehmen demselben folgende Einzelheiten: Die Partei erstreckt sich jetzt auf 77 Departements, wo insgesamt 65 Föderationen mit mehr denn 2000 Gruppen gebildet sind. Die Zahl der Abgeordneten, welche die Partei in den gesetzgebenden Körperschaften hat, beträgt 38; in den Kantonsräten sitzen etwa 200 und in den Gemeinderäten beinahe 2000 Parteigenossen. Außerhalb der gemeinten Parteiorganisation stehen noch einige Tausend Genossen mit ihrer Abgeordneten, ihnen gegenüber die geeinte Partei mit ihren 40 000 Mitgliedern in einer Organisation, mit einem Programm und einer Kasse. Durch die von der Partei geschaffenen Institutionen bleiben die Abgeordneten in ständiger Verbindung mit den Genossen; das knappe Duzend von Deputierten, welches sich außerhalb der Partei gestellt, schwanzt hin und her, hat keine organische Verbindung unter sich und sein Führer Auguste Schmitt jetzt bereits seinem Vizekongreß von Madagaskar entzogen. — Die Zahl der Parteioffene wird auf 40 angegeben mit einer Auflage von mindestens 100 000 Exemplaren. In Versammlungen wurden durch den Nationalrat 255 arrangiert. Der Bericht schildert sodann die Arbeiten der Zentralorgane, nämlich des Nationalrats und der Permanenten Kommission, und behandelt zum Schluß die Kundgebungen und Aktionen des internationalen Proletariats zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Die Pariser sozialistischen Gemeinderäte gegen die Seine-Föderation.

Paris, 28. Oktober. Gestern versammelte sich der Klub der Pariser sozialistischen Gemeinderäte, um über das Verhalten zu dem Beschluß der Seine-Föderation zu beraten, der den sozialistischen Minoritäten in repräsentativen Körperschaften die Teilnahme an der Bureauverwaltung untersagt. Die Gemeinderäte sprachen sich einstimmig gegen den Beschluß aus und beauftragten ihren Schriftführer, Genossen Frébouge, in ihrem Namen eine Erklärung auf dem Parteitag in Chalon abzugeben.

Der Beschluß der Seine-Föderation ist vor allem auf den Willen der Parteigenossen gegen Drouffe und seine Adjutanten Lurot und Heppenheimer zurückzuführen, die unter dem Vorwand, die repräsentativen Pflichten der hauptstädtischen Obrigkeit zu erfüllen, alle möglichen höfischen Feste mitmachen und sogar eine Spritzfahrt nach Spanien unternommen haben. Jedenfalls würde die Parteibürokratie gebieten, dem Beschluß der Föderation oder gegebenenfalls des Parteitagbeschlusses Folge zu leisten, wenn gleich sich nicht vernehmen läßt, daß sich ein Mittel gegen das Treiben Drouffes hätte finden lassen, auch ohne daß die große Prinzipienfrage der „Vetierung“ wieder — und diesmal nicht an der geeignetesten Stelle — angeschnitten zu werden brauchte.

Portugal.

Bei dem unvermeidlichen Krähbüß, das Präsident Loubet zu Ehren des Königs und der Königin von Portugal am Sonntag gab, wurden von beiden Seiten Trinksprüche im üblichen internationalen Gurrá-Stil ausgedrückt. Es wäre Papier-Verwendung, die beiderseitigen Phrasen auch nur mit einem Worte hier genauer wiederzugeben.

Dänemark.

Am unangenehmen Zwischenbemerkungen der Sozialdemokraten und Radikalen vorzugehen, läßt die Regierungspartei jetzt konsequent einen Versuch der Geschäftsordnung des Folketings durchführen. Die Geschäftsordnung bestimmt ausdrücklich, daß ohne Rücksicht auf die Reihenfolge die Abgeordneten zu kurzen persönlichen Bemerkungen und Ausführungen das Wort erhalten können, und so wurde es auch bisher immer gehandhabt. Nun aber ist das Präsidium des Folketings und besonders der halbtaube Präsident Thomsen zu der Praxis übergegangen, daß sämtliche Minister nacheinander ohne Unterbrechung sprechen sollen und kein Abgeordneter zu einer Zwischenbemerkung das Wort erhält! Am Freitag, in der Abend Sitzung, verlangte der Sozialdemokrat Bergsjerg nach der Rede des Ministerpräsidenten und Landesverteidigungsministers Christensen das Wort zu einer Verächtung. „Ja“, erwiderte der Folketingspräsident, „wenn die Minister (also alle) gesprochen haben.“ — Bergsjerg: „Das widerspricht durchaus der Geschäftsordnung.“ — Zahl (radikal): „So kann ich also wohl auch nicht das Wort erhalten?“ — Präsident: „Nein. Der Minister des Meeres hat das Wort.“

Derartige Szenen haben sich im Folkething während der jetzigen Budgetberatung schon öfters abgespielt. Die Regierungspartei und ihre Minister fühlen sich aber nur so unsicher, daß ihnen alle Mittel recht sind, um der Wahrheit möglichst aus dem Wege zu gehen. Jedenfalls werden diese Liberalen bei den Wahlen im nächsten Sommer eine arge Niederlage erleiden. Sie halten jetzt Umschau nach einer sie möglichst wenig kompromittierenden Allianz mit rechtsstehenden Parteien; ob es ihnen aber gelingen wird, ihre Position dadurch zu retten, ist sehr fraglich.

Norwegen.

Oskar II. hat nun, nachdem er auf die norwegische Krone verzichtet hatte, seinen langen Titel etwas abgekürzt und nennt sich nur noch: „Oskar von Gottes Gnaden, Schweden, der Weiden und Goten König.“ Norwegen, dem verlorenen Sohn, hat er in seinem Abjurationsreiben nochmals seinen „bitteren Schmerz“ über den „verfassungswidrigen“ Störkingsbeschuß vom 7. Juni und zugleich die prinzipielle Ablehnung des Thronos durch Prinzen seines Geschlechtes kund und zu wissen getan.

Sien.

Ueberfall amerikanischer Marineoffiziere bei Kiangling. Dem „Evening Standard“ wird aus Shanghai gemeldet: Admiral Train, der sich mit seinem Sohne, Kapitän Train vom amerikanischen Kanonenboot „Cutros“ bei Kiangling auf der Jagd befand, schoß aus Versehen eine Chinesin an. Die Dörfler umringelten unverzüglich die Offiziere, nahmen ihnen ihre Pistolen weg, schlugen den Admiral nieder und nahmen den Kapitän als Geißel gefangen. Der amerikanische Arzt erklärte die Verletzung der Frau für äußerst geringfügig, doch die Chinesen weigerten sich, den Kapitän freizulassen und griffen die starke, zur Befreiung gesandte amerikanische Eskorte an. Eine hierauf gelandete Abteilung von vierzig Seeleuten wurde gleichfalls angegriffen und feuerte zweimal in die Menge.

Gewerkchaftliches.

Ein harter Gewerbegerichts-Wahlkampf.

Die Gewerbegerichtswahlen in Königsberg haben mit einem glänzenden Siege der freien Gewerkschaften geendet.

Bei der Wahl der Arbeiterbeisitzer wurden an drei Tagen für die Liste der freien Gewerkschaften 5640 Stimmen und für die Liste der „christlichen“, „nationalen“ und „liberalen“ Gewerkschaften wurden insgesamt 724 Stimmzettel abgegeben. 21 Mandate waren zu erringen, und da nach dem Proportional-Wahlssystem gewählt wurde, erhielten die freien Gewerkschaften 19 und die christlichen usw. ganze 2 Mandate. Der Wahl vorangegangen war ein heftiger Wahlkampf. Sämtliche bürgerlichen Blätter traten für die Wahl der „sozialdemokratischen“ Liste ein. Tagelang prangten Aufrufe und Artikel in diesen werten Zeitungen; doch der Erfolg war, wie man oben sieht, kläglich.

Besonders deshalb wurde der Kampf in so heftiger Weise geführt, weil man von der gegnerischen Seite nicht weniger als sechs bis sieben Streikbrecher aufgestellt hatte, die im vorigen und in diesem Jahre den Wauern und den Zimmern bei ihren Lohnkämpfen in den Rüden gefallen waren. Streikbrecher sollten zu Richtern gewählt werden! Das war der Königsberger Arbeiterkassier dem doch zu viel und so wurde alles daran gesetzt, um das zu verhindern. Und es ist auch gelungen, die Streikbrecher vom Richterstuhl fernzuhalten.

Die Wahlbeteiligung wäre noch eine viel größere gewesen, wenn der Magistrat für genügend Wahlgelegenheit gesorgt hätte. Doch damit haperte es gewaltig. Für über 25 000 Wähler von Königsberg und den eingemeindeten Vororten war nur ein einziges Wahllokal vorgesehen. An drei Tagen wurde hier nach Wochentagen gewählt. Am Sonntag hatten etwa 8000 zu wählen, und es war einfach unmöglich, auch nur einige Tausend abzufertigen. Anfänglich wurde nur an einem einzigen Tisch gewählt; erst einige Stunden später hatte man drei Wahlische aufgestellt. Obwohl an diesem Tage die Wahlzeit nur bis 1 Uhr angesetzt war, mußte doch bis 3 Uhr gewählt werden. Sogar der Hof mußte als Wahllokal angesehen werden. Ueber tausend Wähler konnten trotzdem nicht ihr Wahlrecht ausüben und mußten unrichtigster Sache nach Hause gehen. Polizei versuchte im Wahllokal Ordnung zu schaffen.

Am Montag und Dienstag organisierten die freien Gewerkschaften einen Ordnungsdienst und der bestährte sich glänzend, was vom Magistrat auch anerkannt wurde. In der Stadtverordneten-Versammlung brachten unsere Genossen wegen der Vorgänge am Sonntag eine Interpellation ein und fragten besonders, was der Magistrat — der selber eingestand, daß er die Wahl höchst mangelhaft vorbereitet hatte — zu tun gedente, um den Wählern, die am Sonntag nicht wählen konnten, wieder das Wahlrecht zu verschaffen. Der Magistrat bewies einfach diese Wähler auf den gesetzlichen Beschwerdeweg.

An der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer hatten sich unsere Genossen auch beteiligt; sie brachten aber nur 27 Stimmen auf. Die Schachtmacher dagegen hatten über 800 Stimmen zu verzeichnen. Sie hatten angehts unseres Auftretens in der feierhaftesten Weise agitiert.

Am Donnerstag werden die Arbeiter in einer großen Protestversammlung Stellung zu den Gewerbegerichtswahlen nehmen.

Berlin und Umgegend.

Die Aufseher in den Zuckerei- und Holzschneidbetrieben waren vor kurzem an die Inhaber von circa 30 Firmen mit der Forderung herangetreten, den bei anderen Firmen bereits eingeführten Minimallohn von 27 M. pro Woche ebenfalls zu zahlen. Diese Forderung ist jetzt von den in Frage kommenden Geschäften ganz oder teilweise bewilligt worden. Nur bei einer Firma kam es zur Arbeitsniederlegung, die aber nur einen halben Tag zu dauern brauchte. In Vohrerhöhen haben die Aufseher 150 bis 3 M. pro Woche erzielt. Meistens ist die Zulage derartig zugesichert, daß der Minimallohn von 27 M. unter Abzug der Versicherungsbeiträge gezahlt wird, während 26 M. zu zahlen sind, wenn der Arbeitgeber jene Beiträge nicht abzieht. Es kommen bei diesen Abmachungen besonders die Firmen im Süden und Süd-Westen Berlins in Betracht.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik „Jofetti“, Neue Friedrichstr. 9-10, hatten am Sonnabend eine Fabrikbesprechung, in der die bestehende Fabrikkommission der Firma einstimmig aufgelöst wurde, am Montag beim Chef respektive bei der Verwaltung der Fabrik wegen emer zehnprozentigen Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter sowie Lohnarbeiter und Arbeiterinnen vorstellig zu werden. Die Kommission führte diesen Auftrag aus und fand offenes Gehör. Die Firma bewilligte die geforderte zehnprozentige Lohnerhöhung und zwar mit rückwirkender Kraft schon von Freitag, den 27. d. M. ab.

Nachklänge zum Wäschearbeiterstreik. Vier Zuschneider der Firma Emil Grünbaum in der Frankfurter Allee sind gestern mittag wegen des Streikes gemahrgelagt worden. Sämtliche übrigen 14 Zuschneider haben sich mit ihnen solidarisch erklärt. Des weiteren legten am Nachmittag die Plätterinnen und Näherinnen die Arbeit nieder. — Die Firma ist vom Verband der Wäsche- und Arabattenarbeiter gesperrt worden.

Deutsches Reich.

„Der Werftarbeiter“, das Publikationsorgan des Deutschen Werftarbeiterverbandes, hat mit seiner Nummer 22 vom 20. Oktober das Erscheinen eingestellt. Die letzte Nummer enthält den Bericht von der Generalversammlung, die den Vertreter des Werftarbeiter zum Metallarbeiterverband beschloß, außerdem eine Anzahl Korrespondenzen und ein Abschiedswort des Verbandsvorstandes und der Redaktion.

Im Leipziger Posamentierkreis ist die Polizei sich ihres Verweises als Beschützerin der Arbeitswilligen und der Unternehmerinteressen durchaus bewußt. Grob ist die Vorliebe dafür, Streikende zu allerhand Vernehmungen auf das Polizeiamt zu bestellen. Die Unternehmer selbst scheinen einander nicht recht zu trauen; sie haben eine Konventionalkasse von 250 M. für jeden von ihnen festgesetzt, der die Forderungen der Gehülfen bewilligen sollte. Trotzdem werden die Herren Innungsmeister wohl bald nachgeben müssen, wenn sie nicht der auswärtigen Konkurrenz unterliegen wollen. Einzelne sind auch schon jetzt zur Nachgiebigkeit bereit, die Gehülfen aber sind entschlossen, nur mit der Gesamtheit der Unternehmer in Verhandlungen zu treten.

Der Verband der Notenschreiber in Leipzig hat beschloffen, mit der Prinzipalorganisation, dem Verein der Notenschreiber, wegen Abänderung des Tarifs in Unterhandlungen zu treten, und zu diesem Behufe eine Kommission ernannt.

Die Schuhmacher der Firma Preuß u. Müblius in Reichen haben im Streik. Vor Zugang wird getarnt.

Im Marktschreiber Rürschnerkreis, der nun schon fünf Wochen währt, ist die Sympathie der öffentlichen Meinung ganz auf Seiten der Streikenden, wie eine vor wenigen Tagen abgehaltene, von 1000 Personen besuchte Einwohnerversammlung bewiesen hat. Nur Polizei und Behörden machen situm im Schutze der Arbeitswilligen, die in der Stadt von jedem Kinde verachtet werden. Ein hübsches Stüchchen leistete da jüngst die preussische Bahnverwaltung. An einem der letzten Tage fuhren Arbeiter von Corbeha nach Leipzig. Als sie einen völig leeren Wagen IV. Klasse besteigen wollten, wurden sie daran von einem Schaffner gehindert und trotz des Protestes in einen ziemlich überfüllten Wagen gestopft. Der andere Wagen aber fuhr leer mit. In Marktschreiber kam des Häufels Lösung. Als der Zug hielt, wurde der bis dahin geschlossene gehaltene Wagen geöffnet, ganze drei Mann — Arbeiterwillige der Firma Walter bestiegen ihn, und fort ging's nach Leipzig. Also, um dreier dieser Staatsknechten willen läßt die sonst so aufs Sparen bedachte königlich preussische Eisenverwaltung auf der

Strecke Corbeha—Leipzig einen ganzen Wagen IV. Klasse leer verkehren. Man sieht, beim Arbeiterwilligen muß Leiden so... Behörden der verschiedenen deutsch-n. Vaterländer international; eine preussische Behörde schäme sich im grün-weißen... willig! — Uebrigens scheint man jetzt doch Veruche zu einer Einigung zu machen. Bürgermeister Otto schlägt Verhandlungen auf der Grundlage vor, daß die Verbandsleitung ihren Mitgliedern gestattet, die gegenwärtig in der Fabrik vorhandenen Anwesenheit unter Tarif aufzuarbeiten, und daß baldigst eine Revision des Tarifs herbeigeführt wird, bei der die Höhe für Mann 2 1/2 und Kutria ermäßigt, andere dafür erhöht werden; während die Verbandsleitung sich verpflichtet, ihr früheres Personal (n.a.) und nach bei Bedarf wieder einzustellen, ohne den Eintritt a.z dem Verbands zu verlangen, sollen die Arbeiter ihre Forderung, daß die Arbeitswilligen entlassen werden müssen, setzen lassen. Ob auf Grund dieser Vorschläge eine Einigung möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Die Pfisterer und Kammer in Köln haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Zwar haben sie ihre Forderungen nicht durchgesetzt; aber die Unternehmer haben eine Reihe Zugeständnisse machen müssen. Die Ausständigen besaf. den Zugeständnisse zu akzeptieren, da sie sich von der Weiterführung des Kampfes in der jetzigen Jahreszeit einen Erfolg nicht mehr versprechen.

Versammlungen.

Vierter Wahlkreis (Südost). Am Dienstag hielt der Wahlverein eine Generalversammlung in Graumanns Saale ab. Zunächst erbrachte man das Anbenden der im letzten Vierteljahre verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Dann erstattete Zschel den Bericht des Vorstandes. Im letzten Halbjahre fanden vier Versammlungen statt, eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung, elf Vorstandssitzungen und sieben Sitzungen des Vorstandes und der Bezirksführer. Der Vorstand hatte sich mit einem Antrage der Barbier zu beschäftigen, der dahin geht, die selbständigen Barbier, welche einer Innung angehören, und auch die Mitglieder der freien Vereinigung selbständiger Barbier, welche die Forderungen der Gehülfen nicht bewilligt haben, aus dem Wahlverein auszuschließen. Dieser Antrag ist an alle Wahlvereine gegangen, er ist deshalb für ganz Berlin entschieden worden und zwar dahin, daß Anträge auf Ausschluß nur berücksichtigt werden können, wenn sie gegen bestimmte Personen gerichtet sind. Es wurde anerkannt, daß man die Bewilligung der geringen Forderungen der Barbiergehülfen von den Wahlvereinsmitgliedern wohl erwarten könne. — Da nach dem neuen Organisationsstatut der Partei für jeden Wahlkreis nur eine Parteiorganisation bestehen kann, so hat der Vorstand mit dem Vorstände des Wahlvereins für den Osten eine unverbindliche Aussprache über die Verämelung beider Vereine gehabt. Die Vorstände sind sich ziemlich einig geworden, das Weitere wird späteren Beratungen vorbehalten bleiben. Befremden müßte es unter diesen Umständen erregen, daß der Wahlverein Ost in seiner nächsten Generalversammlung einen besoldeten Kassierer wählen wolle. Man hätte damit warten sollen bis nach der Verämelung. — Ausgeschlossen hat der Vorstand das Mitglied Glien, welches sich selbst des Besuchs des Festes der Neuen Freien Volksbühne in der Hiltsharmonie bezüchtigte.

Der Kassierer Hadelbusch erstattete den Kassenbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 30. September 1905. Eingenommen wurden 13 130,82 M., ausgegeben 12 971,62 M., darunter 8000 M. für Agitation, es bleibt ein Bestand von 159 M. — Am 1. Oktober 1904 hatte der Verein 4979 Mitglieder. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 1065, gestorben sind 26, verzogen 275, ausgeschlossen 5, wegen restierender Beiträge gestrichen 1339. Das ist ein Abgang von 1905 Mitgliedern. Der Abgang übersteigt demnach der Zugang um 600. Auch in den vergangenen Jahren war die Fluktuation der Mitglieder sehr stark. Wenn alle, die sich in den 9 Jahren des Bestehens des Vereins aufgenommen ließen, bei demselben geblieben wären, dann müßte der Verein jetzt 11 160 Mitglieder haben. Der Redner hatte eine Aufstellung gemacht über die Zahlen der in jedem Jahre eingetretenen Mitglieder und hat zum Vergleiche damit festgestellt, wie viele von diesen Mitgliedern heute noch dem Verein angehören. Das Zahlenverhältnis ist folgendes:

| im Jahre | Es traten ein Mitglieder. | Davon verblieben bis jetzt |
|----------|---------------------------|----------------------------|
| 1896 | 1200 | 256 |
| 1897 | 352 | 49 |
| 1898 | 419 | 71 |
| 1899 | 1399 | 298 |
| 1900 | 1098 | 239 |
| 1901 | 850 | 201 |
| 1902 | 1031 | 350 |
| 1903 | 1751 | 705 |
| 1904 | 2009 | 1338 |
| 1905 | 1065 | 872 |
| Summa | 11 160 | 4379 |

Der Redner bemerkte hierzu, wenn man bedenke, daß bei der Reichstagswahl 1903 im Südosten von 39 000 Wählern 27 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, so erlaube die Zahl der organisierten Parteigenossen sehr gering. Dies ungünstige Verhältnis müßte jeden Parteigenossen bestimmen, für die Ausbreitung der Organisation zu wirken.

Darauf erstattete Karl Scholz den Bericht der Agitationskommission. Er besprach im einzelnen die Arbeiten, welche die Genossen vom Südosten in den ihnen zugewiesenen Provinzkreisen Friedeberg-Arnswalde, Schwiebus-Krossen-Sommerfeld und Ost- und West-Sternberg geleistet haben. Aus den Vorlesungen des Redners ging hervor, daß unsere Bewegung in allen drei Kreisen Fortschritte gemacht hat. Am besten waren dieselben im Kreise Schwiebus-Krossen-Sommerfeld, weniger gut in den beiden anderen Kreisen, wo die Verhältnisse für uns recht ungünstig liegen.

Es folgte der Bericht der Pressekommision. Der frühere Vertreter des Kreises, Genosse Wermuth, der jetzt in Remscheid weilt, hatte eine schriftliche Uebersicht über die Tätigkeit der Pressekommision in den ersten drei Quartalen gesandt. Der jetzige Vertreter Lusche ergänzte den Bericht Wermuths durch Mitteilungen über die letzten Beratungen der Pressekommision. — Hieran schloß sich eine kurze Debatte, in der unter anderem zwei Beschlüsse über Zurückweisung, beziehungsweise Nützung von Einsendungen aus den Reihen der Parteigenossen besprochen wurden.

Wörle erstattete Bericht über die Tätigkeit der Lokalkommision, den die Versammlung ohne Debatte entgegennahm. Darauf berichtete Wörle über die Verhandlungen der Provinzialkonferenz. — Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, nahm die Versammlung einen Antrag an, welcher besagt, der Vorstand solle beim Wahlverein Osten gegen die Wahl eines besoldeten Kassierers vorstellig werden.

Die Wahlen, welche durch Stimmzettel vollzogen wurden, hatten folgendes Ergebnis:

Als Vorsitzender wurde gewählt Paul Hoffmann, zum Schriftführer Max Renzel, zum 1. Kassierer Richard Hadelbusch, zum 2. Kassierer Wilt. In die Agitationskommission wurde gewählt Karl Scholz, in die Lokalkommision Hermann Wörle und Sedler. Revisor wurde Otto Jaedh, Pressekommisionmitglied Lusche und Weisiger Karpentin.

Briefkasten der Redaktion.

Frankf. National-Versammlung. Die sozialdemokratischen Flugblätter von 1917/18 können wir Ihnen nicht näherweisen. In der Geschäfts- und Literatur der Partei werden Sie verstreut etwas von dem gewünschten Material zu Ihrer Arbeit vorfinden. — G. 00. Können wir nicht empfehlen und überlassen Ihnen Entscheidung selbst. — Fritz Busch. 1. und 2. Blätter bei der Diktation selbst anzufügen. Und jetzt es an Zeit dazu, über-

Tüfchen „Streit“ zu klären. — W. G. 5. Der Krat hat telephonische Verbindung. Deshalb fragen Sie nicht selbst an? Wahrscheinlich Privat-Unternehmen. — Herfur. 6. Künftig im Konversationskloster einer Leseliste nachschlagen und einfache, wissenschaftliche Dinge selbst leihen. — W. 100. Ihre Verwandten in Paris kennen wir nicht. Die Ermittlung müssen wir Ihnen überlassen. Bleibst nicht Ihnen da begehrende Adresse etwas: Deutscher Leseliste, Sekretär J. Babion, Rue Lamartine 57, Paris. — R. W. 2. — W. 100. 1. Einer, der Theologie studiert. 2. Drei Nader. 3. Sehr verschieden. Fragen Sie einen Ihnen bekannten Pastor. — 555. Sa. — Platz da! Nr. 208 des „Vorwärts“, lokaler Teil.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenkammer findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

G. S. I. Es kann auch der minderjährige Erzeuger verlagert werden. Er wird in dem Prozeß durch seinen Vater vertreten. — Wilhelmshagen 4. Soweit ersichtlich sind die drei Fragen zu verneinen. Eine be-

stimmte Antwort ist aber nur nach Kenntnis des Einzelalles und des Inhaltes der Statuten zu geben. — Ober-Schneeweide. Nicht Sie, sondern der Schriftführer ist dahin verpflichtet, daß unter Verberung der gerichtlichen Vorrichtungen eine 14tägige Kündigungsfrist vereinbart sei. Es scheint das Gericht angenommen zu haben, daß durch die Befundung des Angeklagten die Beweislast sich verschoben habe. Das wäre aber eine unangenehme Annahme, wenn die Befundung, so wie Sie mitteilen, zu Ihren Gunsten abzugeben ist. Bedauern Sie dabei, daß die Beweislast dem Gegner obliegt, erklären Sie sich zur Eidesleistung bereit und schließen unter Protest gegen die Beweislast dem Gegner den Eid zu. — G. P. 109. Das Gericht erachtet in Berlin als angemessen an Gebührengebühren: für den Bestand bei einer Einbildung 6 bis 30 Mark, für einen Besuch bei Tage 1 bis 3, bei Nacht 2 bis 4, für eine Nachwoche 5 bis 10 Mark. Der Bestand des Gebührens-Betrags erachtet im wesentlichen dieselben Sätze für angemessen, nur tarifiert er als Mindestsatz nicht 6, sondern 10 Mark und die Höchstgebühren für Besuche geringer. Eine gesetzliche oder sonst bindende Lage gibt es nicht. — G. G. Ja.

— W. G. 28. Gegen die Ansetzung der Zeugniskosten können Sie Beschwerde beim Amtsgericht einlegen. Indessen dürfte dieselbe wenig Aussicht auf Erfolg, weil die Kilometerfelder für den Zeugen zureichend berechnet zu sein scheinen. — Weihensee W. Der Betreffende kann sich mit Aussicht auf Erfolg an die Behörde wenden oder auf die Behörde berufen, die ihm seinezeit die Entlassungsurkunde ausstellt. Ob Aufnahme in den preussischen Staatsverband erfolgen wird, dürfte zweifelhaft sein. — G. W. 2. In England geschlossene Ehen Deutscher, deren ehelicher Bestand nach deutschem Recht ein Ehehindernis entgegensteht, sind nichtig. Regen Sie den betreffenden Fall dar. — Chemnitz 27. 1. Ein ohne Kenntnis des Sachverhalts abgegebenes Urteil ist wertlos. 2. Sie können ein eigenhändiges Testament errichten. Ihre Annahme, daß das Vormundschaftsgericht den Nachlass verlor, ist irrig. 3. Mit Wiederholte geschieden. — G. W. 100. Die Stempelgebühr besteht nach dem Gesetz vom 1893, Artikel 10. Ob in Ihrem Falle Stempel zu entrichten ist, ist ohne Kenntnis des Sachverhalts der Statuten und etwaiger Nachträge nicht zu beantworten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 31. Oktober.

Anfang 7^{1/2} Uhr:

Opernhaus. Der schwarze Domino. Schauspielhaus. Der Schur der Tene.

Neues. Ein Sommernachtstraum. Weiden. Die Handhüte. Deutsches. Das Kästchen von Hell-

brunn.

Berliner. Andalosia.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Agnes und sein Ring.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-

schiller-Theater). Der Veilchen-

freier.

Zeitung. Benignus Erlebnis. Gan-

neles Himmelsstern.

Zentral. Zur indischen Wltwe.

Kleines. Der Bräutigam.

Kleines. Das vierte Gebot.

Trionon. Madame Koreta.

Lustspielhaus. Der Familien-

tag.

Thalia. Bis früh um fünf!

Carl Welt. In Berlin ist was los.

Lilien. Simson.

Deutsch-Amerikanisches. Wer,

Herr Herzog!

Metropol. Auf — ins Metropol!

Kasino. Das Opferlamm.

Apollo. Frau Luna. — Spezial-

itäten.

Walhalla. Eine tolle Nacht.

Herrnsfeld. Die Meyerhains.

Wintergarten. Ein Abend in einem

amerikanischen Zingel-Tangel. —

Spezialitäten.

Polies Caprices. Nach dem Zapfen-

streich. Söll und Gaben. —

Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Poffage. Robert Koppel. Georg

und Gusti Edler.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Spelterinis Alpen-

und Wüstenfahrten im Ballon.

In Hörsaal: Dr. v. Unruh: Die

Glasfabrikation.

Sternwarte. Invalldenstr. 157/52.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Urania Tauben-

str. 48/49.

8 Uhr:

Spelterinis Alpen- und Wüstenfahrten

im Ballon.

Hörsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Die

Glasfabrikation.

Sternwarte Invalldenstr. 157/52.

8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die großen

Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

großen Planeten.

Abends 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Die

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr:

Gyges und sein Ring.

Eine Tragödie in 5 Akten von

Friedrich Hebbel.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Der Veilchenfresser.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Dienstag, abends 8 Uhr:

Der Veilchenfresser.

Aufspiel in 4 Akten von

Gustav v. Nofer.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Der G'wissenswurm.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Veilchenfresser.

XI. Berliner Saison.

Zirkus Busch.

Nur noch 2 maliges Auftreten:

Die Helden vom Yala u. Port Arthur

Japanische Infanterie.

Größte Attraktion der Welt!

Sensationell! Sensationell!

Der Kanonenkönig.

Schau eines lebend. Menschen

aus einem Marine-Geschütz

schwersten Kalibers.

4 Socurs Athleten.

Zum 43. Male:

Mexiko

Große Ausstattungs-Panto-

mime aus dem mexikanischen

Pflanzenleben und die vor-

züglichsten Programmnumm.

Carl Weiß-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132.

Täglich 8 Uhr:

In Berlin ist was los.

Or. Ausstattungs-Poseen-Revue mit

Gesang und Tanz in 6 Bildern von

P. Bajanz.

Sonnabend 4 Uhr: Oorarrschen,

Sonnabend abend: Faust.

Folies Caprice.

Budapester Posen-Theater

132 Linienstr. 132

Ecke Friedrichstraße.

Nach dem Zapfenstreich.

Vorher: Söll und Gaben

u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf täglich h. A. Worthoim

und an der Tageskasse v. 10 Uhr

vormittags an.

Gebrüder

Herrnfeld-

Theater.

Letzte Woche!

Der unverwundliche Schläger:

Die Meyerhains.

Romödie in drei Akten mit den

Aktoren

Anton und Donat Herrnsfeld

in den Hauptrollen.

Anfang 8 Uhr.

Vorberf. 11-12 Uhr, Theaterkasse.

Sonnabend, den 4. November:

Premiere der Novität:

Familiengag

im Hause Prellstein.

Romödie in 3 Akten von

Anton und Donat Herrnsfeld.

Vorverkauf für die Premiere: ab

heute an der Theaterkasse sowie

bei H. Wertheim und im „An-

nalienband“.

WINTERGARTEN

Heute

die in London an 1000 Abenden

mit großem Heiterkeitserfolge

gegebene Pantomime

Ein Abend in einem amerikanischen

Tingel-Tangel

Original-Aufführung

außerdem

Guerrero, span. Tänzerin. Artols,

Rockkünstler. Amans, Mimiker.

Harndins, Wundersterne. Colls de

Lessé, Drahtseilakt. Mardor, Gold-

amazonen. In Japan, Ballett. Moore,

engl. Sängerin. Collins und Hart,

Excentriks. Die mysteriösen Husaren.

Biograph.

Colosseum

Treddeuerstraße 97.

Humoristische

Spezialitäten

16 u. a.: Bendix.

Litke Carlsen.

Wally Walborg.

La Perle, die deutsche Zäuber.

Heute: Berliner Soubrette

Trudy Truth

15 Jahre alt.

Debüt des populärsten schächischen

Humoristen

Neumann-Bliemchen.

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder

Platz 40 Pf. Ein Kind frei!

Sevierververteilung.

Am Konzertsaal 2 Kapellen

(Schrammeln), Naturfänger,

Ungarn. — Wochent. 8 Uhr. Sonn-

u. Feiertags ab 3 Uhr. Jede 1 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Kin. v. S. S. S. S.

Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Letzter Tag d. Oktoberprogramms.

Darton Brothers.

Marion und Millo,

Der Zentral-Wahlverein für Teltow-Greschow-Storkow-Charlottenburg

Hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Sie fand im Hoppeschen Saale in Nixdorf statt. Anwesend waren 81 Delegierte aus 80 Orten sowie 11 Funktionäre. 6 Orte des Kreises waren nicht vertreten.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung:

Die Neuorganisation Groß-Berlins.

Es handelt sich um die Beratung des Organisationsentwurfes, über den sich die sechs Berliner Wahlkreise bereits entschieden haben. Der Referent Wollermann berichtete über die Behandlung des Entwurfes in der Kommission und erläuterte der Reihe nach die einzelnen Paragraphen desselben. Von einer Generaldebatte nahm die Versammlung Abstand. Der grundlegende § 1 des Entwurfes wurde ohne Debatte gegen eine Stimme angenommen. Zum § 2 lag ein Antrag von Adlershof-Grünau vor, welcher sich gegen die Herausgabe eines Korrespondenzblattes durch den Verband wendete. Zur Begründung dieses Antrages wurde ausgeführt: Die Mitteilungen, die im Korrespondenzblatt gebracht werden sollen, könnten besser durch den „Vorwärts“ verbreitet werden, so kämen sie gleichzeitig zur Kenntnis aller Mitglieder, während das Korrespondenzblatt nur den Funktionären zugestellt werden sollte. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß das Korrespondenzblatt mit der Zeit aus einem bloßen Mitteilungsblatt zu einem Lammleib der Ansichten der Funktionäre werden könnte. — Die Versammlung nahm den Antrag Adlershof-Grünau an.

§ 3 bestimmt, daß der Verbandsvorstand aus 45 Mitgliedern bestehen soll. Hierzu wird von Adlershof beantragt, den Vorstand aus 48 Mitgliedern zusammensetzen, und zwar derart, daß jeder der 8 Wahlkreise 6 Vorstandsmitglieder stellt. — Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein von Nixdorf gestellter Antrag, wonach der Verwaltung- und Aktionsausschuß aus 15 Mitgliedern bestehen soll, während der Entwurf 14 Mitglieder vorsieht. Die §§ 3 und 4 wurden unverändert angenommen.

§ 5 bestimmt, daß jeder Kreiswahlverein auf je 50 seiner Mitglieder einen Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes zu senden hat. — Hierzu lagen mehrere Anträge vor, welche die Vertretung der einzelnen Kreise anders regeln wollen. Die Versammlung nahm einen Antrag Schöneberg an. Derselbe lautet: Wahlkreise mit weniger als 1000 Mitgliedern entsenden 10 Delegierte, solche mit 1000—2000 Mitgliedern 20 Delegierte, und Kreise, die mehr als 2000 Mitglieder haben, können für jede weiteren 200 Mitglieder einen weiteren Delegierten entsenden. — Die übrigen Bestimmungen des § 5 wurden ohne Änderung angenommen mit Ausnahme des letzten Absatzes, in dem statt „Korrespondenzblatt“ „Vorwärts“ gesetzt wird. — Zum § 7 wurde eine Änderung beschlossen, welche besagt, daß die Art der Bezirkseinteilung den einzelnen Kreiswahlvereinen überlassen bleibt. (Der Entwurf will, daß sich die Bezirkseinteilung an die Reichstags-Wahlbezirke anlehnt.) § 10 soll nach dem Beschluß der Versammlung dahin geändert werden, daß an die Stelle des Korrespondenzblattes der „Vorwärts“ tritt. Die übrigen Paragraphen fanden unveränderte Annahme, dann wurde das Statut mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Da die Delegierten zur konstituierenden Generalversammlung von Groß-Berlin in der gegenwärtigen Versammlung noch nicht gewählt werden können, so beschloß die Versammlung, daß sich der Wahlkreis grundsätzlich für den Beitritt zu dem Verbande von Groß-Berlin erklärt, ohne Rücksicht auf das Schicksal der hier angenommenen Änderungen des Entwurfes. Dem Vorstände in Gemeinschaft mit den Funktionären soll es überlassen bleiben, zu bestimmen, in welcher Form die Delegation zur konstituierenden Generalversammlung gewählt werden soll.

Eine Kommission, bestehend aus den Genossen Waacke, Jubeil, Wehler und Thiel wurde eingesetzt und ihr der Auftrag erteilt, das Statut des Kreiswahlvereins der Neuorganisation entsprechend umzuarbeiten.

Der Bericht über die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg erstattete Wollermann. Er gab einen kurzen Überblick über die wichtigsten Verhandlungsgegenstände. Unter anderem bemerkte der Redner, wenn Stadthagen glaube, der erste politische Massenstreik werde ein Streik der Landarbeiter sein, so kenne Stadthagen in dieser Hinsicht die ländlichen Verhältnisse nicht. In einem Massenstreik der Landarbeiter sei nicht zu denken. Der Redner bedauerte die Ablehnung des Nixdorfer Antrages, die Einrichtung einer Zentralstelle für kommunale Angelegenheiten betreffend. Der Antrag sei von großer Bedeutung, er werde gelegentlich in Groß-Berlin aufs neue gestellt werden. Im allgemeinen erklärte sich der Referent durch die Konferenz nicht befriedigt. Besonders rügte er die Wahl des Lokals, die einen frühzeitigen übereilten Schluß der Konferenz nötig machte.

Dem Bericht folgte eine kurze Aussprache, dann wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Generalversammlung erklärt sich mit den Ergebnissen und Verhandlungen der Provinzialkonferenz in keiner Weise zufrieden. Sie erwartet, daß die Agitationskommission dafür sorgt, daß zukünftig die Verhandlungen in würdiger Weise zum Abschluß geführt werden können.“

Bei dem nun folgenden Punkt der Tagesordnung: „Anträge“ wurde dem Antrage des Vorstandes gemäß beschloffen, dem Parteivorstand 5000 M. zu überweisen. — Ein aus der Versammlung gestellter Antrag besagt, vorwärtsstrebenden Mitgliedern können die Kosten des Besuchs der Arbeiter-Bildungsschule aus Vereinskassensmitteln gewährt werden. Dieser Antrag wurde dem Vorstande überwiesen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung lautete: Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre.

Der Vorsitzende Girsch bemerkte: Der Vorstand hat keine Mitteilungen zu machen. Wir kommen zu den Funktionären, zunächst zum Vertreter der Prehkommision. Hierzu ist eine Resolution eingegangen. Sie lautet:

„Die Generalversammlung erkennt an, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Prehkommision nach § 23 des Organisationsstatuts das Recht hat, über Entlassungen und Neueinstellungen von Redakteuren des „Vorwärts“ zu entscheiden. Aber es widerspricht den bisherigen Gepflogenheiten in der Partei ebenso wie den demokratischen Grundsätzen und den gewerkschaftlichen Forderungen, daß derartige schwerwiegende Fragen in einem geheimen Verfahren ohne Anhörung der Beteiligten und unter Umgehung der Parteigenossen von Berlin und Umgebung erledigt werden. — Die Generalversammlung verlangt sofortigen Aufschluß über den Gang der Sache durch Veröffentlichung des gesamten Aktenmaterials ohne Veränderungen und Auszüge im „Vorwärts“.“

Südekum, Jubeil. Hoppe als Vertreter der Prehkommision bemerkte, selbstverständlich werde über die Angelegenheit der „Vorwärts“-Redakteure durch den Parteivorstand Aufklärung gegeben werden und zwar vielleicht schon in der Dienstag-Nummer des „Vorwärts“. In der Angelegenheit selbst könne er, der Redner, nichts sagen, weil er den betreffenden Sitzungen nicht beiwohnte.

Südekum begründete die Resolution. Wir seien alle der Meinung, daß durch die Verhandlungen in Jena die Verhältnisse im „Vorwärts“ geregelt und Frieden in der Partei geschaffen sei. Entrüstung müsse es deshalb hervorrufen, daß sich jetzt hinter dem Rücken der beteiligten Genossen in der „Vorwärts“-Redaktion Dinge

abgespielt haben, die sich zu einem Skandal auswachsen. (Sehr richtig!) Offen und ehrlich, Auge in Auge hätte man mit denen verhandeln müssen, um deren Geschick es sich drehte. (Sehr richtig!) Nach Jena hätte niemand erwarten können, daß durchgehende Änderungen in der Redaktion des „Vorwärts“ vorgenommen werden sollten, denn die Verhältnisse in der Redaktion seien so geordnet worden, daß ein gebrüchliches Zusammenarbeiten aller Redakteure möglich war. Wenn nun trotzdem die Berliner Genossen der Meinung sein sollten, daß Änderungen in der Redaktion nötig seien, so sei es ja das gute Recht des Parteivorstandes und der Prehkommision, Änderungen vorzunehmen. Aber die Form, in der das geschah, müsse entschieden verurteilt werden. — Wenn man die Redakteure, die man entlassen will, gar nicht anhört, ihnen nicht die Gründe sagt, weshalb man sie nicht mehr behalten will, dann erniedrigt man die Redakteure als Schreibkulis. Dagegen müsse entschieden protestiert werden.

Wollermann beantragte Uebergang zur Tagesordnung, weil die Verhandlung auf Grund einseitiger Aufklärung keine Entscheidung treffen könne.

Wehler besprach in längerer Rede die Angelegenheit, wie sie in der Hauptsache durch die beteiligten Redakteure im „Vorwärts“ dargestellt worden ist. Er würde sich wie ein erbärmlicher Nichtvorkommener, wenn er sich die hundertfältige Behandlung, die den Redakteuren zuteil geworden ist, gefallen ließe. Nach dem Parteitage sei den Redakteuren von den Genossen Wehler und Singer ausdrücklich gesagt worden, daß keine Änderungen in der Redaktion vorgenommen werden sollten. Trotzdem seien dann in geheimen Sitzungen mit Schweigeverbot Änderungen beraten worden, wovon die beteiligten Redakteure erst erfuhren, als die Beratungen schon ziemlich zum Abschluß gekommen waren. Das Vorgehen gegen die Redakteure sei schon vor dem Parteitage geplant gewesen. — Das schlimmste, was gegen die Redakteure unternommen wurde, sei der leute Vorgang: der Verzicht auf ihre fernere Tätigkeit. Erst aus dem „Vorwärts“ habe er, der Redner, erfahren, daß er am Montag nicht mehr in der Redaktion arbeiten dürfe. Den Brief, worin ihm das mitgeteilt wird, habe er erst später erhalten. Also wie Hausdiener, die Unterschlagungen begangen haben, seien die Redakteure hinausgewiesen worden. — Daß der Kündigung keine sachlichen Differenzen zugrunde lagen, das sei ihm, dem Redner, klar geworden, als er die Namen der Nachfolger der entlassenen Redakteure kennen lernte. Düwelle sei gewiß ein tüchtiger und kenntnisreicher Parteigenosse. Er habe aber zum Vergarbeiterstreik eine Haltung eingenommen und öffentlich vertreten, die im Gegensatz stand zu der Haltung, welche der „Vorwärts“ in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Gewerkschaftspreßzeitschrift „Vergarbeiterstreik“, besonders zur Zeit des Vergarbeiter-Verbandes, eingenommen habe. Düwelle sei der Führer der Opposition gegen den Vergarbeiter-Verband gewesen, er habe auch dem „Vorwärts“ einen Artikel in dieser Angelegenheit gesandt. Redner, in dessen Ressort dieser Artikel gehörte, habe seine abweichende Meinung dem Genossen Düwelle in einem Privatbriefe mitgeteilt und darin auch gesagt, wie seien noch nicht so weit, daß wir die christlichen Arbeiter gegen ihre Führer ausspielen können. Diesen Brief habe Düwelle veröffentlicht und so dem Zentrum gezeigt, wie ein Redakteur des „Vorwärts“ über die christlichen Arbeiter denkt. Das alles sei dem Parteivorstande bekannt, und doch sei Düwelle der Mann, den der Parteivorstand als Nachfolger der Entlassenen auszuwählen habe. — Zum Schluß bemerkte der Redner, die Redakteure wollen nicht, daß ihre Kündigung rückgängig gemacht wird. Die Erörterung dieser Angelegenheit solle nur dazu dienen, daß das gegen sie eingeschlagene Verfahren als unwürdig bezeichnet werde. Wir protestieren dagegen, daß Redakteure des „Vorwärts“ zu Tintenfüßli herabgewürdigt werden, die man nicht einmal anhört.

Der Vorsitzende verlas folgenden Antrag:

„Die Generalversammlung hat Kenntnis genommen von der Angelegenheit der „Vorwärts“-Redakteure, sie sieht aber auf dem Standpunkt, nicht eher ein endgültiges Urteil abgeben zu können, als bis der Parteivorstand seine Denkschrift veröffentlicht hat, da sie sonst nur ein einseitiges Urteil abgeben könnte.“

Jubeil: Nach den Vorgängen, die sich im „Vorwärts“ abgespielt haben, kann man nicht wissen, ob ein Angestellter des „Vorwärts“ noch öffentlich seine Meinung sagen darf. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt der „Vorwärts“-Redaktion, mit ihrer Haltung in politischen und Parteifragen bin ich oft nicht einverstanden gewesen; aber was sich nach dem Jenaer Parteitage abgespielt hat, das kann ich nicht billigen. Wir können nicht zugeben, daß der Parteivorstand den Redakteuren gegenüber den Herrenstandpunkt herauskehrt. Was sollen wir sagen, wenn uns die Gegner bei unserer Agitation auf dem Lande diesen Standpunkt vorhalten. Die Verhandlung der Angelegenheit in geheimen Sitzungen mit Schweigeverbot ist zu verurteilen, ebenso, daß man den Redakteuren verbot, Preßstimmen über den Konflikt zu bringen. Mit der Entlassung der Redakteure können wir uns nicht einverstanden erklären. So behandelt man nicht einmal den gewöhnlichsten Lohnsklaven.

Wölke wandte sich dagegen, daß die Angelegenheit hier so ausführlich behandelt werde, ehe man noch die andere Seite, den Parteivorstand, gehört habe. Diese Erörterungen würden der gegnerischen Presse Material bieten. Die Parteigenossen, die nicht Angehörige des „Vorwärts“ sind, hätten auch ihre Meinung, und die gehe dahin, daß der „Vorwärts“ nicht der Redakteure wegen, sondern der Genossen wegen da sei. Schon oft hätten die Parteigenossen erklärt, daß sie die Haltung der Redaktion nicht billigen. Auf dem Parteitage sei die „Vorwärts“-Angelegenheit nur verhandelt worden. Der Parteitag hätte volle Aufklärung verlangen müssen, dann wäre die Wendung der Dinge vielleicht eine andere gewesen. Vielleicht werde es noch möglich sein, den Konflikt friedlich beizulegen.

Geherdt verteidigte den Parteivorstand gegen die Angriffe der Redner. Die Partei sei geschädigt worden durch die Redakteure, die durch ihre Klugheit in die Öffentlichkeit diese Erörterungen hervorgerufen haben. Wenn die Parteigenossen gerecht sein wollen, müssen sie beide Seiten hören.

Girsch erklärte sich gleichfalls gegen das Vorgehen des Parteivorstandes. Nicht um Interessen der Angestellten, sondern um Interessen der Partei handle es sich, und deshalb müsse gegen die Behandlung der Redakteure durch den Parteivorstand Verwahrung eingelegt werden. In der Sitzung, welche die Kündigung der sechs Redakteure anzunehmen beschloß, habe Redner gegen diesen Beschluß gestimmt. In jener Sitzung habe Jubeil beantragt, nochmal mit den Redakteuren zu verhandeln, der Antrag sei abgelehnt worden, ebenso ein anderer Antrag, welcher verlangte, daß die Angelegenheit den Kreisen vorgelegt werde. Wenn man am Montag, dem Tage der Sitzung, mit den Redakteuren verhandelt hätte, dann wäre die Kündigung — davon sei er, Redner, überzeugt — zurückgenommen. Einen Fehler hätten die Redakteure gemacht, indem sie ihre Kündigung veröffentlichten, aber der Parteivorstand und die Funktionäre hätten Dutzende von Fehlern gemacht. Es müsse getadelt werden, daß weder die Redakteure noch die Genossen in dieser Angelegenheit gehört worden sind.

Hoppe sagte unter anderem, die Sache schwebte schon seit Jahren. Schon lange seien die Berliner Genossen unzufrieden mit der Redaktion und ihre Meinung sei die: Schade, daß man nicht schon früher zugegriffen hat. Besonders Wehler habe durch sein sanftes Verhalten das Vertrauen der Berliner Genossen verschert. Redner erklärte sich mit dem Parteivorstand und der Prehkommision solidarisch.

Last sprach scharf gegen das Verhalten des Parteivorstandes. Hierauf erfolgte die Abstimmung. Die Resolution Wölke-

Bollermann wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt, die Resolution Südekum-Jubeil gegen 16 Stimmen angenommen.

Zu den sonstigen Angelegenheiten der Prehkommision wurde ein schon früher angenommener, aber von der Prehkommision noch nicht erledigter Antrag der Nixdorfer Genossen erneuert. Der Antrag fordert eine Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten in der Expedition.

Unter „Verschiebung“ erhielt Genosse Lehmann als Vertreter des Maurerverbandes das Wort. Er bezog sich auf Ausführungen, die Jubeil in der vorigen Generalversammlung gemacht hatte und die nach dem „Vorwärts“-Bericht dahin gehen, daß die organisierten Maurer in einigen Orten des Kreises in gesperrten Lokalen verbleiben und der Partei bei Erhaltung von Versammlungslokalen nicht behilflich seien. Lehmann führte unter Darlegung der Verhältnisse in den betreffenden Orten aus, daß das, was Jubeil den Maurern vorgeworfen habe, nicht zutrefte. Jubeil erwiderte darauf, der „Vorwärts“-Bericht gebe keine Ausführungen nicht zutreffend wieder. Im übrigen führte er Einzelheiten aus dem Kreise an, um darzutun, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht immer ihre Parteipflicht erfüllen. Wenn in der Erregung über diese Dinge mal ein Wort zu viel gesagt werde, solle man nicht gleich eine große Aktion daraus machen. Lehmann betonte nochmals, daß den Maurern solche Vorwürfe nicht gemacht werden könnten, sie ließen sich die politische Aufklärung ihrer Kollegen jederzeit angelegen sein.

Aus der Frauenbewegung.

Erklärung.

Auf der letzten Generalversammlung des Verbandes der radikalen Frauenrechtlerinnen in Berlin hat Fräulein Christmann-Röhm behauptet:

Die sozialdemokratischen Frauen seien zu ihr gekommen und hätten sie gebeten, sie zu lehren, wie man ein Referat halte.

Im Namen der sozialdemokratischen Frauen Röhm erklären die Unterzeichneten dies als eine Unwahrheit. Die Dinge verhalten sich umgekehrt. Fräulein Christmann hat den Genossinnen angeboten, die Leitung eines Rednerkursus zu übernehmen und ein Referat zu halten. Die Genossinnen haben dies Anerbieten aber abgelehnt.

Frau Rosa Wolf, Frau M. Jaffe, Frau Ska.

Christlicher Jorn. Bei der Gewerbegerichtswahl in Neustich siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit erheblicher Majorität und zwar haben die Genossinnen, die sich stark an der Wahl beteiligten, zu dem Siege beigetragen. Darüber erbosen sich die Christen. Der Herr verzehle ihnen.

Der unsittliche Brunnen. In Karlsruhe haben Kunstbananen sich über einen dort errichteten Brunnen entsetzt, weil die an demselben angebrachten nackten Menschen — das Sittlichkeitsgefühl verletzte. Sogar eine Petition an den Magistrat hat man verbrochen. Dazu schreibt eine Frau unserem dortigen Partei-Organ:

„Es empört uns, daß diese Petition von Weibern angelegt, die eine tiefere Kunstanschauung nicht kennen. Sie betrachten nur die Zusammenstellung der Männerporträts mit der nackten Frauengestalt und belästigen mit ihren unreinen Phantasien hiesige Einwohner, die mit der Redaktion des „Volksfreund“ der Ansicht sind, daß diese nackte Frauengestalt das eigentliche Kunstwerk des Brunnens repräsentiert.“

Es empört besonders uns Mütter, daß man in unsere Kinder schon frühzeitig eine gewisse Abscheu vor dem erhabenen Werke der Schöpfung des Weibes hineinspielt und die gesunde Naturlichkeit und echte Sittlichkeit dadurch untergräbt. Wir sehen darin einen Ausfluß jener künstlichen Erziehung und Unterweisung, die das Produkt einer falschen Erziehung ist und die da wähnt, das Anstands- und Schamgefühl dann zu stärken, wenn alles rein Menschliche und Geschlechtliche aus der Kunst und von den Kunstbananen verdrängt.

Wir erwarten vom berechtigten Stadtrat, daß er auf das Kunstinteresse des großen Teils der Karlsruher Bevölkerung Rücksicht nimmt und die bairische Residenz nicht dem Hohn- und Spottgelächter aller wahren Kunstfreunde preisgibt.

Wir raten schließlich diesen empörten Jungfrauen und Müttern, sich event. der Schutzbrillen beim Passieren des Ludwigsplatzes zu bedienen und den feuchtnen Blick nur auf die Männerporträts zu richten, die nackte Frauengestalt aber mit schweigender Verachtung zu strafen. Sondern die Erfahrung zu machen wäre, daß der Brunnen am Ludwigsplatz in dem Augenblick seine Zugkraft einbüßt, wenn man eine dieser Damen in Bronze oder Erz gießen und in Glastroßium dastellen könnte.“

Für Zuziehung der Frau in der kommunalen Verwaltung plädiert eine Genossin in der „M. Bg.“ Sie sagt unter anderem: „Die Frauen sind in ihren häuslichen, beruflichen und sozialen Interessen von der guten oder schlechten Verwaltung der Gemeindegeldern ebenso abhängig und darum ebenso interessiert wie die Männer. Die Aufgaben der kommunalen Verwaltung liegen der Fassungskraft und Urteilsfähigkeit der Frauen nicht fern, wie der der Männer. Die Frau ist im allgemeinen praktischer wie der Mann, überhaupt da, wo es das weibliche Geschlecht angeht. Nicht nur in der Armen- und Waisenspflege ist sie entschieden brauchbarer und warmerziger; auch in den Fragen des Mädchenkulturbesens, der Mädchenfortbildung, der Wohnungsfrage, der häuslichen Hygiene, der Säuglingsfürsorge, der Wäscherinnenunterstützung, des Gebarmutterwesens ist sie der eigentliche Sachverständige und Praktiker. Darum ist es zu bedauern, daß die Frauennarbeit in der Gemeindeverwaltung nicht recht vom Fied kommen will; daß die Frauen erst um etwas kämpfen müssen, was die Fürsicht der männlichen Kommunalpolitiker und Gemeindebehörden ihnen auf dem Präsentierteller mit größter Freewilligkeit entgegenbringen sollte; daß die Männerwelt Besorgnisse um die etwaige Verdrängung ihres „natürlichen“ und durch den Wohnortszug geheiligteten Machtbereiches hegt, wo sie sich doch die eigene Arbeit unter Heranziehung der Frauen erleichtern und sie sachgemäß vertiefen und lehrreicher gestalten könnte.“

Wenn in den Kommunalverwaltungen weniger Klientelwirtschaft getrieben würde, wenn das allgemeine Wohl Grundlag wäre, dann möchte natürlich auch die Frau bei der Verwaltung mitwirken, aber die Gesellschaft, die an dem Klassenwahlrecht zäh festhält, wird sich hüten, der berechtigten Forderung stattzugeben. Trotzdem, oder gerade darin soll und muß die Frau energisch für den Sieg des Sozialismus, der allein ihr die volle Gleichberechtigung zugesichert, eintreten.

Sie sind für teure Milch! Unsere Genossinnen in Bant sind an der Arbeit, eine Herabsetzung der teuren Milchpreise zu erzielen. Der dortige Frauenverein, dessen Mitglieder den „Besseren“ Kreisen angehören, sehen darin wohl ein kostlosluzendes Verbrechen. In ihrer Not wenden sie sich an das dortige „Tageblatt“ mit der Bitte, zu erklären, der Verein stände den bezüglichen Bestrebungen fern. Die Bantler Milchreferenten werden dem Frauenverein nur wohl ein Ehrendiplom berechnen.

Wasserhand am 28. Oktober. Höhe bei Hüllig + 0,36 Meter, bei Dresden — 1,00 Meter, bei Waghau + 2,07 Meter. — Unkraut bei Stranitz + 1,45 Meter. — Ober bei Rathor + 1,98 Meter, bei Dresden Obersteig + 5,02 Meter, bei Dresden Untersteig — 1,18 Meter, bei Frankfurt + 1,88 Meter. — Weichsel bei Waghauhöhe + 2,05 Meter. — Warthe bei Wosen — — Meter. — Wege bei

Uff — — Meter.

6. Wahlkreis!

Dienstag, den 31. Oktober, abends 8¹/₂ Uhr:
Zwei öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen!

Für den **33. Bezirk** in den **Berolina-Sälen**, Schönhauser Allee 28.
 Referent: Redakteur Paul John.

Für den **38., 40. und 46. Bezirk** im **Kolberger Salon**, Kolbergerstraße 23.
 Referent: Stadtverordneter Paul Singer.

Tages-Ordnung:

1. Der Berliner Kommunal-Freisinn. 2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Die Einberufer.

20. und 21. Kommunal-Wahlbezirk. (4. Kreis-Ost und 5. Kreis.)

Dienstag, 31. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Alhambra“, Wallnertheaterstr. 15:

Wähler-Versammlung.

262/14

Tages-Ordnung:

Sozialdemokratie und Stadtverwaltung. Referent: H. Schubert.
 2. Diskussion. Das Komitee.

26. u. 27. Kommunal-Wahlbezirk 4. Kreis (Ost) und 5. Kreis.

Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, in der Brancvei Böhm, Prenzlauer Allee:

Öffentliche Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: Sozialdemokratie und Stadtverwaltung.
 Referent: Stadtverordneter Hugo Seimann. Diskussion.

262/13*

Der Einberufer.

Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr:

Öffentliche

Kommunalwähler-Versammlung

für den
30. Kommunal-Wahlbezirk (5. u. 6. Wahlkreis)
 in **Fiebigs Borussia-Sälen**, Ackerstr. 6/7 (Hof).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Dr. Weyl:
 „Die Herren im roten Hause.“

2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Alle Wähler des 30. Kommunal-Wahlbezirks sind freundlichst eingeladen. Die Parteigenossen müssen erscheinen.
 Das Wahlkomitee.

266/2

II. Wahlkreis.

Mittwoch, den 1. November 1905, abends 8¹/₂ Uhr, bei Gohmann, Kreuzberg-Straße 48:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

„Unsere Kommunal-Verwaltung.“ Referent Genosse Dr. Alfred Bernstein.

Frauen haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee.

210/5

Humboldt-Akademie. Lehrstätte NO. (Königstadt.)

Beginn der 4 volkstümlichen Vortragsreihen am Mittwoch, 1. und Freitag, 3. November.
 Programm gratis und Reihenkarten a 50 Pf. im Bureau, Fr. Sensenhausers Buchhandlung, Alexanderstr. 37 a, bis 8¹/₂ Uhr abends — von da ab Einzelkarten bei dem Schuldirektor Voigt im Königstädtischen Realgymnasium.

Bardes Vereins-Säle.

Neue Königstraße 7.
 Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. Empfehle meine Säle für Versammlungen, Gewerkschaftsversammlungen und für Vereinsfeiern. Kulante Bedienung. Adolf Barde.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
 Vereins-Kränze, Palmen, u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden, etc. werden fein u. preiswert geliefert.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zement-Branche.
 Mittwoch, den 1. November cr., abends 8¹/₂ Uhr:
 Zwei Gruppen-Versammlungen.

Die Versammlung der **Rabitzputzer** und **Putzträger** findet im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal 7, statt.

Die Versammlung der **Rabitzspanner** wird im Lokal von **Jannaschk**, Insektstraße 10, abgehalten.

Die Tagesordnung in beiden Versammlungen lautet:

1. Welche Lehren ziehen wir aus der sechsten beendeten Lohnbewegung?
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Gruppenvorstände.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
 Sonnabend, den 11. November 1905, in L. Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 29:

Herbst-fest.

In der Hafenschenke.

Kolossal-, Gegenwarts-, Land- und Wasser-Komödie.
 Billets: Damen 50 Pf., Herren 75 Pf. (inkl. Lang) sind zu haben bei D. Misbach (Bureau der Bildhauer), Engel-Ufer 15, III; F. Sellan, Eisenbahnstr. 9, III; D. Noack, Restaurant, Ruslanerstr. 12, sowie in der Generalversammlung am 9. November im Gewerkschaftshaus, Saal I.
 Das Vergütungskomitee.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Die 10. Abänderung zum Statut betreffend Gewährung eines Krankenhauses - Zuschusses an unterhaltene Kassenmitglieder ist genehmigt und tritt am 1. November d. J. in Kraft.
 Druckexemplare dieser Abänderung werden im Kassenlokal ausgegeben.
 Berlin, den 30. Oktober 1905.
 Der Vorstand.

Selowsky's
„Bolero“
 feinste
2 Pfg.
 Zigarette.
 Gesetzlich geschützt!
 Nur Handarbeit!
 4830L*

Gänsefedern 60 Pf.
 pr. Pfund (größere zum Reizen).
 Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen III 1,50,
 füllfertiger Gänseputz III 2,00,
 besserer Gänsehaldabaun III 2,50,
 3,00, beste Schwemweige III 3,50,
 russische Daunen III 3,50, weiße böhm. Daunen III 5,00, er-
 raffene Federn III 1,50, 2,00,
 2,50, Prima gefüllene III 3,00,
 3,50, Versand gegen Nachnahme.
 Gustav Lustig, Berlin S.,
 Erste Weißfedernfabrik m. elektr. Betrieb. Diale Anrechnungsschein.

Das Ätostio
Rester-Geschäft
 des S.-O. von 4462*
Wilh. Mühlbach
 empfiehlt Rester von Mädchen, Krimmer, Göttinger zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
 Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Steppdecken
Gelegenheitskauf!
 Bunt Kattun Ersatz f. 2,85
 Deckbett
 Similiseide in den Farben 4,85 6,75
 rot, blau, oliv 5,25 7,50
 Wellatlas
 Bunte Normal-Schlafdecken 1,50 2,50 3,50
 Wolldecken ganz dick 3,00 4,00
 fehlerhaft
 Spezial-Haus **Emil Lefèvre**,
 Oranienstraße 158, Berlin S.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. 95/20

Mittwoch, den 1. November, abends 8¹/₂ Uhr:

Vertrauensmännerversammlungen:

Osten I, Osten II: bei **Littin** (Gesellschaftshaus „Ostend“), Niemelerstr. 67.

Nordosten: bei **Mann**, Straußbergerstr. 3.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: bei **Habel**, Bergmannstr. 5-7.

Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Süden: bei **Gillesing**, Wassertorstr. 68.

Tagesordnung: 1. Bericht über die statistische Aufnahme. 2. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 3. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten.
 Der Obmann.

Südosten: bei **Muss**, Mantenselstr. 95.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen von **Bormann**, Admiralstr. 18b, werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Bezirk Friedrichsberg: bei **Wildner**, Friedrichsstraße 11.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Obmann. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Bautischler.

Bezirk Schönhauser u. Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbrunnen bei **Wasterhagen**, Koppenhagenstraße 71.

Bezirk Wedding und Moabit bei **Fortanier**, Tegelerstraße 56.

Osten I u. II, Nordosten, Friedrichsberg, Stralauer Rummelsburg u. Friedrichsfelde bei **Zietz**, Warschauerstr. 61.

Bezirk Süden, Südosten, Südwesten u. Westen bei **Möhring**, Admiralstraße 98c.

Tagesordnung: Bericht der Kontrollkommission, Branchenangelegenheit, Verbandsangelegenheit, Verschiedenes.

Sämtliche Kommissionsmitglieder der einzelnen Bezirke haben an den Vertrauensmännerversammlungen teilzunehmen.
 Die Branchen-Leiter.

Musikinstrumenten-Arbeiter

im Gewerkschaftshaus, Saal V.

Tagesordnung: 1. Werkstattkreis und Differenzen in unserem Beruf. 2. Bericht der Kommission. 3. Branchenangelegenheit und Verschiedenes.

Jede Fabrik muß vertreten sein.
 Die Branchenkommission.

Modell- u. Fabriktschler, Modelldrehfleser

bei **Wiesenthal**, Ackerstraße 123.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
 Die Kommission.

Stellmacher

bei **Wohlfahrt**, Rosenthalerstr. 57.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Möbelpolierer.

für **Osten** bei **Rudat**, Blumenstraße 38.

für **Südosten** bei **Schulz**, Stallherstraße 22.

für **Norden** bei **Maach**, Brunnenstraße 96.

Jede Werkstelle hat die Pflicht, vertreten zu sein. Der Obmann.

Drehfleser und Treppengeländerbranche.

Osten: bei **Bark**, Köpenickerstraße 41.

Norden: bei **Bergmann**, Brunnenstr. 79.

Südosten und Westen: bei **Stramm**, Ritterstraße 123.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Tischlereien beschäftigten Drehfleser haben einen Delegierten zu entsenden. Aus Treppengeländer-Werkstellen ist aus jeder Branche ein Delegierter zu entsenden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Compt.-Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9670.

Arbeitsnachweis Zimmer 31, Amt IV, 9353.

Mittwoch, den 1. November, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 7:

Versammlung der Drahtarbeiter

Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Welche Lehren ziehen wir aus dem Kampfe in der Elektro-Industrie?
 Referent: Kollege **Behrend**. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 31. Oktober 1905, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 3:

Öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Krankenkassenversicherungsgesetz“. Referent: Genosse **Poesenecker**.

2. Diskussion.

3. Beschlußfassung über die Kandidaten zu den Delegiertenwahlen der hiesigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Ausschuß

der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

S. U.: Otto Flomming, Schillerstr. 71.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Mittwoch, den 1. November
finden im **Böhmischen Brauhause**, Landsberger Allee 11/13, und
Donnerstag, den 2. November
im großen Saale der **Berliner Bockbrauerei**, Tempelhofer Berg, zwei weitere

Vortragsabende

statt. Zum Vortrag gelangt:
„Die Hauptströmungen der modernen Malerei in Deutschland“,
Gr. Projektionsvortrag mit vielen z. T. farbigen Lichtbildern von **Dr. Alfred Koeppen**.
Anfang pr. 8 1/2 Uhr. Anfang pr. 8 1/2 Uhr.
An diesen beiden Abenden können die Mitglieder auch ihre Frauen mitbringen.
Die nächste Vereinsversammlung findet Donnerstag, den 9. November, statt.

Der Gauvorstand.

Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittentolberstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Friz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Bengels, Frankfurter Allee 79. — **SO.:** Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Bucht, Reibelstraße 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Monbit):** Karl Anders, Solmsdelferstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Böhke, Bienenstraße 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Rasche, Adlerstr. 26, Eingang Anklamersstr. — **Gesundbrunnen:** F. Trapp, Köpenickerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Köpenickerstr. 123. — **Alt-Gliencke:** Reinhold Schulz, Rudowerstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Schanzberg, Seidenweberstr. 1, Ecke Goethestr., v. l. — **Wilmersdorf:** Georg Reese, Berlinerstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau, und Rummelsburg:** Otto Seiffel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — **Grünau:** F. Blüme, Viktorstr. 2. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Ring Landjochstraße 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Tunostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Dänntler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Otto Ränger, Deulstraße 4, II. — **Nieder-Schöneweide:** Sonatow 813, Haffelwerderstr. 14. — **Johannisthal:** Franz Hünold, Wilmersstr. 7. — **Adlershof:** F. Schmidt, Wilmersstr. 2, I. — **Königs-Wusterhausen:** R. Diele, Berlinerstr. 19. — **Köpenick:** Friedrich Bold, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz:** D. Bernsee, Schloßstraße 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** D. Rohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhale, Ahornstraße 15a. — **Marionendorf:** Hermann Reichardt, Chauffeestraße 16. — **Baumschulenweg:** Stod. Grünstr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Glienstr. 37, vorn III. — **Neu-Weißensee:** B. Reise, Sedanstr. 53, part. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** F. Gurth, Preussingstraße 108, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rieck, Bergstraße, Schubertstraße 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwaldt, Moritzstr. 66. — **Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage:** Wilms Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — **Teltow:** Hermann Krüger, Reineckstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Röhden, Jagowstr. 9.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 Lindenstr. 69, Laden.

Gute Bücher zu billigen Preisen zu erwerben ist jetzt Gelegenheit.
Wir liefern:
Die französische Revolution von 1789 bis 1804.
Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände von B. Blos . . . anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
Geschichte der französischen Revolution von 1848
und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von R. Göttinger . . . anstatt 6,50 M. jetzt 5.— M.
Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.
Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von B. Blos . . . anstatt 5,70 M. jetzt 5.— M.
Der Mensch und seine Rassen von B. Langhabel anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
Die Geschichte der Erde von R. Sommel anstatt 5,90 M. jetzt 5.— M.
Die Pflanzenwelt von R. Sommel anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
Die Tierwelt von R. Sommel anstatt 7,10 M. jetzt 5.— M.
Die Wunder des Kosmos populär dargestellt v. D. Röhler anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
Weltschöpfung und Weltuntergang populär dargestellt von D. Röhler anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.
Sämtliche Bücher sind in Prachtgebänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und vielen farbigen Tafeln veranschaulicht und erleuchtet.

Beste Betten-Füllung:

Echt chinesische
Monopoldaunen
(gesetzl. geschützt) Pfund M. 2.85.

Erste Bettfedernfabrik
mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 45 und 46.

Größtes Spezialgeschäft
Deutschlands für
Betten, Bettfedern
und andere Bettartikel.

Ein grosser Posten Metallbettstellen

mit Zugfeder-Matratzen



106 x 203 cm mtr.
83 mm starken
Pfosten, oberen
Messingstangen,
Messingbocken,
Messingkugeln
und Messingver-
sicherungen über
den Federrollen

zum Ausnahmepreise von M. **36**
früher 55; es sind nur noch 60 Stk. davon auf Lager.
Aehnliche Metallbettstelle, 90 x 190 cm
mit 83 mm stark. Pfosten, Messing-Stangen
-Glocken und -Kugeln M. **30**

Grosses Lager
anderer Metallbettstellen, Matratzen,
Bett- u. Steppdecken, Schlafdecken.

Daunensteppdecken

von seidenähnlichem, einfarbigem Satin
mit federfreien Daunen in divers. Murrern.
Stoffgrösse 160 x 210 cm M. **26.**

Bettwäsche.

Als besonders preiswert:
Dimitibezüge
Oberbett 190 x 200 cm } M. 5.30
2 Kissen 82 x 84 cm }
Zum Schnüren und Knöpfen.

Damastbezüge
Oberbett 190 x 200 cm } M. 6.40
2 Kissen 82 x 84 cm }
Zum Schnüren oder Knöpfen.

Inlette

fertig und vom Stück zu gleichen Preisen.



Josetti Cigaretten

Erstklassige deutsche Fabrikate.

PROBLEM

Beste deutsche Fabrikate
überbieten Importen
überall zu haben.

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Orts- u. Hülfen-Krankenhefen
Berlin C.,
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit stahl-
ten Belotten, angenehm und weich
am Körper. 44622

Das größte Brot für 50 Pf.
Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
Wrangeistr. 135, Kranzstraße 19,
Faldenfeinstr. 28, Kaufmänn. 2,
Markthalle Bäckerstr., Stand 222/23,
Markthalle Andreasstr., Stand 16/18,
Zentrale: Vogthagenstr. 13.

Englischer Garten,
Alexander-Strasse 27c.
Habe noch Sommabende zu
Vergütungen zu vergeben.
Max Quisser.

fordern Sie beim Einkauf ausdrücklich
Dänischen
Kapitän-Kau-Tabak
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe ent-
schieden am besten schmeckt.
Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:
„Dänischer Kapitän-Kautabak“
= = = = =
Alleinverkauf: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Größtes Lager aller gangbaren Zigaretten-Marken.
Nordhäuser Kautabak.
Schnupf- und Rauchtobak engros.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

M. Schulmeister

Schneidermeister
Berlin SO., Dresdener-
straße 4,
am Kottbuser Cor.
Spezial-Haus
feiner
Herren- und Knaben-
Garderobe
fertig und nach Maß.



Elegante
Winter-Paletots von Mk. 18 50
an
Jackett-Anzüge . . . 17 50
Rock-Anzüge . . . 26 —
Gehrock-Anzüge . . . 32 50
Loden-Joppen . . . 6 —
Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
lieferer elegante, fertige
Herren-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1, I.
Direkt
am Bahnhof.
Kein Waren-Kredithaus.



Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kanntesten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen
Amt 4, 3014.

Die **Aussperrung** der
Dresdener Zigarettenarbeiter
hat die
Gründung der Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft
notwendig gemacht. 4888L*
Keine Unternehmerprofite! X Nur Handarbeit.
Vorzüglichste Qualität.
In allen Zigarrengeschäften zu haben.
Beste **2 Pf.- und 3 Pf.-Zigarette.**
Fabrikagor: Berlin SO., Köpenickerstr. 20a. Amt IV, 9460

Viele Eisenbahn-Unglücksfälle

sind in jüngster Zeit passiert, sie lassen vermuten, daß im Eisenbahnbetrieb manches nicht ist, wie es sein müßte. Ein Bahnbeamter hat in diesbezüglicher Weise seine Ergebnisse im Dienst niedergeschrieben, die für jedermann, der mit der Bahn zu tun hat, von

höchstem Interesse

sind. Das Buch ist beiliegend:

Die Garde vom flügelrad

206 Seiten brosch. 2.50, elegant gebunden 3.50.

Zu haben in allen Buchhandlungen oder direkt von Richard Safflers Verlag, Braunschweig.

Raucher

Rist-Isis beste 2-Pfennig-Zigarette

aus der Fabrik **Rist & Co., München.**

44897*

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im:

Bad Frankfurt

Gr. Frankfurterstraße 136.

Bade Berlin-Süd im:

Ritter-Bad

Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder

mit je 2 Handtuchhorn

0,75 Mk. (40 Minuten Badzeit)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Rheumatismus

leicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftwehe, nachschwinden bald durch äusserlichen Gebrauch von **Reichel's „Electricum“** (neuerliches Referringel-Waldbad 60). Einlaßes und umschichtiges Naturprodukt u. harter durchdringender sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.- u. 2.- Die Wirkung wird noch erhöht u. den inneren Gebrauch von Reichel's Wascheider-Extrakt, „Medica“, Fl. 75 Fl. 1.50, u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken erhältlich und zu beziehen durch **Otto Reichel, BERLIN 50, 43, Eisenbahnstr. 4.**

Krankenkassen

Lieferant für alle 47371*

Victoria-Bad Friedr. Wilhelms-Bad

Kottbusser Damm 75 Chausseestraße 81
vis-a-vis Hohenstaufenplatz vis-a-vis Lisenstraße
Amt IV 5152 Amt II 4496

Sämtliche Bäder. Auch für Damen täglich sämtliche Schwitz- und Massage-Bäder.

Jedes 5 Pfennig. Das erste Wort 10 Pfg. Wort mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrischem Anleit, zusammen 10,50, nur (Wandleiche) Andreasstraße 38. *

Wortraja-gelacktes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 8178*

Pommerisches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Laken, Stad 1,00, Wandleiche Andreasstraße 38. Elektrische nach Adern. 8188*

Wohnhaus Rüstenerplatz 7, billige Einfaßkasseler für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldschmuck, Porzellan, Teppichdecken, Gardinen, Dolben, Krüge etc. *

Teppiche! (schwebende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Schwan, Dadelstraße Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Betten, Tischdecken, Regulator, Gastromen, Bilder, Spiegel, spottbillig. Wohnhaus Grünerweg 113.

Winterpaletois, Remontraturen, Uhrketten spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113, früher Reanderstraße.

Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Portieren spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113. 50/7*

Wegen Wegzug muß ich mein Obst-, Gemüse- und Materialwaren-Geschäft mit Rolle und Dreirad sofort sehr billig verkaufen. Gleditschstr. 24.

Wie Winterüberzieher, Betten, auch andere Sachen spottbillig Wandleiche, Barnimstraße 6. 29158*

Möbelwerke, Leihgeschäften, Inventarstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlstraße 40, Große Frankfurterstraße 56. 9638*

Winterpaletois, Jackentanzüge, spottbillig Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Gehrockanzüge, spottbillig Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Joppen, spottbillig Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Herrenhosen, spottbillig Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Talschmützen, spottbillig Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Aussteueranzüge, spottbillig Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Bettentwurf, staunenerregend. Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Teppichdecken, Gardinenverkauf, staunenerregend. Wandleiche, Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Steppdecken, Bettinletts, staunenerregend. Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Tischdecken, staunenerregend. Weidenweg neuziehen. 435*

Winterpaletois, Lebenskleid. 435*

Steppdecken billig Jodrit Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Hochbornsche Herrenanzüge, Winterpaletois, feinsten Rohstoffen herstellend, 18-35,00, Herrenhosen 7-12,00. Täglich, auch Sonntagsverkauf. Deutsches Verbandshaus, Sägersstraße 63, 1 Trepp. 28845*

Zurückgelassene und verlehene gemene Möbel zum spottbilligen Preis. Kleiderkasten, Wäschebüchsen, Stühle, Säulenstramm, Ausziehtisch, Schlafsofa, Bettstellen, Küchenmöbel, Teppich, Portieren usw. Linienstraße 250, Hofparterre. 28168*

Ruhbaum-Wirtschaft, Küchenmöbel, Polsterarbeiten, wie neu, billig. Kantons, Brechtstraße 12, Da 3. Stock. 28798*

Betten, Stuhl, 11,00, zweifach 16 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, verleihe Uhren, spottbillig. Wandleiche, Grünerweg 113.

Wanod, billigste, größte Bezugsquelle feinsten Instrumente, Schmedien, Diese, gebrauchte 75,00, 150,00, neue 285,00. Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 9448*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 5908*

Teppiche mit Farbenfehlern Jodrit, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Brecher, Engel-Ufer 20.

Zigaretten-Geschäft zu verkaufen. Lin der Fischerbrücke 2. 29085*

Perrenhüte, Mützen, billigste Preise. Palm, Quinaker, Grünauerstraße 6. 418*

Richtigem Bauhandwerker verkaufe meine Baustellen N. bei geringer Anzahlung. Restantien Bauhandwerker! Vollamt 5. 29778*

Restaurations billig zu verkaufen, passend für Metallarbeiter, wegen Krankheit der Frau Neue Bahnhofsstraße 8, Bahnhof Stralau-Kummelsburg. 4131*

Restaurations verkauft Gleditsch, Frankfurter Allee 135. 438*

571 Rosenhallerstraße 571, Spezialhaus für Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffen Portieren, Teppiche, Bücher, Steppdecken, Gardinen, Dolben, Kissen, Bettdecken, Bonnes femmos, Briss-bisse etc. Gardinen-Zweig. Kein Laden. 25112*

Nach 10 Mark, wer an Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist, Postkarte erbeten. Brauer, Barshauerstraße 20. 438*

Kranienstraße 50, Aus meinem Habiträum und Keller verkaufe direkt an das Privatpublikum Möbel zu namend billigen Preisen. Ganze Einrichtungen schon von 150 Mark an. Wer sich verheiratet will oder sich Zimmer ergötzen möchte, kann in Saalfelds Möbelballe, Krautstraße 50, nachschauen. Kein Laden, daher die tollsten billigen Preise. 608*

Herrenanzüge, Winterpaletois, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Sachen kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt von dem Schneidermeister fürstenzell, Rosenhallerstraße 15 nur 3 Treppen. *

Gelegenheitskäufe: Valolets, Krüge, Dolben, Koffer, Revolver, Leihgeschäfte, Uhren, Goldschmuck, Kessel, spottbillig. Luise, Drantenstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reisezeuge, Regulator, Pfeifsmingler, Harmonikas, Geigen, Klütern, Betten, Teppiche, spottbillig. Luise, Drantenstraße 131.

Monatanzüge und Winterpaletois von 6,00 an, Roppen von 1,50 an, Dolben von 1,50 an, Gedrockanzüge von 12,00 an, Prads von 2,50 an, sowie für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Wandleichen verleihe Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Rob, Kulastraße 14. 836*

Abzahlung 0,50, Bälche, Gardinen Kleiderstoffe, Kadach, Mariannenstraße 24. (Postkarte.) 4110

Rheinische und Wälder Rot- und Weisweine, Jahweife, über 35 Uremige an, garantiert rein, direkt ab Wein, gut, billige Bezugsquelle für Wälder und Weisweine. Groden stehen zur Verfügung. Vertreterbesuch gemäht. Bitte Postkarte oder Telefon 270 Mitte Legel. Vertretung und Weinverkauf engros. N. Dürkenfeld, Altdorf, Weiserstraße 6.

Gelegenheitskauf. Ein Sofa, dauerhaft gearbeitet, zu verkaufen, Preis 18 Mark. Schwarze, Lapezlerer, Raumhofsstraße 7. 410

Damenhüte, geschmackvoll garniert, beste Zutaten, weil kein Laden, 2-6 Mark, Aufarbeitung aller Hüte spottbillig. Unterteller, Pringensstraße 55 II. 768

Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgelagert spottbillig. Schneider, Rurhartsstraße 172. 22535*

Kanarienvogel, Seltene, Selbstaucht, billig. Mahnte, Gleditschstraße 32, II. Parterre. 413*

Nähmaschinen, hohe Berggattung, wer kauft oder nachweist Ringelischen, Bobbin, Schnellnäher, Höhe 1,00, Postkarte genügt. Köpplerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Pringensstraße 59/60. 498*

Tischlermeister A. Brandt, Reichens-bergerstraße 30, liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen in durchaus solider, gediegener Ausführung zu billigen Preisen. Keine Handlung, nur eigene Arbeit! 52/9*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, (schon moderner, sofort für 35,00 verlässig) Große Frankfurterstraße 14, Hof gerabeg. 498*

Herrenfahrrad, modern, um-ständwegen ganz billig. Preis, Landsberger Allee 50, vorn IV. 498*

Bett umständhalber, heizbar, Widel, Dresdenerstraße 38. 518*

Ein Posten neuer Bettstellen, Ma-tratten, Rückenstühle billig. Andreasstraße 57, vorn Keller, Logans.

Mahagoni Pöhlnerbureau, Tru-men, Uebstelung, Andreasstraße 57, vorn Keller, Logans.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Vergüte bis 10,00, oder Teilzahlung laßt oder nachweist. Sämtliche Systeme Höhe 1,00. Postkarte. Brauer, Tüllnerstraße 20. 498*

Gänge, Turmstraße 84, Stoff-reste, Lüche, Hamngarn, Armerer, Sammanhänger, Aetherbehandlung.

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelassene und verlehene gemene Möbel, die wie neu sind, Kleiderstühle, Bettische mit Federmatratze und Kissen 36, Lachensofa 50, Sesselsofa 70, Schlafsofa 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 52/11

Schöne große Federbetten, Stuhl 30 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II. links. 52/12

Kanarienvogel 6,00, Postkarte, Seltene, Schloßplatz 2. 59/10

Wäldergeschäft, gutgehend, Er-stgen Postkarte 18, Nigaren-geschäft. 396

Wäldergeschäft, gutgehend, billig verkaufen Buchhändlerstraße 8. 492*

Obst-Gemüsegeschäft sofort billig zu verkaufen, passend für einzelne Leute, Gramstraße 10. 4143

Konzertpiano, hohes, ruhndam, Klappell, neu, 300, verkauft Postk. Rigdorf, Stegriedstraße 36. 4143

Maurer und Zimmerer erhalten Unterricht im hantieren Zeichen, Veranschlagen, Lohnrechnen usw. Ausbildung zum Voller, Unternehmer. Täglich Unterricht abends von 7-10 und Sonntags vormittags von 9-12 Uhr. Karas, Maurermeister, Deuststraße 71, II. 29435*

Bereinszimmer, gut 50 Per-sonen fassend, vergibt Ernst Schwarz, Bankum, Spandauerstraße. 29615

Tanzunterricht! Gruppe, Annen-straße 16, zweimonatliche Sonntagstunde (Monat 4,00) beginnt Sonntags 4 Uhr. 715

Bereine! Saal, Vereinszimmer, Sonnabend frei. Klubhaus (Weibler) Annenstraße 16. 715

Rechenunterricht für Maurer und Zimmerer. Ausbildung von Baupolierern. Buchholz, Wäldergeschäft 108, Nudelungen Donnerstags, Sonnabends, 7-9. 678*

Möbelpolierer sucht einen Ge-nossen für den Resten. Offerten an Robert Bengels, Frankfurter Allee 79.

Buchführung als Nebenbeschäfti-gung sucht Mühlens, Reichensbergerstraße 50. 665

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bücher Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und juridigellert. N. Gläzer, Kulastraße 27. 14658

Vollsjänger, Gesellschaft Lewan-dowski, Deuststraße 28. 472*

Vollshumorist Balgo, auch mit Gesellschaft, Wanteuffelstraße 41. 118*

Schweizer, Vollshumorist, auch mit Gesellschaft, Stettinerstraße 57.

Glückschneider, spottbillig, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundenschaft. Ebert, Fruchtstraße 31, vorn. 4739

Stellenangebote.

Rebenberlei für jedermann. Kaufmann Jochen. D. Wolf, Weidenweg 40. 8818*

Schloffer auf eiserne Fenster und Türen verlangt Heintich, Schöneberg, Feuerstraße 55b. 29106*

Tüchtige Schloffer auf eiserne Fenster und Kunstschmiedearbeit gesucht. E. Kuchta, Lindenstraße 78.

Zusammenscher auf Vermittler verlangt Grosinsky, Köpplerstraße 154. 55*

Schilbermalers Lehrling verlangt Demit Nachfolger, Schälauerstraße 3.

Einem Klavier verlangt Sonntag- abends und Sonntags Klages, Landsberger Allee 44. 498

Härdgemacher, welcher auch gut Holz polieren kann, verlangt Rigdorf, Prinz Dandlerstraße 73. 4120

Rahmenmacher verlangt Brueckner, Alexanderstraße 97. 885

Hausreiniger per sofort gesucht. Schöneberg, E. Wäld. 9708

Tüchtiger Wälder auf Goldbleiben wird verlangt. Reumann, Hennig u. Co., Sadoß, Feuerstraße 21. 415

Rahmenmacher und Aufhänger bonernd bei hohem Verdienst. Dargatz u. Co., Dresdenerstraße 41/42. 785

Jeht Rahmhändler werden verlangt. Rins, Schöneberg, Guckow-Wäldstraße 3. 816

Junge Buchen für Grundriener verlangt Max Leonhard, Schloßstraße 31. 775

Kaufmännische sofort verlangt Schein, Dresdenerstraße 58. 698

Barockvergolder mit eigenem Handwerkszeug verlangt R. Reicheld, Rundenstraße 27. 686

Härdgemacher verlangt Kops, Rigdorf, Steinmeyerstraße 39. 95/6

Tüchtige Feiler und Schleifer verlangt Stoßfabrik, Rigdorf, Thüringerstraße 18. 946

Härdgemacher und Buchen für Grundriener verlangt Max Leonhard, Schloßstraße 31. 415

Wälder-Stepperinnen im, außerdem Hause verlangt Stolpferstraße 4, Postparterre. 452

Mamfell auf Jadedits, Höhe, Schmedienstraße 25. 806*

Schulfröies Mädchen verlangt tagelöher Geubert, Fruchtstraße 55.

Kartondarstellerinnen, geübt, für dauernde Beschäftigung. Gleditsch, Stahlstraße 58. 51/4*

Facettenschleifer,

der vollständig vertraut ist mit allen vorkommend. Arbeiten in der Facettierung von Kristallglas, wird für

Australien gesucht. Es wird hoher Lohn gewährt, doch dafür ein tücht. Mann, der selbstständig arbeiten kann, verlangt. Persönliche Vorstellung erwünscht. Anzuzutreffen Charlottenburg, Bestalozstraße 91 I, abends 7-8 Uhr. Max Kaiser aus Sydney. 52/13

Achtung! Bauhandwerker!

Der Streik der Rohrer dauert unermüdet fort und erjuden wir alle Bauhandwerker, weil verschiedene Firmen, die nicht beteiligt haben, an Arbeitslose Arbeitsbeschäftigungsfaktoren abgeben, um Irrtümer herbeizuführen, streng darauf zu achten, und haben nur die von der Organisation herausgegebenen gelben Karten Gültigkeit, wenn dieselben mit dem Stempel der Lokalkommission versehen sind. 296/4

Die Lokalkommission der Rohrer Berlin u. Umgegend. Bureau: Dragonerstr. 15.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung, Bauhandwerker!

Der Sen Bartsch, Salensee, Joachim Friedrichs, R. H. für Bodenleger gesperrt; dort werden Parkettboden von Arbeitswilligen zu Preisen unter dem Tarif geleigt.

Zuzug ist fernzuhalten! Die Ortsverwaltung.

Verband der Wäsche-u. Strawattenbranche.

Für sämtliche Wälderrinnen, Nähmaschinen, Aufhänger sowie Arbeiterinnen in die Wälderschmiedefabrik E. Grünbaum, Frankfurter Allee 57 gesperrt.

Der Vorstand.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Bei der Firma Wälder, Gleditschstraße 39, wird trotz der Unterschrift der Tarif nicht innegehalten, demzufolge sind die Bauten in Schöneberg, Gleditschstr. 46-48, als gesperrt zu betrachten.

Die Kollegen werden dringend ersucht, bis zur Erledigung der Differenzen die Firma und ihre Bauten streng zu meiden.

Die auf diesen Bauten beschäftigten Bauarbeiter ersuchen wir, uns in der Kontrolle zu unterstützen. Die Bauten sind erst dann frei, wenn dies im „Vorwärts“ bekanntgegeben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

152/19 Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Der Kampf der Einzelarbeiter um Einführung eines Tarifs dauert fort!

Ueber die Firmen G. Arnold, Tapferrückenstraße 114 und R. Kämmerer, Groch-Buchbinderei, Kochstr. 67, ist die Sperrverbindung.

Bei der Firma Adolf Ludwig, Wälders-Str. 3/6, sind wegen Tarifvertragsfragen und schlechter Verhandlungsdifferenzen ausgedroht, welche zur Arbeitsniederlegung geführt haben.

Kein ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Verschiedenes.

Rekital (50-100 Personen) zu Festlichkeiten und Versammlungen. Auch sind noch einige Sonnabende und Sonntage im November und Dezember, sowie Totensonntag und Weihnachtstages zu vergeben. Kommandantenstraße 72, Klubhaus.

Aufvolkerung! Soja 5,00, Matröße 4,00, auch außerem Hause. Bachmann, Androsstraße 38. 8918*

Wandleiche, Feigenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 8928*

Kunstpfeifer von Frau Koloff, Charlottenburg, Gleditschstraße 84, I. *

Singerobbin, Ringelglocken, Feinmal, Schmedienstraße 12. 413

Herrenanzüge nach Maß fertigt aus modernsten Stoffen, besten Zutaten von 30 Mark an, Schneidemeister Doezel, Rungstraße 17, Groches, Elbfloher. 295/9*

Wandleiche Marktstraße 27. *

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 255. Dienstag, den 31. Oktober 1905.

Inserate sechsgehaltene Kolonietzelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. VII. Bezirk. Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Grassander, Wielandstraße 4, Versammlung. Referent: Stadtverordneter Paul Hirsch über: „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.“

Schöneberg. Heute, Dienstag abend, findet im Obfischen Saale, Weiningerstr. 8, eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Frig Zubeil: „Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung.“

Mittwoch abend: Flugblatt-Verbreitung. Treffpunkt bei Krüger, Vorbergstr. 9; Obf., Weiningerstr. 8; Goelmann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 20, und Mahro, Wenzelstr. 4.

Köpenick. Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Volksversammlung für Frauen und Männer im „Kaiserhof“, Grünstraße, statt. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Frig Zubeil über „Soldatenmishandlungen und Militärjustiz“.

Vorort-Nachrichten.

Die reichsten Leute aus Nieder-Barnim. Einen interessanten Ueberblick über die steuerfähigste Einwohnerschaft des Kreises Nieder-Barnim gewähren die Steuerlisten für 1905. Danach sind in den 10 größten Vororten Steuerpflichtige mit einem Einkommen von über 3000 M. vorhanden: in Pantow 843, Lichtenberg 441, Friedrichshof 411, Weihensee 353, Friedrichshagen 323, Reinickendorf 243, Rummelsburg 203, Zegel 226, Nieder-Schönhausen 191, Ober-Schöneweide 174 Rentner. Der Einwohnerzahl nach kommt von den angeführten Orten Pantow erst an vierter Stelle, während er hier an erster Stelle marschiert. Auch im allgemeinen sind die Steuerverhältnisse dieses Ortes als sehr günstig zu bezeichnen, wie folgende Zahlen zeigen. Es wurden eingenommen an Gemeindesteuer überhaupt im ersten Halbjahr 1903 222 207,33 M., im ersten Halbjahr 1904 238 687,01 M. und im ersten Halbjahr 1905 26 4099,85 M. An Umsatzsteuer sind 1904 in Pantow 277 733,39 M. eingenommen.

Charlottenburg.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Nun sind endlich auch die Mittelstandsblätter mit ihrem Wahlaufruf an die Deffenlichkeit getreten. Etwas Anlaßerendes und Verschwommeneres wie das Programm der deutschen Mittelstandsvereinigung läßt sich kaum denken. Neben dem sozialistisch klingenden Forderungen, wie „Leitung aller wirtschaftlich-städtischen Unternehmungen von der Stadt selbst“ begegnen wir solchen, die so reaktionär wie möglich sind. Auf dem Gebiete der Schulverwaltung soll der christlich-deutsche Geist vorherrschend sein, die Gemeindefürsorge eine gesunde gewerbliche Mittelstandspolitik treiben, städtische Arbeiten sollen nicht an auswärtige Unternehmer, sondern an einheimische Handwerker und Kaufleute vergeben werden. Wie wird es in den Köpfen dieser Mittelstandsblätter aussieht, dafür bietet der Aufruf wieder eine drastische Illustration. An die Beamten wenden sie sich mit der Bitte, für sie zu stimmen, unter dem Hinweis, daß die Beamten ein Interesse an einem starken und gesunden Mittelstand haben, weil viele Söhne von Beamten sich selbst eine wirtschaftliche Existenz als Gewerbetreibende oder Handwerker erringen müssen, und um die Stimme der Arbeiter hohlen sie unter dem Vorwand, auch der Arbeiter müßte für eine Kräftigung und Erhaltung des Mittelstandes eintreten, denn es sei sein Ziel, für sich oder für seine Kinder eine selbständige wirtschaftliche Existenz zu schaffen. Endlich erfahren wir aus dem Wahlaufruf auch einmal, was Mittelstand eigentlich ist: „Mittelstand ist alles, was im ordentlichen Zusammenwirken an der Erhaltung des Staates und der Gesellschaft arbeitet. Mittelstandspolitik bedeutet eine rechtliche, nationale und soziale Wirtschaftsweise, die weder die Anhäufung volksbedrückender Großkapitalien, noch die Verarmung der Masse zuläßt.“ Den Schluß des Wahlaufrufs bildet der übliche Appell an die „freien unabhängigen Männer, die eine echte nationale Gefinnung im Herzen tragen und denen das Gesamtwohl unseres Staatswesens am Herzen liegt“, gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, weil diese in völliger Abhängigkeit von der Parteileitung handeln. — In der dritten Abteilung haben die Mittelstandsblätter in sieben Bezirken eigene Kandidaten aufgestellt, im ersten fordern sie zur Unterstützung des liberalen Kompromißkandidaten Flatz auf. Es ist ausgeschlossen, daß diese Partei in Charlottenburg auch nur einen Kandidaten durchbringt.

Eine sehr gut besuchte Kommunalwählerversammlung fand am Dienstag, den 24. Oktober, im Volkshaus statt, in der Stadtverordnete Kurt Baake über „Die Sünden unserer Stadtväter“ sprach.

Der Referent schilderte in anschaulichster Weise, wie unsere Gegner, die uns den Vorwurf machen, nur die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse zu erwecken, sich die größte Mühe geben, in feindseliger Weise die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft zu schüren, also so unseren Wünschen entgegenkommen.

Im Stadtparlament wird unseren Vertretern von den Liberalen vorgeworfen, daß sich die Steuern ins ungeheureste steigern würden, wenn den Forderungen der Sozialdemokratie stattgegeben würde. Doch wie sind die Forderungen, die als ungeheuerlich bezeichnet werden, beschaffen? Wenn wir für die städtischen Arbeiter den neunzehnjährigen Arbeitstag oder pro Tag 4 M. Lohn oder für geleistete Ueberstunden Bezahlung verlangen, ist das „ungeheuerlich“. Aber wenn Hunderttausende für Feste und Festessen (a la Cart 33 M.) verschleudert werden, dazu ist immer Geld vorhanden. Der Redner macht der Stadtverwaltung, die unter liberalem Einfluß steht, den Vorwurf, daß sie sich zum Banker der Boden- und Bauplatzanten ermiedelt, daß sie Grund und Boden ankaufte und zu einem niedrigeren Preise, also zum Schaden der Steuerzahler, wieder verkauft. Mit den Schulneubauten würde viel zu langsam fortgeschritten. Die in der Helmholzstraße neu eröffnete Schule ist jetzt schon wieder überfüllt. Nach dem bisherigen Verfahren im Bau von Schulen wäre spätestens 1907 die Eröffnung einer neuen Schule möglich. Auch anlässlich der jetzt bestehenden Fleischnot sollte der Magistrat Mittel und Wege ergreifen, um dieser die Charlottenburger Arbeiterbevölkerung bedrückenden Kalamität entgegenzutreten.

In der folgenden Diskussion sprach der ehemalige Pastor A. H. H. Er mußte die von dem Referenten erhobenen Anklagen als berechtigt anerkennen, nur zum Schluß gab er zu verstehen, daß die Liberalen doch nicht so schlecht wären, wie es wohl nach den Ausführungen scheint. Es wäre, wenn die Sozialdemokraten darauf eingingen, ein Bündnis mit den Liberalen möglich.

Die Genossen Dr. Vorchardt, Zwingenberg und Ewald gaben ihm recht unzweideutige Antworten. Sie erklärten, daß mit den Liberalen unter keinen Umständen ein Bündnis möglich wäre; die Liberalen hätten aber bei den Landtagswahlen sehr gut Gelegenheit gehabt, im Kreise Teltow-Weeslow-Charlottenburg ein Bündnis mit unserer Partei einzugehen. Genosse Hirsch führte weiter aus, daß es den Liberalen sehr oft möglich wäre, im Stadtparlament mit unseren Abgeordneten für unsere Anträge zu stimmen. Sie haben unsere Anträge aber einfach niedergestimmt.

In seinem Schlußworte richtete der Referent eine Aufforderung an alle Wähler, am Tage der Wahl einmütig für unsere Kandidaten zu stimmen und mit aller Energie für die Sozialdemokratie zu agitieren.

Genosse Rosenthal forderte noch alle anwesenden Frauen auf, am Tage der Wahl gleichfalls tätig zu sein und ihre Kräfte anzuspornen, ihre Wahlpflicht auszuüben, damit der Sieg am 6. November uns zufalle.

Der Vorsitzende machte zum Schluß noch auf die am Mittwoch in den Schulzeichen Festhallen stattfindende Kommunalwählerversammlung des zweiten Stadtbezirks, ferner auf die am Sonntag in Rigdorf stattfindende Generalversammlung des Kreises aufmerksam.

Schöneberg.

Arbeiterkrise. Ein schwerer Baumfall hat sich am Samstagabend vor Feierabend an einem Neubau in der Goltzstraße zu Schöneberg zugetragen. Der Maurer Frig Fuge aus der Kaiser Allee 43 stürzte in einer beträchtlichen Höhe vom Gerüst in die Tiefe und blieb mit schweren inneren Verletzungen und einem Unterschenkelbruch bestimmungslos liegen. Von der Unfallstation in der Herbersstraße wurde er nach Anlegung von Rotverbänden in das Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde eingeliefert.

Lichtenberg.

Lichtbilder mit Vorführungen der hervorragendsten Verwaltungsgebäude und Produktionsstätten der englischen, schweizerischen und deutschen Konsumvereine bildeten den Schluß eines Vortrages, den am 28. Oktober Genosse Arnold vom Zentralverband deutscher Konsumvereine im „Schwarzen Adler“ abhielt. Ein lebhafter Appell des Vorsitzenden Genossen Köhler, zum Eintritt in die Konsumvereinsbewegung beschloß die Versammlung.

Rummelsburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins von Rummelsburg-Voghten erstattete der Vorsitzende Genosse Frig Berger den Vorstandsbericht vom vergangenen Geschäftsjahr. Er betonte darin besonders, daß die diesjährige Waisfeier trotz der Abschlagsversuche bedeutend zahlreichere Beteiligung aufwies als alle vorhergegangenen. Vom Verein ausgeschlossen wurden Proglitz, Wäffig, Hr. Herrmann und Rohne. Letztere drei wegen Streikbruch. Der Kassendbericht wies vom letzten Quartal eine Gesamteinnahme von 307,62 M., Ausgabe 440,35 M. auf. Der Jahresbericht erwies: Einnahme 2211,14 M., Ausgabe 1743,87 M., Bestand 467,27 M. Die Mitgliederzahl beträgt nach Zuwachs von 59 Eingetretenen 641 Genossen. Kollstadt gab den Bericht von der Zeitungsproduktion und bewies, daß durch den feinerzeitigen Beschluß, von einer eigenen Parteipublikation am Orte abzusehen und mit der vorhandenen Parteipublikation Lichtenberg n. gemeinsam zu wirtschaften, gute Resultate erzielt worden sind. Der Ueberfluß betrug per Juli 265,90 M., August 229,38 M., September 266,30 M. Im zuständigen Verbreitungsbezirk Rummelsburg-Voghten-Stralau-Stralauer Allee stieg der Abonnentenstand im zurückgelegten Halbjahr April-Oktober von 1200 auf 1650. — Die Neuwahlen ergaben: Vorsitzender Otto John. Bitterhoff als Kassierer und Arins als Schriftführer wurden wiedergewählt, ebenso Delling als Bibliothekar. Rechnungsrevision: John und Kollstadt. Lokalkommission: Niel, Variel und Quaster. Revisoren: Günther, Berger und Kollstadt. Beisitzer: Theodor Ritter, Lindner, Stein, Quaster, Schirmer und Mees. Der Vortag über das Lokal der Blüte Schöneer wurde auf Grund der Erklärung der letzteren im „Vorwärts“ und nach handschriftlicher Zustimmung der allgemeinen Forderungen der Arbeiterschaft auf Antrag des Vorstandes aufgehoben.

Wilmerdorf.

Ein gutbesuchte außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, in der die Diskussion über den Parteitag fortgesetzt wurde, fand am Mittwoch in Solomons Volksgarten statt. An der Debatte beteiligten sich eine Anzahl Genossen, die besonders die Waisfeier und den Massenstreik behandelten. Im wesentlichen erklärten sich die Redner mit den Arbeiten des Parteitages einverstanden. Zu einer längeren Auseinandersetzung führte die „Vorwärts“-Affäre. Genosse Sadelum hält es für unerwünscht, daß der Parteivorstand hinter verschlossenen Türen, ohne Hinzuziehung der Redakteure, Beschlüsse gefaßt hat, die die Redakteure beunruhigen, die Kündigung einzurufen. Die bisherige Redaktion ist auf das allerhöchste verlegt. Redner protestiert energig gegen ein derart bestimmendes Verfahren. Genosse Schröder als einer der beteiligten Redakteure sucht ebenfalls über ein bisher für unmöglich gehaltenes Verfahren des Parteivorstandes Aufklärung zu geben. Genosse Henkel und Hilbig traten den Ausführungen des Genossen Sadelum entgegen. Genosse Sadelum habe die Sache wahrheitsgemäß so schwarz gemalt, er habe Organe angegriffen, die sich hier nicht verteidigen können. Es sei notwendig, die Gegenpartei zu hören, um dann ein Urteil zu fällen. Aus diesem Grunde wurde die Diskussion in der Sache abgebrochen und bis zur nächsten Versammlung vertagt. Auf die Generalversammlung wurden die Genossen Wieber, Sadelum und Köpping delegiert.

Teltow.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wahlvereins wurden vier Mitglieder neu aufgenommen. Genosse Röder teilte mit, daß der Stadtverordnete Genosse Herrmann Kehler als Beisitzer im Stadtverordneten-Wahlkomitee gewählt ist. Als Kandidat für die Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Karl Genfert aufgestellt. Bei der Verlegung des Organisationsstatuts für Groß-Berlin wurde den Delegierten empfohlen, dafür zu stimmen, daß nicht für je 50, sondern erst für je 100 Mitglieder ein Generalversammlungsdelegierter gewählt werde. Beschlossen wurde, am 6. November, nachmittags 8 Uhr, eine Wählerversammlung stattfinden zu lassen.

Adlershof.

Eine überwiegend von Frauen besuchte Volksversammlung tagte am 29. Oktober im Lokal von Kaul (früher Schmauser, Wisnarsstraße 16). Genosse Max Schütte hielt einen Vortrag über „Die Schule von heute“. Genossin Frau Wättner erstattete den Be-

richt als Vertrauensperson. Da Frau Wättner eine Wiederwahl ablehnte, wurde Frau Schindhelm zur Vertrauensperson gewählt. Beim Punkte Verschiedenes teilte Genosse Feuerstein namens der Lokalkommission mit, daß die Sperre über das Kaufsche Lokal aufgehoben ist.

Potsdam.

Der Oberbürgermeister von Potsdam Richard Jähne ist am Sonntag nach längerem Leiden in einer Kezdenheilanstalt zu Jena verstorben. Der Verstorbene wurde am 20. März 1897 von dem Stadtverordneten zum ersten Bürgermeister gewählt, nachdem er vorher schon als zweiter Bürgermeister und früher als Stadtrat amtiert hatte. Die Geschäfte der Stadt führt bis zur Wiederbesetzung des Amtes der am 18. Juni 1897 zum zweiten Bürgermeister gewählte frühere Stadtrat Vorkasiner, der vordem Oberpräsidialsekretär der Provinz Brandenburg war.

Golzow.

Die Ausgrabungen auf dem neuentdeckten Gräberfeld in Golzow sind von gutem Erfolg gekrönt. Bisher wurden etwa zwanzig Totengräber in allen Größen und in den verschiedensten Ausführungen vorgefunden. Eine größere Anzahl wertvoller Bronzefunde sind für das Altertumsmuseum in Eberswalde geborgen worden. Im Laufe dieser Tage soll die Fundstelle von Berliner Gelehrten wissenschaftlich untersucht werden.

Berliner Nachrichten.

25 Jahre Waisenspielerin. Drei Damen, Frau Rentner Böhm, Wildenhahn, Bernauerstraße, und Frau Wäbermeister Raetz, konnten in diesen Tagen das 25jährige Jubiläum als tätige Mitglieder des Berliner Waisenspielerbegehens. Sie waren stets zum Wohl und Segen vieler unmündiger Kinder unserer Stadt tätig.

Der Tiergarteninspektor Geitner ist im Alter von fünfzig Jahren plötzlich gestorben.

Das Ende der „Wanken Hölle“ bei Tempelhof, die vor einiger Zeit wegen der zahlreichen dort erfolgten Sittierungen und wegen eines höchst seltsamen Prozesses viel von sich reden machte, steht bevor. Das Gelände, das nur zum kleineren Teile zu Tempelhof, zum größeren zu Schöneberg gehört, soll mit einem reich und gärtnerischen Anlagen etwa im Umfang des Belle-Alliance-Platzes versehen werden. Die weitere Umgebung der „Wanken Hölle“ wird der Bedienung erschlossen, ebenso das Gelände zwischen Ringbahn und Borussiastraße.

Wegen Veruppelung ihrer eigenen Tochter wurde eine aus Pommern gebürtige Agathe Schand verhaftet. Die Frau im August d. J. mit ihrer 20 Jahre alten Tochter hierher und führte sie seitdem in Hotels oder auf der Straße lebemännern zu, um von ihrer Schande zu leben. Nachdem Kriminalbeamte das Paar schon länger unter den Bänden und in der Friedrichstraße beobachtet hatten, griffen sie es am Samstagabend auf. Das Mädchen gestand, von der Mutter auf den Weg der Schande getrieben zu sein, kommt aber an diesem Leben schon Gefallen gefunden zu haben. Die Mutter wurde vorgestern mittag wegen des schweren Verbrechens in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Ein geheimnisvolles Dunkel umgibt das Verschwinden eines Mädchens, mit dem sich erneut die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. Nach den bisherigen Ermittlungen ist es höchst wahrscheinlich, daß die Verschwindene ermordet worden ist. Es handelt sich um eine 20 Jahre alte Martha Fischer aus Osabrück, die aus einer guten Beamtenfamilie stammt und den vergangenen Sommer über in Schreiberhau im Riesengebirge als Stütze der Hausfrau tätig war. Am 1. Oktober aus ihrer Stellung ausgeschieden, kam Martha Fischer am 4. Oktober nach Berlin und blieb hier ohne ersichtlichen Grund bis zum 8. Am 8. d. Mts. sandte sie von Berlin aus an ihre Schwester in Osabrück ein Paket mit Geschenken ohne Begleitschreiben. Schon am nächsten Tage fand man am Ufer des Havelkanals die Leiche ihrer Kleidungsstücke und darin ihre Geld und einen Abschiedsbrief an ihre Eltern. Das Mädchen aber ist, daß man trotz allen Suchens ihre Leiche nicht gefunden hat. Die Osabrücker Polizei hat nicht nur die ganze Gegend, sondern nach Ablassung des Wassers auch das Bett des Havelkanals abgesehen, aber keine Spur von der Leiche entdeckt. Man ist jetzt überzeugt, daß die Verschwindene das Opfer eines Mordens geworden ist, und daß der Täter die Sachen an das Ufer gelegt hat, um die Behörden irre zu führen, die Leiche aber anderswo auf die Seite geschafft hat.

Als Stadtbahnbediener niederer Art haben sich zwei inter nationale Taschendiebe betätigt, die zur Enthüllung des Moskito Denkmals nach Berlin gekommen sind und zunächst in der Markthalle am Alexanderplatz mit Erfolg auftraten, indem sie einem älteren Herren eine goldene Uhr mit Kette im Werte von 600 Mark abknüpften. Auf der Straße zwischen dem Alexanderplatz und der Friedrichstraße drängten sich die beiden Ganer von einem Abteil eines Wagens in den anderen, bis sie dorthin kamen, wo es am vollsten war. Kurz vor der Station Friedrichstraße sprang nun der eine vor, als wenn er es sehr eilig hätte, und drängte das aussersehene Opfer seinem Helfershelfer in die Arme. Der Komplize, der es so einrichtete, daß er dem Opfer dicht auf den Leib rüde und ein großes Reisetuch so trug, daß es seine Handbewegungen verbarg, entschuldigte sich bei dem Angerempelten in gedrohenem Deutsch, hielt ihn im Gedränge so lange auf, bis er ihm Uhr und Kette unbemerkt abgenommen hatte, empfahl sich dann und verschwand mit der Beute. Vorgestern abend erbeuteten die gefährlichen Langfinger vor einem vielbesuchten Lokal in der Leipzigerstraße von einem Ranne, der aus dem Theater kam, ebenfalls Uhr und Kette. Einer von ihnen trägt stets das Reisetuch. Beide haben dunkles Haar, der Ältere, der etwa 40 Jahre zählt, einen dunklen Vollbart, der jüngere, etwa 30 Jahre alt, einen Schnurrbart.

Mit der Wechselsche erbeuteten zwei Ganer in der Potsdamerstraße nahezu hundert Mark. Zwei scheinbar ganz harmlose Männer kamen in den Schlichterladen von Wiggenshagen in dem Hause Nr. 3 und kauften für 1 Mark Ware. Während der eine einen Hundertmarkschein in Zahlung gab, sorgte der andere für die erforderliche Ablenkung und ermöglichte es ihm, mit dem Kleingeld auch den Schein wieder einzusteden. Dem Kaufmann nach handelt es sich um internationale Reiseschwindler, vor denen die Geschäftsleute auf der Hut sein mögen. Sie sind etwa 28 bis 30 Jahre alt, der eine 1,70, der andere 1,60 Meter groß. Jener trägt einen hellbraunen, dunkel gefärbten Ueberzieher und einen schwarzen steifen Hut, dieser hat einen kleinen blonden Schnurrbart und trägt einen dunklen Ueberzieher mit schwarzem Pelztragen.

Ein frecher Straßenraub wurde Sonntag früh im Lustgarten verübt. Auf die Zeitungsfrau Auguste Bismarck aus der Auguststraße Nr. 6 sprang plötzlich ein Stehl zu, packte sie, warf sie nieder, wollte sie durch Fubdrücken des Mundes am Schreien verhindern und versuchte, ihr das Portemonnaie zu rauben. Die Ueberfallene aber setzte sich zur Wehr und rief um Hilfe. Der Räuber versetzte ihr mit den Worten: „Halt die Schnauze, ich habe ein Messer bei mir!“ noch einen Schlag ins Gesicht, entfloß aber, als auf das Hilfeschrei der Frau eine Patrouille von einem Wachtmeister und drei Schuttmännern herbeigebracht wurde. In der Jägerstraße, gegenüber der Reichsbank, aber stellte ihn die Patrouille und brachte ihn jetzt mit Gewalt nach der nächsten Neuverwache. Hier gab der Verbrecher an, ein 24-jähriger Maler Johann Brechmann aus der Auguststraße zu sein. Bei ihm fand man Salz- und Koftekröpfe und silberne Weste, die aus einer Restauration zu stammen scheinen. Diese Sachen will der Räuber von einem Unbekannten erhalten haben. Von dem Ueberfall aber will er gar nichts wissen; er sei sinnlos betrunken gewesen.

Das Opfer einer Schlägerei, an der er gar nicht beteiligt war ist in der Nacht zum Sonntag der 41 Jahre alte Oberpostkassierer Franz Marten aus der Hohenstr. 7 geworden, der 19 Jahre im Postdienste stand und zuletzt auf dem Amt IV am Lehrter Bahnhof beschäftigt war. Marten spielte bis 1 Uhr in der Spandauerstraße Karten. Als er dann allein friedlich nach Hause ging, kam er vor dem Nebenhaus Nr. 8 an einer Anzahl Männer vorbei, die sich schlugen. Ohne daß er sich um sie kümmerte, stieß ihn einer vor die Brust, daß er hinstiel und heftig mit dem Hinterkopf aufschlag. Seine Frau, die ihn erwartete, sah vom Fenster aus den Vorgang, eilte hinunter und fand ihn bewusstlos daliegen, während die Streitenden entflohen und entkamen. Marten wurde in seine Wohnung hinaufgetragen. Zwei Aerzte bemühten sich bis 10 Uhr um ihn. Dann farb er unter ihren Händen an einer Gehirnerschütterung.

Fünf Personen bei einer Benzinexplosion verunglückt. Verhängnisvolle Folgen hat eine Benzinexplosion gehabt, die sich gestern morgen in der ersten Stunde in der Warschauerstraße ereignete. Vor wenigen Tagen berichteten wir über einen schweren Unglücksfall auf dem Neubau Warschauerstraße 84/44, wobei der Maurer Kubiat sein Leben einbüßen mußte. Gestern morgen sind auf demselben Neubau, der von Bornow und Anauer geleitet wird, fünf Arbeiter bei der Explosion einer Benzinquelle zum Teil schwer verletzt worden. Die Lampe war von der Decke heruntergefallen und durch den Sturz zur Explosion gekommen. Fünf Arbeiter, die in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle beschäftigt waren, wurden von der Stichflamme erfaßt und verletzt. Am schlimmsten kam der Arbeiter August Jaedicke aus der Liebenwalderstraße 11 davon. Er erlitt schwere Brandwunden im ganzen Gesicht, an beiden Händen bis zum Vorderarm hinauf und an den Ohrenschalen. Sein Zustand war bedenklich, daß die Ueberführung nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain notwendig wurde. Die anderen vier Arbeitskollegen hatten Brandverletzungen im Gesicht und an den Händen davongetragen. Es waren die Arbeiter Georg Beck, Ebertstraße 20, Paul Hoffmann, Eisenbahnstraße 29, Reinhold Wenzel, Weidendamm 53 und August Pahl, Eisenbahnstraße 17 wohnhaft. Nachdem sie auf der Unfallstation in der Warschauerstraße Notverbände erhalten hatten, konnten sie nach ihren Wohnungen gebracht werden.

Ein „Potemkin-Schwinder“ betreibt gegenwärtig in Berlin und Umgegend eine erfolgreiche Tätigkeit. Der Betrüger, ein etwa 25-jähriger Mann, sucht starr frequentierte Gastwirtschaften auf, wo er sich ein Glas Bier und etwas Essen bestellt und dann mit anderen anwesenden Gästen ein Gespräch anknüpft. Bald entpuppt sich der „Fremde“ als ein ehemaliger Matrose des russischen Panzerschiffes „Potemkin“, der auf diesem die Reuterei mitgemacht hat. Der interessante Mann ist gern bereit, ausführliche Schilderungen über die Vorgänge auf dem Reuterschiff zu geben, und wenn auch seine Erzählungen nichts anderes enthalten, als bereits durch die Mitteilungen der Presse bekannt geworden, so erregen doch die Schilderungen eines „Dabeigewesenen“ das lebhafteste Interesse der Zuhörer. Er erzählt, noch vor der Enttöpfung des Schiffes geflohen zu sein und irre ohne irgend welche Geldmittel umher. Seine Absicht sei, nach Hamburg zu wandern, woselbst er sich als Matrose auf einem Kaufahrtschiff anheuern lassen will. Das Ergebnis der Erzählung ist, daß irgend einer der Gäste eine Sammlung einleitet, an welcher sich natürlich sämtliche im Lokale anwesenden Gäste beteiligen und selbstverständlich ist es auch, daß der Gastwirt gern auf die Begleitung der Besuche verzichtet. Der „Potemkin“-Matrose aber zieht mit dem Ergebnis der Sammlung, was in den einzelnen Fällen nicht klein sein dürfte, vergnügt von dannen. Der „russische Flüchtling“, der übrigens gelaßt ruffisch, deutsch und englisch spricht, führt in einem Palet seine Marineuniform bei sich, welche er als Beweis für seine Erzählungen vorzeigt.

Ein schwerer Unglücksfall. In der Hofstraße, in der Nähe der Stabachstraße, sprang gestern Abend 10 Uhr von der in voller Fahrt befindlichen Elektrischen „Großer Ring“, der schon hochbetagte Rigartenausträger C. Kumpf aus der Winterfeldstraße ab und fiel so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er sich an mehreren Verletzungen am Kopf, Armen und Beinen, auch schwere innere zuzog. Mit Hilfe mehrerer Passanten wurde er schwer verletzt in eine Droschke gehoben und nach der Unfallstation in der Stieglitzstraße geschafft.

Eine Fabrik in Brand. Ein großer Fabrikbrand kam gestern früh kurz nach 4 Uhr in der Stallweidenstraße 58 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehre fast drei Stunden. Im vierten Stock des linken Seitenflügels befindet sich die Spiegelrahmen- und Leistenfabrik von H. Wehner. Bei Anbruch des ersten Lösungsversuchs stand nun diese sowie der darüberliegende Dachstuhl in hellen Flammen. Brandmeister Dübner ließ unverzüglich mehrere Dampfstrahlrohre in Tätigkeit treten und von verschiedenen Seiten aus vordringen. Trotzdem konnte aber nur langsam dem Feuer Terrain abgenommen werden, da große Balken Resten und andere Holzgerüste den Flammen überdeckte Nahrung zuführten. Erst nach vollständigem Wassergerben war die Gefahr beseitigt. Der Fabrikraum ist zum größten Teil mit seinen Vorräten ausgebrannt.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Technischen Hochschule zu Charlottenburg. Der zehnte Lehrgang (Winter 1905/06) beginnt am 30. Oktober in der Gemeindefabrik III zu Charlottenburg, Schloßstraße 2. Abgehalten werden folgende Kurse: Deutsch, Schreiben, Aus der modernen Literatur, Rechnen, Algebra (Rechnen mit unbestimmten Zahlen), Geometrie, ausgewählte Kapitel aus der Mechanik, Übungen im Zeichnen, Praktische Einführung in die Strafprozessordnung, Gesundheitslehre.

Daneben werden veranstaltet Exkursionen nach gewerblichen und ähnlichen Anlagen mit Vorträgen; Museumsführungen; gemeinschaftliche Theaterbesuche.

Teilnehmergebühr für jeden Kursus (bis zum 16. März) 50 Pf. Anmeldungen werden am 28. Oktober, abends 8 1/2—9 1/2 in der Gemeindefabrik III entgegengenommen. Programm sind erhältlich vom Ingenieur B. Wagner, Berlin W. 35, Flottwellstraße 6.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania werden für die nächste Zeit die Vorträge „Im Lande der Nitternachtsblume“ und „Spletterinis Alpen- und Wälderfahrten im Vallon“ abwechselnd zur Darstellung gelangen. Während der erste Vortrag das skandinavische Bergland mit seinen traumhaften Fjorden und majestätischen Felsentstellungen schildert, führt der zweite Vortrag in das schweizerische Alpenland, in dem ganz besonders die unübertrefflichen Vallonaufnahmen aus dem Fels- und Eisregionen des Matterhorn und der Jungfrau das Auge entzücken. Im Hofsaal spricht in dieser Woche am Dienstag Herr Dr. von Unruh über „Die Glasfabrikation“, am Donnerstag Herr Dr. Theising über die „Gegenseitige Hilfe in der Entwicklung“ und am Sonnabend Herr Dr. Donath über die „Stromwärme“. Im großen Hofsaal der Urania-Eternitwaerte in der

Invalidenstraße spricht am Dienstag Herr Dr. Rissenpart über „Die großen Planeten“.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde stand der frühere Schuhmann Wilhelm Halberstadt vor dem Schöffengericht des Landgerichts I, welches gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli seine vorletzte diesjährige Tagung begann. — Der völlig unbefohlene Angeklagte, dem von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt wird, diente bei dem hiesigen Garde-Füsiliers-Regiment und trat dann bei der Berliner Schuhmannschaft ein. Hier machte er bald allerlei Erfahrungen, die ihm schließlich den Dienst verleiteten. Das Leben als Schuhmann verwirklichte sich in keiner Weise so, wie er es, als er noch Soldat war, erträumt hatte. Er versuchte es deshalb mit dem Glück und kaufte sich mehrere Lotterielose. Es dauerte nicht lange, da war der Angeklagte von dem Spielteufel erfaßt. Er kaufte sich mehrere Lose und bezahlte diese heimlich mit dem Gelde, welches seine Frau in Form eines Sparfassenbuches mit in die Ehe gebracht hatte. Als einen Glücksfall betrachtete es schließlich, als ihm eine flottgehende Gastwirtschaft in der Emdenerstraße zum Kaufe angeboten wurde. Da er einen großen Teil des Geldes seiner Frau bereits verbraucht hatte, war nun guter Rat teuer. Er wollte das betreffende Lokal kaufen, besaß aber nicht mehr genügend Geld. Um sich aus dieser Kalamität herauszuhelfen, hob er auf das Sparfassenbuch seiner Frau den Betrag von 90 M. ab und zahlte auf ein neues Buch 3 M. an. Hinter die Zahl „8“ setzte er zwei Nullen, so daß es den Anschein hatte, als ob dreihundert Mark eingezahlt wären. Darauf fälschte er noch einen anderen Betrag als angeblich eingezahlt und gab das gefälschte Buch bei dem Kauf des Eckanklokals in Zahlung. Dieses Mandat wurde natürlich bald entdeckt und hatte die vorliegende Anklage wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde zur Folge. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, der die Fälschung offen eingestand, diese schon vorher angefertigt zu haben, um vor seiner Frau zu verbergen, daß er heimlich auf deren Sparfassenbuch Geld abgehoben hatte. Er habe die Fälschung nur deshalb vorgenommen, um seiner Frau das gefälschte Sparfassenbuch als das echte zu unterschieben. Die Geschworenen bejahten auch nur die Schuldfrage nach Urkundenfälschung ohne Absicht der Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils. Staatsanwalt Dr. Liegen hielt mit Rücksicht auf die ganze Sachlage eine milde Strafe für angebracht und beantragte nur 6 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Wochen Gefängnis.

Ein schwerer Unfall bei dem Neubau der Kaiser-Wilhelms-Akademie lag gestern einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zugrunde, die vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Angeklagt war der Geschäftsführer August Schulze und der Abbrucharbeiter Max Müller. — Bei dem Neubau der Kaiser-Wilhelms-Akademie mußte ein Teil des an der Ecke der Invaliden- und Schornhorststraße gelegenen alten Invalidenhauses niedergedrückt werden. Dies machte zugleich eine Abholzung des dort noch stehenden alten prächtigen Baumbestandes erforderlich. Mit dem Abholzen der Bäume wurde der Angeklagte Schulze beauftragt, der seinerzeit bei der Firma Heidler angestellt war. Am 6. März d. J. sollte eine mächtige hundertjährige Koppel gefällt werden. Der Angeseindigte Müller sagte den Baum in der üblichen Weise an. In der Krone wurde ein Strich befestigt, durch welchen mehrere Arbeiter den Baum nach der Richtung des alten Hamburger Bahnhofs hin umstürzen sollten. Wie die Anklage behauptet, soll dies in nicht ordnungsgemäßer Weise geschehen sein. Bisher erwarteten die etwa 25 Meter große Baum nach der Schornhorststraße zu und richtete hier schweres Unheil an. In dem Moment des Niederstürzens passierte der Major a. D. Maximilian von Harry Freiherr de la Roche die Schornhorststraße. Ein Ast des viele Ventner schweren Baumes traf den alten Herrn, so daß er sofort blutüberströmt zusammenbrach. Auch unter den zahlreich versammelten Zuschauern richtete der unerwartete Niedersturz des Baumes eine große Verwirrung an. Der schwerverletzte Freiherr de la Roche mußte sofort nach Anlegung eines Notverbandes in ein Krankenhaus überführt werden, welches er erst nach mehrwöchigem Krankenlager verlassen konnte. — Für den Unfall werden die beiden Angeklagten verantwortlich gemacht, da diese den Baum in unrichtiger Weise angefaßt und zugleich den zum Niederziehen benutzten Strich um einen Baum gelegt hatten, so daß sich dieser durchscherte. Die beiden Angeklagten bestritten jede Schuld und behaupteten, daß der Baum durch einen starken Windstoß in verkehrter Richtung umgestürzt sei. Im nachzuweisen, daß die Angeklagten in durchaus korrekter Weise gehandelt hätten, waren seitens des Rechtsanwalts Dr. Beerhauer mehrere holztechnische Sachverständige geladen, u. a. der königliche Obergärtner Freundemann und der königliche Förster Banger. Diese Sachverständigen bezeugten indessen, daß die Angeklagten beim Fällen des Baumes zwar ordnungsmäßig gehandelt, es aber unterlassen hatten, für alle Fälle ausreichende Absperrungsmaßnahmen zu treffen. Der Gerichtshof nahm deshalb eine Zehnfachigkeit der Angeklagten an und erkannte gegen Schulze auf 30 M., gegen Müller auf 20 M. Geldstrafe. — Deshalb nicht mehr der Firma Heidler als dem Arbeitgeber die Pflicht zu Absperrungsmaßnahmen oblag, erörterte das Urteil nicht.

Wegen grober Verleumdung der Köpener Wäschereibesitzer ist die in Berlin wohnhafte Frau Lich durch das Schöffengericht in Köpenick zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Zur Besprechung der Lage der Wäschereiarbeiter war die Angeklagte in einer öffentlichen Versammlung in Köpenick als Referentin aufgetreten und hatte bei ihren Ausführungen über Schleudern und Schmutzfontänen und auch über eine angeblich herrschende Paschawirtschaft bei Köpener Wäschern gesprochen. Es gäbe dort Zustände, die noch an die Zeiten der Leibeigenschaft erinnerten, habe die Rednerin u. a. behauptet. Eine Anzahl Köpener Wäschereibesitzer stellte Strafantrag gegen Frau L. wegen Verleumdung. Das Schöffengericht nahm an, der Beweis der Wahrheit sei nicht erbracht und erkannte auf die außerordentlich hohe Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Hauptsächlich legt die Verurteilung, die lediglich berechtigter Interessen wahrnahm, mit Erfolg innerhalb der einwöchentlichen Berufungsfrist Berufung ein.

Im Ehecheidungsprozess des Prinzen Philipp von Sachsen-Coburg-Gotha gegen die Prinzessin Luise sprach das Landgericht Gotha am Montag sich für Zuständigkeit des Landgerichts in Gotha aus. Der nächste Termin findet am 4. Dezember statt.

Herr von Lübow, bekannt aus dem Tauschprozess seligen Angedenkens als ganz besonderer „Vertauschermann“ polizeilicher Beamter, ist am 27. Oktober von der 3. Strafkammer des Hamburger Landgerichts zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Herr von Lübow war im Jahre 1903 zum zweiten Geschäftsführer der Kropfer Heil- und Wohltätigkeitsanstalten gemacht. Die „Liebesgaben“ soll von Lübow in Höhe von 3500 M. an sich gebracht haben. Er bestritt — das Gericht gelangte auf Grund der Beweisaufnahme zur Verurteilung.

Vermischtes.

Neber einen Eisenbahnunfall wird amtlich gemeldet: Heute morgen gegen 7 Uhr fuhr der Arbeitszug 307, der auf der Fahrt von Hainholz nach Schwarmstedt in Langenhagen bei Hannover mit dem Personenzug 479 kreuzen mußte, über die Endweiche des Bahnhofs Langenhagen hinaus und stieß etwa 60 Meter dahinter mit dem von Schwarmstedt kommenden Personenzug zusammen. Der Zugführer des Arbeitszuges und der Fahrer des Personenzuges sind tot. 4 Reisende sind schwer verletzt. Für ärztliche Hilfe ist sofort Sorge getragen worden. Außerdem traf der Hilfszug aus Hannover mit dem Arzt und Hilfsgüterwagen kurz nach 8 1/2 Uhr an der Unfallstelle ein. Die Verletzten waren bereits um

10 1/2 Uhr im städtischen Krankenhaus zu Hannover untergebracht. Die Angehörigen der Verletzten wurden benachrichtigt. Der Personenzug wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Einfahrt in den Bahnhof Langenhagen von Schwarmstedt ist gesperrt, wird aber voraussichtlich im Laufe des Nachmittags wieder frei sein.

Wegen Antrene verhaftet wurde gestern der Stettiner Rechtsanwalt Eichhoff. Dazu wird von der Hamburger Hypothekenbank mitgeteilt, daß die Unterschlagungen, die sich auf 150 000 M. belaufen, bereits zwei Jahre zurückliegen. Eichhoff habe die Bank durch Bürgschaft vermöglicher Verwandten sichergestellt, die sich zur Zahlung von Kapital und Zinsen verpflichtet haben. Ein Verlust für die Hamburger Hypothekenbank sei nicht zu befürchten.

In London erschossen hat sich ein junger, deutscher Baron von Holzhausen. Es wird darüber berichtet: Im Hause der unter dem Namen Max Willar bekannten Schauspielerin Mrs. Monton vom Gaiety-Theater in London erschöß sich der 24-jährige Baron von Holzhausen aus Frankfurt a. M. Der junge Baron hatte zwei Jahre lang um die Günst der Schauspielerin, ohne erhört, aber auch ohne schroff abgewiesen zu sein, geworben. Am Sonnabendabend gelang es ihm, in das Haus der Geliebten einzudringen, aufeinander schon mit dem Entschluß, Selbstmord zu begehen. Am Sonntagmorgen wurde er hinter dem Klavier lauernd entdeckt. In diesem Augenblick erschöß er sich.

Zu dem Untergang des spanischen Kreuzers wird aus Madrid weiter gemeldet: Nach einer Bekanntmachung des Marineministeriums ist der Kreuzer „Cardenal Cisneros“ vollständig verloren. Es kann nicht gerettet werden. Marineoffiziere führten den Untergang des Kreuzers auf das Vorhandensein unbekannter mehrerer Meilen von der Küste entfernter Felsen zurück, die auf seiner Karte verzeichnet sind. Der Kreuzer sank innerhalb 40 Minuten, da er vorn ein großes Loch erhalten hatte.

Erdbeden. Cotangaro, 30. Oktober. Heute nachmittag 2 Uhr wurde hier ein starker Erdstoß verspürt, der vier Sekunden dauerte. In Monteleone wurden um 2 Uhr 10 Minuten nachmittags zwei Erdstöße verspürt, ein leichter und ein stärkerer. Hier und in Monteleone herrscht lebhafteste Beunruhigung.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Montag Abend 9 Uhr Fortsetzung des Kurzes in der 2. Abteilung, Brunnenstr. 154: Vortrag über Physiologie. Neue Mitglieder können noch eintreten. Gäste willkommen. Einschreibegelb 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Engel) ist soeben das 5. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Wort über Rolle. — Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsabteilung. Ein Wasserbüchlein angelehnter Schammascherber. Von Paul John. — Die ostpreussischen Landtagswahlen. Von R. Wagner (Sant). — Die Freiheit der Reinigungsabteilung. Von R. Kautsch. — Zur Revision der Seemannsordnung. Von Paul Hoffmann. — Zur Stellung des Bahl. Von Julius Bruns (Kattowik). — Literarische Rundschau: „Die Fletler der Rarität“. Von Ernst Kretowitsch. Fremdausgaben, Was verlangen wir vom Richterhand? Von Dr. Siegfrieda. — Notizen: Die Herausgabe des Marx'schen Nachlasses. Von R. Kautsch.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vordrucknummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist soeben die Nr. 22 des 15. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Madella Gatti de Camond + — Jugend und Sozialismus. XIII. Von B. Gotschulke. XIV. Von Anna Petersen. — Ein Nachwort zu den Verhandlungen der bürgerlichen Frauenvereinigungen. I. — Was der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Frankfurt a. M. — Der Vortag für die Provinz Schleswig-Holstein, das Herzogtum Lauenburg, das Fürstentum Lüneburg und den Hamburger Staat. — Erklärung der Köpener Genossinnen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kautsch. — Kollegentel: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Beilagen: Maria Emma Bernthelmslage. Von Otto Krille. (Gedicht). — Irrsüßer. Von Ida Christen. (Fortsetzung).

Für unsere Kinder: Spruch. Von Ludwig Uhlend. — Die Funkenfeste. Ein Märchen von Anton Fendrich. — Der Heideknabe. Von Friedrich Heibel. (Gedicht). — Gailbaldi. Von Kalmida v. Resenberg. (Schlitz). — Die Regenten. Von G. Thron. — Der Fall. Von Otto Elbert. — Märchen. Von Georg Davidsohn. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnemement 2,60 M.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 22. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Die Nummer bringt ein gutes Bild unseres verstorbenen Genossen Friedrich Darm in Ueberfeld nebst einem warm empfundenen Nachruf. Des weiteren erwähnen wir die Bilder: „Das soziale Weltgenie“. „Die russische Duma“. „Erblichkeitsregulierungen in Oesterreich-Ungarn“. „Gewerkschaften in Oesterreich“. „Kalabrien in Oesterreich“. „Verrechtete Entrichtung“. „Eine moderne Dohse“. „An der Reichsbank“. „Kautsch“. „Sozialismus und Troika“. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Rühmänner“. „Der Herenleser“. „Abdrücken“. „Wird verzaugt!“ von Robert Seidel. „Patriotische Nahrung“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons: „Das Geleit“ und „Die Stiefelkette der Ehrung“ von Max Weiberg.

Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch (Administration: Berlin W. Lützowstr. 105) haben soeben das November-Heft ihres XI. Jahrganges erscheinen lassen.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M.

Kalender für das Handwerker 1906 mit Anschlag und statistischer Berechnung, herausgegeben vom Baumeister B. Haupt. Preis 1,50 M., bei freier Zustellung 1,70 M. — Allgemeiner Tischler-Kalender 1906 für Bau- und Möbeldichter sowie für Möbelhändler. Preis 1,50 M., bei freier Zustellung 1,60 M. Verlag J. Harnisch, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 16.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rundfleisch Ia 65—70 pr. 100 Pfund, Ha 57—64, IIIa 50—55, IVa 40—48, Rindfleisch Ia 85—90, Ha 73—82, IIIa 66—70, Hammelfleisch Ia 63—73, Ha 48—58, Schweinefleisch 68—75, Nattd 62—64, Hühnerfleisch Ia 3,00—3,75, Klein 1,75—2,75, Kaninchen 2,00—3,00, Kranzschmalz 20—25 Pf. Nudelhäner, junge Ia 0,90 bis 1,30, junge Ha 0,60—0,90, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,65—0,85, alte Ha 0,00—0,00, Gähner, alte 0,30—0,47, junge 0,60—1,00 das Stück. Lenden, junge 0,45—0,60, alte 0,40—0,47. Enten, junge 1,40—2,45. Gänse Ia, 3,00—5,00, Ha 2,50—3,00 pr. Stck. Ia 0,55—0,81, Ha 0,40—0,55 pr. Pfund. Gänse 0,00—0,00 pr. Stck, unvor. 0,00 pr. Stck. groß 0,00—0,00, mittel 0,00—0,00, Hühner 0,00—0,00 pr. Stck. 0,00—0,00 pr. Stck. Schmalz 22—25 M. Butter 0,00 pr. 100 Pfund. Schottische Wollheringe (gelastet) 36—38 M. Krebse, kleine, Schotl 0,00 M., unsortiert 0,00 M. Eier, Schotl 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, Ha 114—120, IIIa 110—114, abfallende 100—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,00, Rosen 0,00—0,00 blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schotl 4,00—7,00, Weißkohl 6,00—8,00, Rotkohl 4,00—6,00, Kohl 8,00—12,00, M. Same Garten, neue, Schotl 2,—.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer hoch mm | Windrichtung | Wolkenhöhe | Wetter | Temp. in C | Temp. in F | Stationen | Barometer hoch mm | Windrichtung | Wolkenhöhe | Wetter | Temp. in C | Temp. in F |
|-----------------|-------------------|--------------|------------|---------|------------|------------|-----------------|-------------------|--------------|------------|---------|------------|------------|
| Schwabmünde | 754 | SW | 2 | wollig | 7 | 44 | Hannover | 754 | SW | 2 | wollig | 7 | 44 |
| Hannover | 754 | SW | 3 | bedeckt | 7 | 44 | Hannover | 754 | SW | 3 | bedeckt | 7 | 44 |
| Berlin | 756 | SW | 3 | bedeckt | 7 | 44 | Berlin | 756 | SW | 3 | bedeckt | 7 | 44 |
| Frankfurt a. M. | 757 | SW | 2 | bedeckt | 7 | 44 | Frankfurt a. M. | 757 | SW | 2 | bedeckt | 7 | 44 |
| München | 761 | SW | 2 | bedeckt | 7 | 44 | München | 761 | SW | 2 | bedeckt | 7 | 44 |
| Wien | 762 | SW | 1 | bedeckt | 7 | 44 | Wien | 762 | SW | 1 | bedeckt | 7 | 44 |

Wetter-Prognose für Dienstag, den 31. Oktober 1905. Mit viel heiter bei mäßigen südlichen Winden; zeitweise etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.